



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Ulrich Blum

Editorial

Udo Ludwig, Franziska Exß

Aktuelle Trends:

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:

Im Winterhalbjahr

vom Abschwung in die Rezession

Alexander Kubis, Lutz Schneider

Im Fokus:

Ist Abwanderung typisch ostdeutsch?

Regionale Mobilität im West-Ost-Vergleich

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur aktuell:

Prognose-Update des IWH:

Konjunkturelle Talfahrt hält vorerst an

Cornelia Lang

Erwerbsformen im Wandel

Dirk Trocka, Marco Sunder

Koexistenz von Arbeitslosigkeit und

Fachkräftemangel? Befunde für Thüringen

Jutta Günther, Claus Michelsen, Mirko Titze

Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen:

Erfindergeist nicht nur

in urbanen Zentren zu Hause

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im März 2009

Wirtschaft im Wandel

4/2009

22.04.2009, 15. Jahrgang



Editorial

Hat der Staat mit dem „Enteignungsgesetz“ den Rubikon überschritten? „Alea iacta est“, die Würfel sind geworfen – noch nicht gefallen, man kann noch zurück. Aber auch Cäsar kehrte nicht um, er stellte die Systemfrage! Es gab frühzeitig eine Vielzahl ordnungsökonomisch verträglicher Vorschläge, beispielsweise einer „chirurgischen Abspaltung mit strategischer Insolvenz“ aus dem IWH, wie das Problem Hypo Real Estate (HRE) bewältigt werden könnte, die auch in Berlin weiterentwickelt wurden. Aber die drastische Sicht der Dinge hat sich durchgesetzt.

Wichtigste gegenwärtige Aufgabe wird es sein, künftige Übertreibungen beim Eingriff in die Marktkräfte – der Staat kann und darf alles – einzudämmen. Denn die Herausforderungen werden noch wachsen: Bleibt die bisherige Geldpolitik weitgehend unwirksam, dann wird sich die Frage nach dem Einsatz unkonventioneller Instrumente stellen, die im angelsächsischen Bereich bereits genutzt werden. Falls Staaten in Schieflage gerieten, müssten Summen bewegt werden, die ein Mehrfaches der Anstrengung zur Rettung der HRE betragen.

Wenn marktwirtschaftliche Ordnungen mit der Gesellschaftsordnung über ihre Wertebasis verschränkt sind, dann muss man sich auch Sorgen um die gesellschaftliche Entwicklung der in Not geratenen Länder vor allem im europäischen Raum – teils EU- und Euro-Mitglied, teils außerhalb – machen. Auch die starken Länder sind Auslöser der für die Krise ursächlichen fundamentalen Ungleichgewichte zwischen Ersparnis und Verschuldung sowie Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten; Länder wie Deutschland müssen ein zentrales Interesse haben, jene Länder gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Dies beginnt bei den östlichen EU-Reformstaaten, betrifft aber insbesondere Russland. Denn Rohstoffpreisverfall und Rubelabwertung stellen das gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklungskonzept in Frage: Die Rohstoffpreis- und Rubelhausse führte auch angesichts des weitgehend veralteten Kapitalstocks zur beschleunigten Des-Industrialisierung. Heute fehlt die Eigenproduktion – und viele bestellte neue Anlagen sind derzeit unbezahlbar. Sie sind aber unverzichtbar, um die industrielle Basis zu verbreitern und das Land zu modernisieren. Bereits ein Drittel der Währungsreserven und der Mittel im Aufbaufonds sind abgeschmolzen – bei einer Auslandsverschuldung der russischen Banken und Unternehmen in ähnlicher Größenordnung.

Die Kernländer Europas und die USA müssen nicht nur ihre eigenen Probleme lösen, massive Hilfe ist auch für ihre wirtschaftlichen Nachbarn angesagt, um nicht nur deren Wirtschaft, sondern auch deren Gesellschaften zu stabilisieren. Hier schließt sich der Kreis: Wenn das ökonomische und das gesellschaftliche System verschränkt sind, dann ist die ordnungspolitische Vorbildfunktion ein Muss.

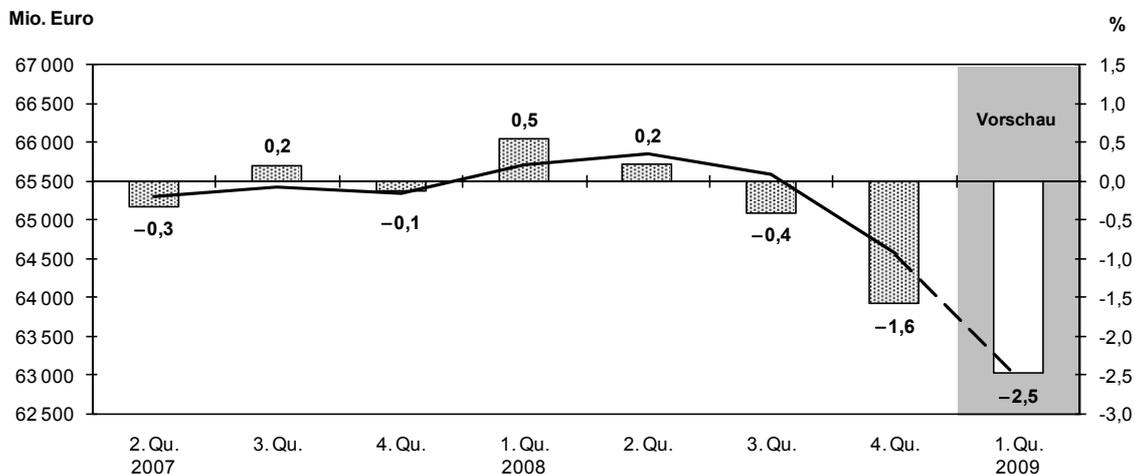
Ulrich Blum, Präsident des IWH

Aktuelle Trends

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland*

Im Winterhalbjahr vom Abschwung in die Rezession

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %
– Verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: Februar 2009.

Im letzten Quartal des vergangenen Jahres hat die Rezession die ostdeutsche Wirtschaft erfasst. Das Bruttoinlandsprodukt war das zweite Mal in Folge gesunken, und zwar mit 1,6% deutlich kräftiger als zuvor. Der Stand vor Jahresfrist wurde um 0,4% unterschritten (Deutschland: -1,6%). Der Produktionseinbruch kam aus der Industrie, die hohe Umsatzeinbußen im Ausland hinnehmen musste. Auch die Geschäfte im Inland ließen nach, jedoch hielt sich hier der Rückgang in Grenzen. Unter dem Produktionseinbruch litten vor allem die Hersteller von Investitionsgütern und von Vorleistungsgütern. Die vergleichsweise geringe Ausrichtung auf die Auslandsmärkte bewahrte das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe vor Schlimmerem. Die industrielle Wertschöpfung lag um 4,4% unter dem Stand vom Schlussquartal des Vorjahrs. Auch die Bauleistungen haben nachgegeben. Die Leistung des Verkehrsgewerbes wurde von dem verringerten Güteraufkommen beeinträchtigt. Der Abschwung hat auf die Unternehmensdienstleister übergegriffen. Darauf weist auch die rückläufige Beschäftigung hin. Den konsumnahen Dienstleistern kamen die zuletzt gestiegenen Realeinkommen zugute, sodass die Wertschöpfung im Handel nur wenig zurückging bzw. im Gastgewerbe und bei personennahen Dienstleistern sogar etwas stieg. Die Beschäftigungszuwächse in der öffentlichen Verwaltung, im Bereich Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen lassen auf Leistungszuwächse schließen, sodass dieser Sektor am Ende des Jahres stabilisierend gewirkt hat.

Erste Schätzungen des IWH für das laufende Quartal weisen auf eine Verschärfung des Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hin. Die bereits seit drei Quartalen immer spärlicher eintreffenden Auftragseingänge dürften zu einer beträchtlichen Einschränkung der industriellen Produktion im zweistelligen Ratenbereich geführt haben. Besonders ausgeprägt ist der Nachfragerückgang aus dem Ausland, und zwar vor allem bei Investitionsgütern. Bei Vorleistungsgütern sinkt inzwischen auch die Nachfrage aus dem Inland nicht minder kräftig. Die Abwärtstendenz in der Industrie bestätigen auch die Einschätzungen der vom IWH regelmäßig befragten Unternehmen. In Ostdeutschland dürfte der Produktionseinbruch ähnlich stark ausfallen wie im gesamtdeutschen Durchschnitt. Das Baugewerbe leidet unter den Witterungsbedingungen. Die vom IWH regelmäßig befragten Bauunternehmen haben den Gang der Geschäfte im Februar sehr verhalten beurteilt. Für die Dienstleister deutet der Beschäftigungsabbau auf Umsatzverluste hin.

Nach der Vorlage neuer Berechnungsergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt durch die amtliche Statistik wurden die Barometerwerte rückwirkend bis zum Jahr 2006 korrigiert, sodass eine Vergleichbarkeit mit früheren Veröffentlichungen nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Franziska Exß (Franziska.Exss@iwh-halle.de)

* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

Im Fokus: Ist Abwanderung typisch ostdeutsch? Regionale Mobilität im West-Ost-Vergleich

In der Diskussion um die anhaltenden Wanderungsdefizite zahlreicher ostdeutscher Regionen wird von wissenschaftlicher Seite häufig darauf verwiesen, dass in Ostdeutschland ein Zuwanderungs-, aber kein Abwanderungsproblem besteht.¹ Gemäß dieser Auffassung lägen die regionalen Fortzugsraten² – ein gängiges Maß für die Mobilität der Bevölkerung – in den Neuen Bundesländern gar nicht signifikant über den Raten der Alten Länder. Diese Beobachtung soll im Folgenden einer differenzierten Analyse unterzogen werden.³ Die Differenzierungen, die fokussiert werden, betreffen die Wanderungsdistanz (Nahwanderungen vs. überregionale Wanderungen), alters- und geschlechtsspezifische sowie räumliche Muster des Abwanderungsgeschehens.

Westdeutsche wandern häufiger, Ostdeutsche weiter

Ein erster West-Ost-Vergleich der Mobilitätsraten zwischen verschiedenen deutschen Bundesländern zeigt sehr deutlich die Abhängigkeit der Ergebnisse von der räumlichen Reichweite der Abwan-

derung, ob sie also eher im Nahbereich (über Gemeindegrenzen) oder über Bundesländergrenzen hinweg erfolgt (vgl. Abbildung 1).

Betrachtet man zunächst die Mobilitätsraten unter Einschluss der Nahwanderung, also das gesamte Wanderungsvolumen, das über Gemeindegrenzen hinweg stattfindet (rechte Abbildung), dann zeigen sich deutlich höhere Fortzugsraten in westdeutschen Gemeinden. Allerdings wird auch eine erhebliche Streuung zwischen ostdeutschen Ländern sichtbar. So weist etwa Mecklenburg-Vorpommern, u. a. auch wegen seines kleinteiligen Gemeindezuschnitts, höhere Abwanderungsraten auf als der südliche Teil Ostdeutschlands. Nichtsdestotrotz lässt sich in der Durchschnittsbetrachtung auf dieser Ebene von einer höheren Mobilität der Westdeutschen sprechen. Diese wandern häufiger über Gemeindegrenzen als Ostdeutsche.

Betrachtet man hingegen nur die auf der linken Seite der Abbildung 1 dargestellten Fortzüge, die über die Grenzen eines Bundeslandes erfolgen, so kehrt sich das Bild um. Ostdeutsche Länder weisen im Schnitt eine höhere Fortzugsrate auf als westdeutsche; bis zum Jahr 2001 stieg die Rate weiter an. Seit diesem Zeitpunkt entwickelt sie sich jedoch rückläufig, bewegt sich mit 1,8% im Jahr 2006 allerdings noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Im Zusammenspiel der beiden Abbildungen ergibt sich somit, dass Westdeutsche zwar in stärkerem Umfang abwandern als Ost-

deutsche, die beobachteten Fortzüge jedoch eher den Nahbereich betreffen. Ostdeutsche Fortzügler überwinden im Unterschied dazu größere Distanzen.

Kasten: Begriffsbestimmungen

Fortzüge:

Fortzüge in Personen über Gebietsgrenzen innerhalb Deutschlands.

Fortzugsrate:

Fortzüge/Bevölkerung der Herkunftsregion (in %)
(= Maß für Mobilität).

West-Ost-Mobilitätsdifferenzial:

Fortzugsrate Westdeutschland –
Fortzugsrate Ostdeutschland
(in Prozentpunkten).

Nahwanderung:

Wanderung zwischen Kreisen, deren Verwaltungszentren – gerechnet in Pkw-Fahrzeit – weniger als 60 Minuten voneinander entfernt liegen, oder die über eine gemeinsame Grenze verfügen.

Ostdeutschland:

Fünf Neue Länder zuzüglich Berlin.

Allerdings sind die numerischen Befunde zu den Abwanderungsraten auch vom Gebietszuschnitt abhängig. Dies wird am Beispiel Berlins deutlich. Während die Hauptstadt bei den Fortzügen über Gemeindegrenzen einen weit unterdurchschnittlichen Wert aufweist, ist er in der Betrachtung der Landesgrenzen überschreitenden Wanderung überdurchschnittlich hoch.⁴ Dieser Effekt ist jedoch wenig überraschend, stellt Berlin doch einer-

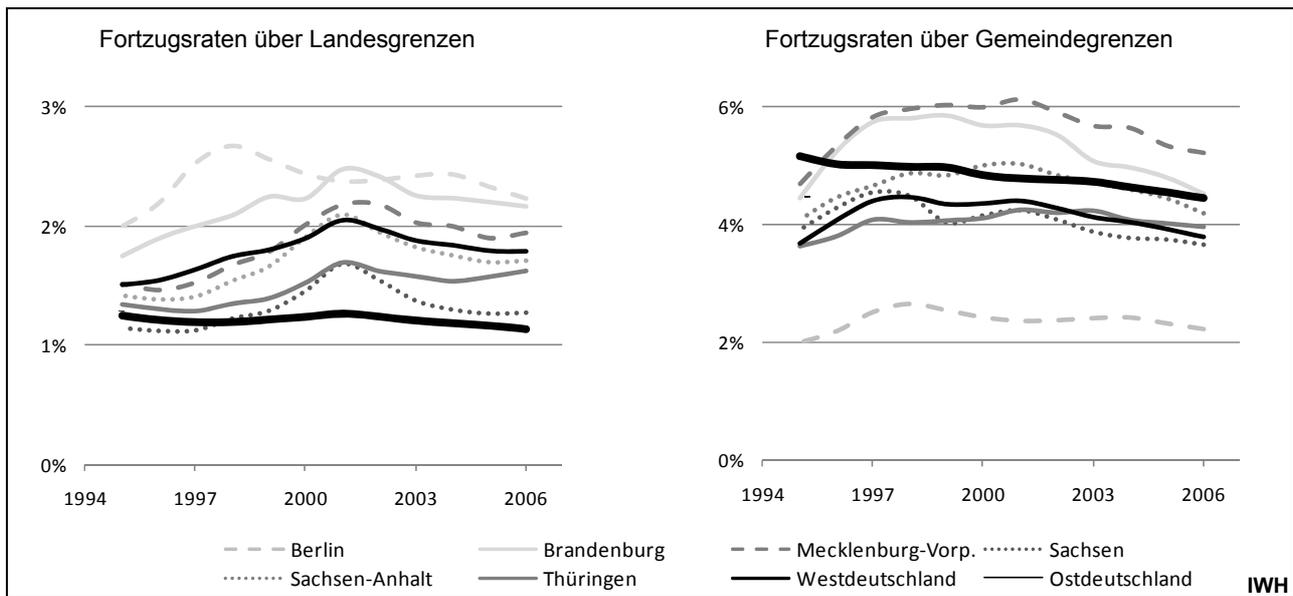
¹ Vgl. SCHLÖMER, C.: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung, in: Raumforschung und Raumordnung, 62 (2), 2004, S. 96-108. – MAI, R.: Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland, in: Raumforschung und Raumordnung 64 (5), 2006, S. 355-369.

² Zu den Definitionen der im Beitrag verwendeten Begriffe vgl. Kasten.

³ Der Beitrag stellt eine Fortsetzung des Artikels zur Attraktivität ostdeutscher Regionen für Zuwanderung dar. Vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Im Fokus: Zuwanderungschancen ostdeutscher Regionen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2008, S. 377-381.

⁴ Der Wert für Berlin muss in beiden Betrachtungen identisch sein, da hier Gemeinde- und Landesgrenzen zusammenfallen.

Abbildung 1:
Regionsspezifische Fortzugsraten, 1995 bis 2006^a



^a Nur Binnenwanderung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

seits eine flächen- und bevölkerungsmäßig große Gemeinde, andererseits jedoch ein kleines Land dar. In kommunaler Betrachtung werden daher viele Umzüge *innerhalb* Berlins stattfinden, weswegen die Fortzugsrate im Vergleich zu anderen Ländern gering ausfällt. Der umgekehrte Zusammenhang gilt in der Länderbetrachtung. Mithin führt der Zuschnitt von administrativen Einheiten zu Bewertungsproblemen, da Wanderungen über ganz unterschiedliche Distanzen in eine Kategorie fallen, umgekehrt Wanderungen über gleiche Distanzen aber in unterschiedliche Kategorien.

Um diesem Problem des Gebietszuschnitts zumindest ansatzweise gerecht zu werden, wird im Folgenden ein anderer Weg gewählt. Es werden lediglich Wanderungen betrachtet, die über den Nahbereich hinausgehen. Dabei sind Nahwanderungen als Fortzüge über Kreisgrenzen bestimmt, die in den Nachbarkreis oder über

eine Distanz von höchstens einer Stunde Pkw-Fahrzeit erfolgen.

Tabelle:
Durchschnittliche Fortzugsraten im West-Ost-Vergleich, 2006^a

Wanderung über	West	Ost	Mobilitätsdifferenzial
	in %		
Landesgrenzen	1,15	1,79	-0,64 Prozentpunkte
Kreisgrenzen, ohne Nahwanderung	1,33	1,67	-0,34 Prozentpunkte
Kreisgrenzen	3,08	2,85	0,23 Prozentpunkte
Gemeindegrenzen	4,47	3,79	0,68 Prozentpunkte

^a Nur Binnenwanderung.

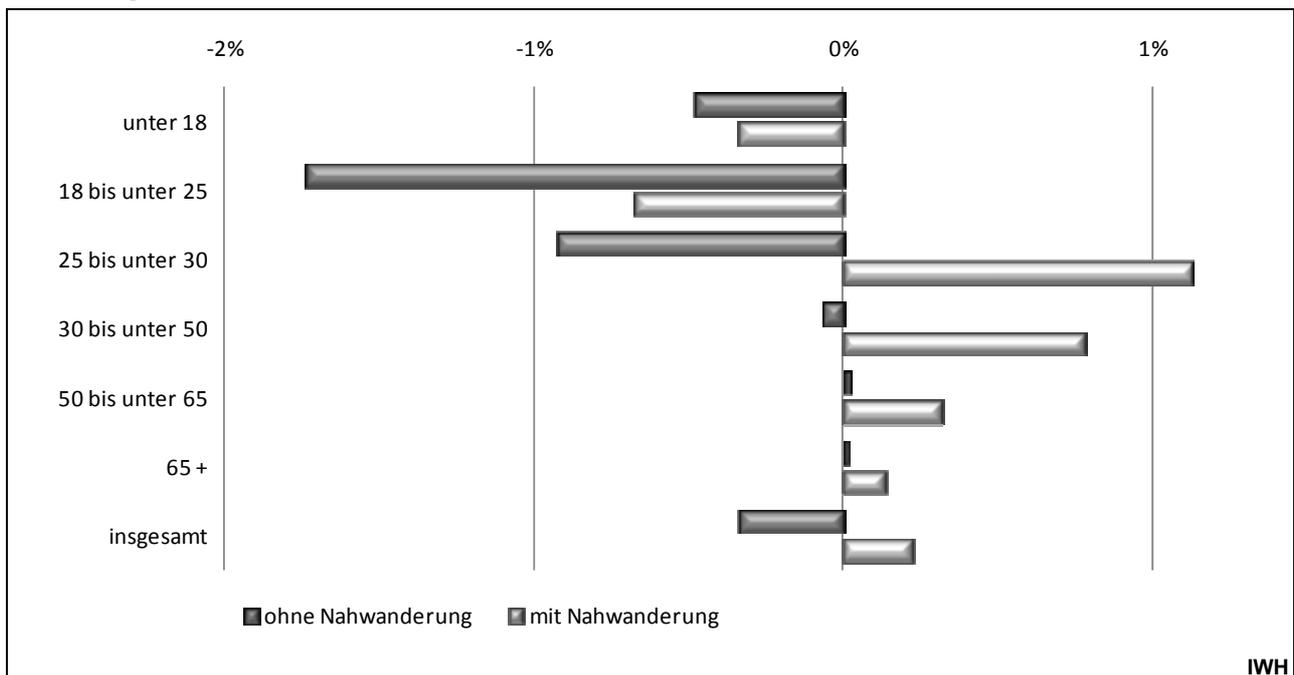
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

In der Tabelle werden die durchschnittlichen Fortzugsraten im West-Ost-Vergleich für das Jahr 2006 getrennt nach Mobilitätsformen dargestellt. Es bestätigt sich, dass das Mobilitätsdifferenzial (MD) zwischen West und Ost stark von der gewählten Betrachtungsebene abhängt. Bei

kleinräumiger Perspektive erweisen sich die Westdeutschen als mobiler. Werden hingegen ausschließlich überregionale Wanderungen betrachtet, dann liegen die Fortzugsraten der Ostdeutschen deutlich über den Werten für Westdeutschland.

Wie Abbildung 2 zeigt, gilt diese Aussage nicht nur in aggregierter Betrachtung, sondern auch im Vergleich verschiedener Altersgruppen. In der Abbildung wird das altersspezifische West-Ost-Mobilitätsdifferenzial der Gesamtwanderung über Kreisgrenzen mit dem um die Wanderung im Nahbereich gefilterten Mobilitätsdifferenzial verglichen. Über alle Altersgruppen hinweg gilt, dass sich die West-Ost-Differenz bei Ausblendung der Nahwanderung verringert. Dies bestätigt die bisherige Aussage, dass Westdeutsche Wanderungen über kurze Distanzen bevorzugen. Für die drei Altersgruppen zwischen 18 und 50 Jahren zeigt sich dieser Effekt am

Abbildung 2:
 Altersspezifische West-Ost-Mobilitätsdifferenziale, 2006^a
 - in Prozentpunkten -



^a Binnenwanderung über Kreisgrenzen. Im positiven Wertebereich ist die Mobilität der Westdeutschen höher als die der Ostdeutschen, im negativen Wertebereich gilt die umgekehrte Beziehung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

stärksten. Bei den 30- bis 50-Jährigen wird das Mobilitätsdifferenzial eingeebnet, wenn die Nahwanderung nicht berücksichtigt wird, bei den 25- bis 30-Jährigen dreht sich das positive West-Ost-Differenzial ins Negative um, bei den 18- bis 25-Jährigen wird die ohnehin deutlich höhere Mobilität der Ostdeutschen noch stärker. In der Zusammenschau scheinen die Ostdeutschen in dieser Betrachtung deutlich höhere Fortzugsraten aufzuweisen als die Westdeutschen, wohlgernekt unter Ausblendung der Nahwanderung.

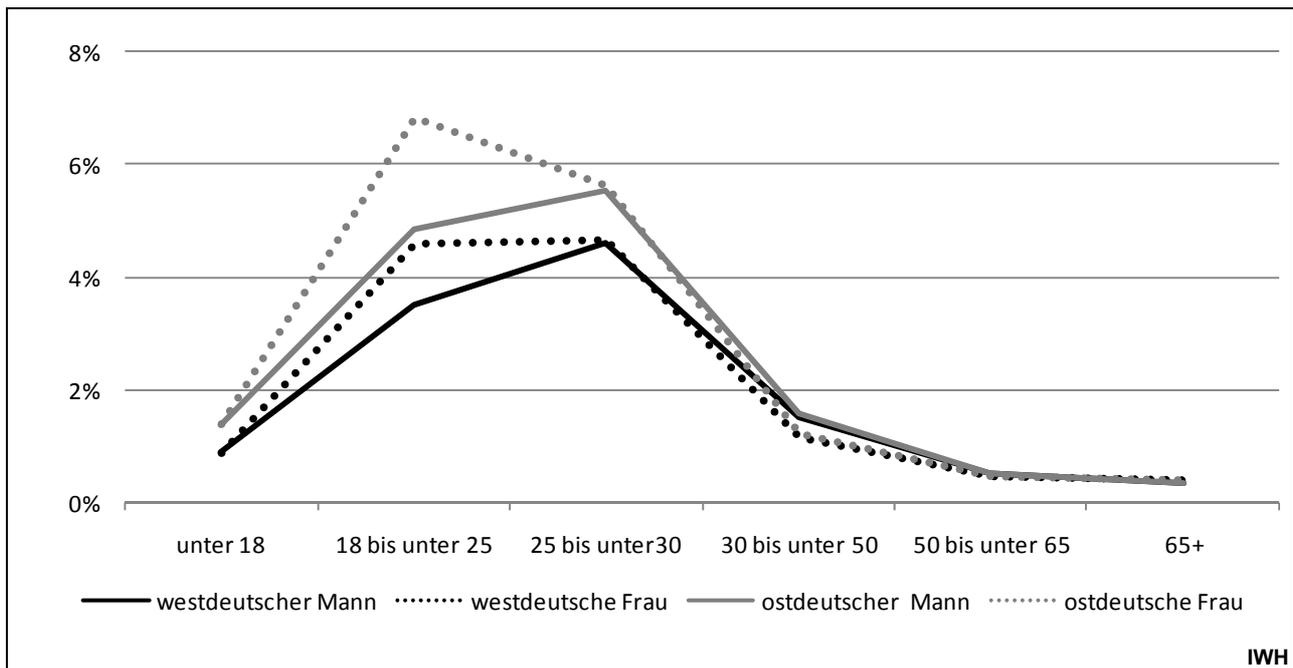
Frauen wandern eher, aber nicht öfter

Neben der Alterstypik interessiert sich die demographische Mobilitätsforschung vornehmlich für die Geschlechtsselektivität der Wanderung. Diese Dimension lässt

sich anhand von Abbildung 3 beschreiben. Sie zeigt die West-Ost-Unterschiede in der Differenzierung nicht nur nach Altersgruppen, sondern auch nach dem Geschlecht der Fortzügler. Wiederum handelt es sich um jene Fortzüge, die über den Nahbereich hinausgehen. Erstens wird deutlich, dass junge Frauen bereits im Übergang vom Schulsystem in die Ausbildungsphase ihre Heimat verlassen, während junge Männer die höchsten Fortzugsraten im Alter von 25 bis 30 Jahren erreichen. Zweitens sind die höheren Fortzüge junger Frauen in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Insgesamt zeigt sich bei Abwanderungen, die über den Nahbereich hinausgehen, eine im Vergleich zu Westdeutschland höhere Mobilität ostdeutscher Männer wie Frauen über alle Altersgruppen hinweg. Es sei aber

darauf hingewiesen, dass nach Aggregation aller Altersgruppen die Frauen keine höheren Fortzugsraten als die Männer aufweisen. Männer wandern demnach später, aber nicht seltener. Angesichts der Kurvenverläufe in Abbildung 3 mag dieser Befund überraschen. Bei der Interpretation sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die vom Statistischen Bundesamt vorgegebenen Altersgruppen sehr ungleich verteilt sind. So kompensiert die leicht höhere Mobilität der großen Gruppe der 30- bis 50-jährigen Männer die deutlich geringere Mobilität in der kleineren Gruppe der 18- bis 25-Jährigen. Als Fazit bleibt somit bestehen, dass Frauen zwar früher wandern als Männer, aber nicht häufiger.

Abbildung 3:
Geschlechts- und altersspezifische Fortzugsraten, 2006^a



^a Binnenwanderung über Kreisgrenzen, ohne Nahwanderung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Starke Abwanderung aus der Peripherie, aber auch aus Zentren

Mobilitätsunterschiede zwischen Regionen lassen sich häufig durch siedlungsstrukturelle Besonderheiten erklären. Vor diesem Hintergrund fragt sich, ob das Mobilitätsdifferenzial zwischen West- und Ostdeutschland auf unterschiedliche Siedlungscharakteristika zurückzuführen ist. Abbildung 4 zeigt, dass dies nur eingeschränkt zutrifft. Differenziert man die Fortzugsraten entlang der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vorgenommenen Klassifizierung siedlungsstruktureller Kreistypen, dann lässt sich feststellen, dass ostdeutsche Regionen in allen Typen im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten durch eine höhere Mobilität gekennzeichnet sind. Wieder werden dabei ausschließlich die Fortzüge betrachtet, die über den Nahbe-

reich hinausgehen. Allerdings zeigen sich im West-Ost-Vergleich ähnliche Abwanderungsmuster: Periphere Räume weisen die höchsten Abwanderungsraten auf, aber auch Kernstädte – besonders in verdichteten Räumen – sind durch hohe Mobilität ihrer Bewohner gekennzeichnet. Die größten raumstrukturellen Unterschiede zwischen West und Ost finden sich in der Kategorie der ländlichen Kreise mit geringer Dichte. Hier beträgt das West-Ost-Mobilitätsdifferenzial 0,63 Prozentpunkte. In Ostdeutschland dürften diese Gebiete von einem massiven Schrumpfungsprozess betroffen sein, ist doch bekannt, dass die Zuzugsraten hier besonders niedrig sind.⁵

Weist die bisherige Untersuchung deutliche West-Ost-Unterschiede nach, so wird in der

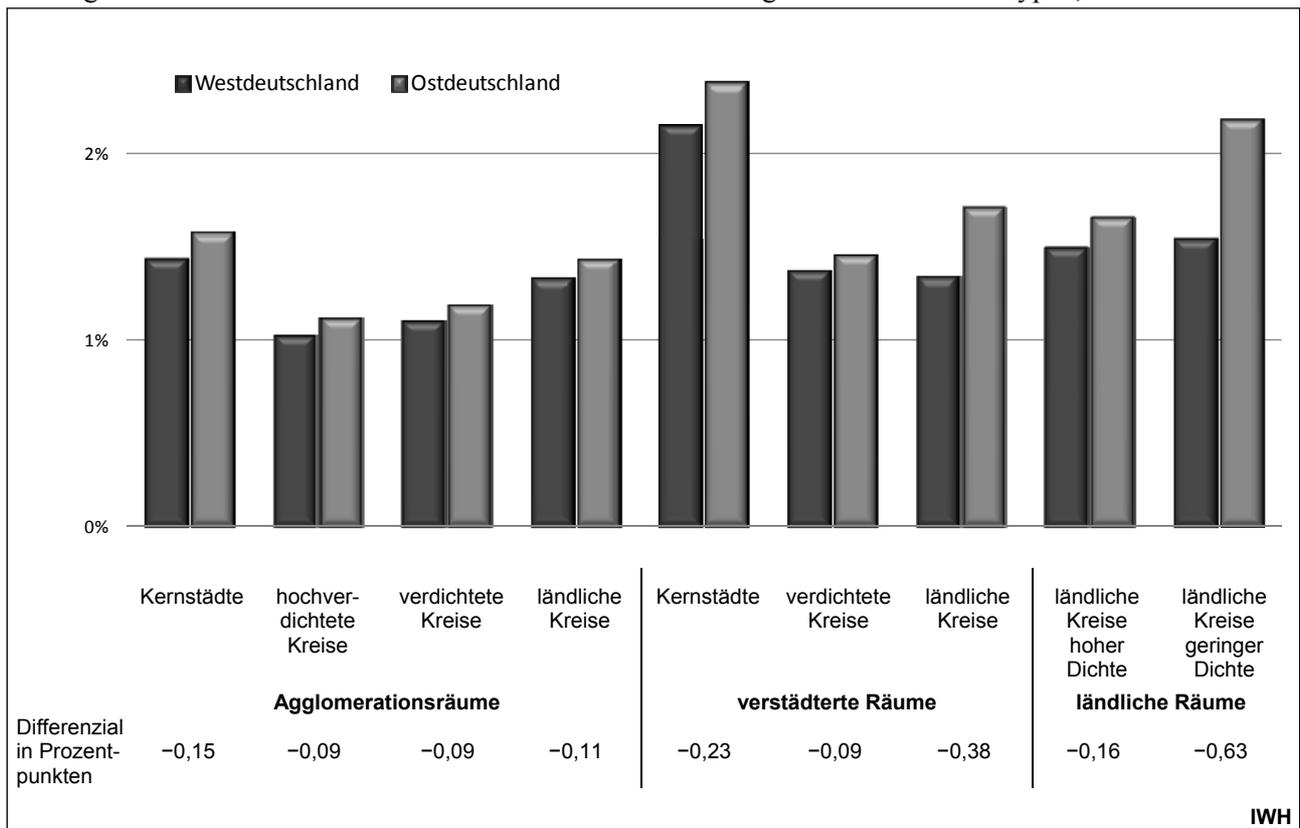
⁵ Vgl. dazu KUBIS, A.; SCHNEIDER, L., a. a. O.

regionalen Differenzierung in Abbildung 5 auch ein Nord-Süd-Gefälle der Fortzugsraten sichtbar. Die stärksten Fortzugsraten finden sich in den nordöstlichen Landkreisen, aber auch Regionen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordhessen sind von einer hohen Abwanderung betroffen. Ferner weisen grenznahe Räume hohe Fortzugsraten auf. Des Weiteren macht die Karte auch die hohe Abwanderung aus den Kernstädten sichtbar, insbesondere aus den Zentren außerhalb der Agglomerationsräume. Trotz dieser Differenzierungen lässt sich immer noch ein deutlicher Niveauunterschied im West-Ost-Vergleich ausmachen.

Abwanderung ist nicht gleich Abwanderung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei Ausblendung der Nahwanderung die Fortzugsraten

Abbildung 4:
Fortzugsraten und West-Ost-Mobilitätsdifferenzial nach siedlungsstrukturellen Kreistypen, 2006^a



^a Binnenwanderung über Kreisgrenzen, ohne Nahwanderung. Die Klassifikation der Kreistypen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wird erläutert in: BBR: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn, 1999.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

in ostdeutschen Kreisen deutlich über denen in Westdeutschland liegen. Dies gilt einerseits über Geschlechts- und die meisten Altersgruppen hinweg, andererseits aber auch für alle siedlungsstrukturellen Kreistypen.

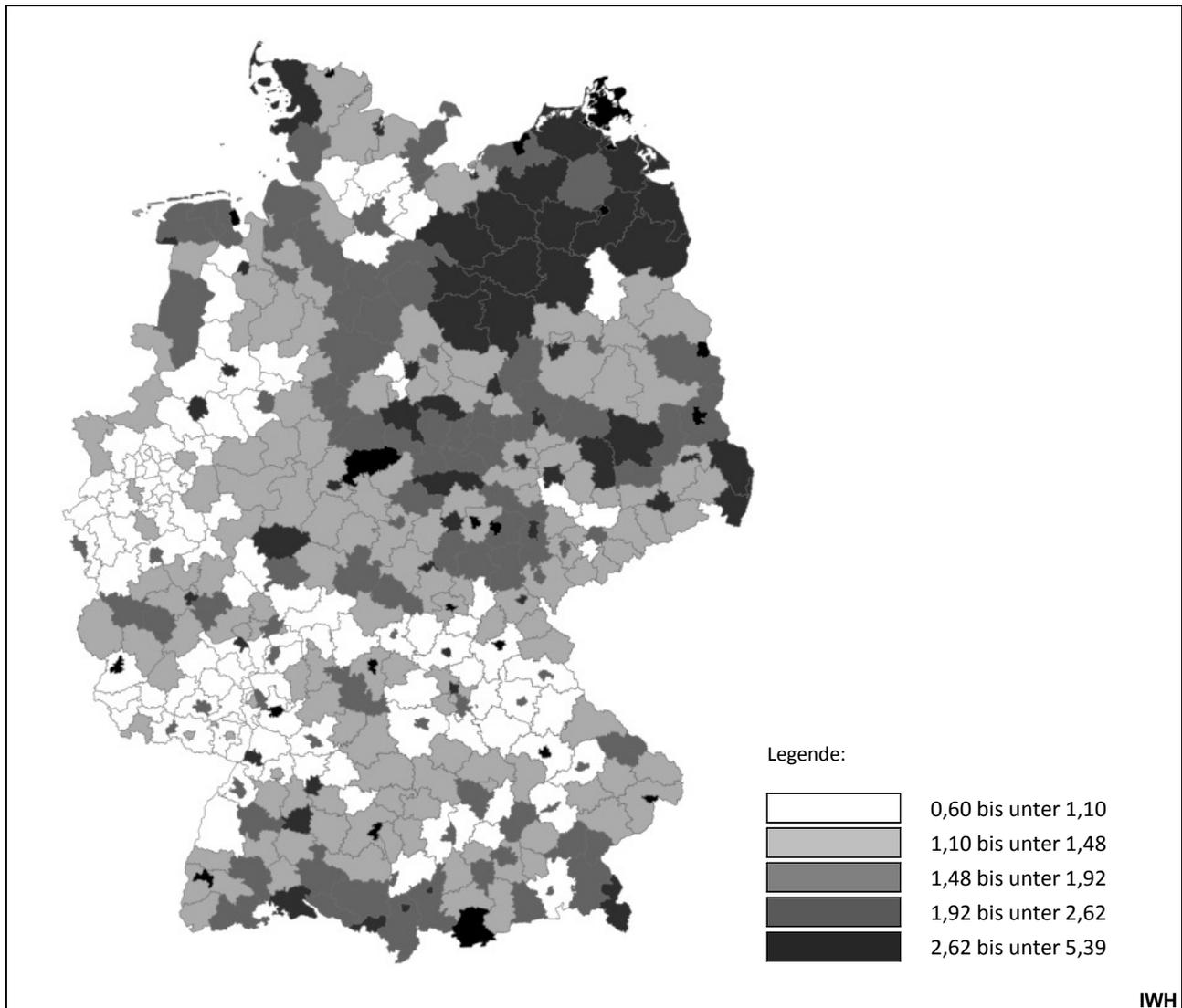
Die Befunde legen den Schluss nahe, dass die höheren Abwanderungsraten ostdeutscher Regionen vornehmlich zwei Faktoren geschuldet sind. Erstens verweist das über alle Kreistypen hinweg vorherrschende negative Mobilitätsdifferenzial auf ein strukturelles Problem ostdeutscher Regionen, das bei aller regionalen Differenzierung noch immer nicht beseitigt ist und dessen zentrale Ursache im stagnierenden wirtschaftlichen Aufholprozess der

ostdeutschen Länder liegen dürfte. Zweitens deutet die Abhängigkeit der Ergebnisse von der gewählten Wanderungsdistanz darauf hin, dass die disperse ostdeutsche Siedlungsstruktur ihren Teil zum negativen Mobilitätsdifferenzial beiträgt. Um Regionen mit attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, müssen die Menschen in den Neuen Bundesländern und Berlin größere Entfernungen in Kauf nehmen als in Westdeutschland, wo die Zentren dichter gestreut sind. Dort, wo das nicht der Fall und die Besiedlung dünner ist, stellt sich auch in den Alten Bundesländern – im Norden und in Grenzregionen – eine höhere Abwanderung ein. Agglomerationsräume hinge-

gen weisen Pull-Faktoren vielfältiger Art auf, sodass selbst die Abwanderung von Absolventen deutlich geringer ausfällt als in Kernstädten, die sich in den weniger dichten verstärkten Räumen befinden.

Bei der regionalökonomischen Bewertung der Ergebnisse ist zu beachten, dass im vorliegenden Beitrag nur *ein* Teil der Wanderungsbilanz analysiert wurde. Ein vollständiges Bild verlangte die Berücksichtigung der Zuwanderung. Dann nämlich zeigte sich, dass hohe Abwanderungsraten nicht per se ungünstig sind. So dürfte die hohe Abwanderung aus den mittelgroßen Kernstädten, welche Hochschulstandorte sind, zum erheblichen Teil der Abwan-

Abbildung 5:
 Kreisspezifische Fortzugsraten, 2006^a
 - in Prozent -



^a Binnenwanderung über Kreisgrenzen, ohne Nahwanderung. Die Fortzugsrate des Landkreises Göttingen ist durch den Effekt des Grenzdurchgangslagers Friedland verzerrt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

derung nach Beendigung einer Ausbildung geschuldet sein. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass ein hoher Zuwanderungsstrom zu Ausbildungsbeginn zu erwarten ist und somit ein regionaler Austauschprozess stattfindet. Für Kernstädte in altindustriellen Räumen, deren Abwanderung eher auf ein Arbeitsplatzdefizit zurückzuführen sein dürfte, stellt sich die Lage ungleich ungünstiger dar. Ähnliches gilt für die peripheren Re-

gionen. Da die Zuwanderung an diesen Räumen vorbeigeht,⁶ spricht man hier von stark schrumpfenden Regionen, in denen sich eine Abwärtsspirale aus Abwanderung und wirtschaftlichem Niedergang entwickeln kann. Dies gilt umso mehr, als die Alters- und Geschlechtsselektivität der Wanderungsströme hier zu weitaus un-

günstigeren Bevölkerungsstrukturen führt als in prosperierenden Regionen.

Alexander Kubis
 (Alexander.Kubis@iwh-halle.de)

Lutz Schneider
 (Lutz.Schneider@iwh-halle.de)

⁶ Vgl. dazu KUBIS, A.; SCHNEIDER, L., a. a. O.

Konjunktur aktuell: Prognose-Update des IWH: Konjunkturelle Talfahrt hält vorerst an*

Die Weltwirtschaft befindet sich gegenwärtig in ihrer tiefsten Konjunkturkrise seit der Großen Depression im vergangenen Jahrhundert. Die weltweite Produktion von Waren und Dienstleistungen sinkt, gemessen mit aktuellen Wechselkursen, seit dem Schlussquartal des Jahres 2008. In den Industrieländern ist die Nachfrage trotz zahlreicher expansiver Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik eingebrochen. Besonders schwer getroffen ist der Welthandel. Offensichtlich hat die Zuspitzung der Finanzkrise nach der Insolvenz der Investment-Bank Lehman Brothers im September in großem Umfang weltweit zur Aufgabe von Investitionsprojekten geführt, und die Finanzierung von Handelskrediten ist schwieriger geworden. Entsprechend fiel der Einbruch dort, wo die exportorientierte Industrieproduktion eine wichtige Rolle spielt, besonders groß aus, also in einigen ostasiatischen Ländern wie Japan und Korea, aber auch in Deutschland. Eine andere Ländergruppe wird direkt von der Finanzkrise getroffen: Wo Leistungsbilanzdefizite hoch sind oder Schulden in großem Umfang auf Fremdwährungen lauten, drohen Kapitalzuflüsse zu versiegen, und Währungen geraten unter Druck. Davon sind besonders mittel- und osteuropäische Länder, etwa Ungarn, die Ukraine und – in geringerem Maß – Russland, betroffen. Aber auch für die öffentlichen Haushalte der Euro-raumländer Irland und Griechenland ist die Kapitalaufnahme teurer geworden. Die großen Schwellenländer China und Indien befinden sich zwar auch im Abschwung, die beiden Volkswirtschaften sind aber weiterhin auf einem Wachstumspfad.

Anzeichen für ein Abflachen des weltweiten Abwärtstrends sind gegenwärtig kaum auszumachen. Erst ab Mitte des Jahres dürften die umfangreichen Konjunkturpakete besonders in den USA und in China die Nachfrage stützen. Schon jetzt ist die Geldpolitik weltweit extrem expansiv, aber aufgrund der Finanzkrise kommt im realen Sektor wenig davon an. Diese Einschätzung wird wohl auch von den Märkten für Risikokapital geteilt: Im Januar und Februar ist es in den Industrieländern zu

neuerlichen erheblichen Wertverlusten bei Aktien gekommen. Allerdings sind die Risikoaufschläge auf dem Interbankenmarkt und für Schuldtitel von Emittenten mittlerer Bonität gegenüber ihren Höchstständen im Herbst 2008 etwas zurückgegangen. Bleiben hier neuerliche Rückschläge aus, könnten sich die Bedingungen von Seiten der Finanzmärkte stabilisieren – ohne freilich günstig zu werden. In diesem Fall dürfte der Produktionsrückgang in den entwickelten Volkswirtschaften gegen Ende des Jahres 2009 auslaufen.

Deutschland

Der Einbruch der Weltkonjunktur im Winterhalbjahr 2008/2009 hat den Exportweltmeister Deutschland besonders getroffen – und viel stärker als noch zum Jahresende erwartet.⁷ Der auf Investitionsgüter ausgerichtete Handel bekommt die ganze Wucht vom weltweiten Abbruch des langjährigen Globalisierungsbooms zu spüren. Auch haben sich die konjunkturellen Aussichten für wichtige Handelspartner weiter verschlechtert. Seit nunmehr über einem Jahr hält der Rückgang der Bestelltätigkeit aus dem Ausland an; er hat sich in den vergangenen Monaten nochmals deutlich verstärkt. Da sich die Krise mittlerweile nicht mehr auf einzelne Länder und Regionen beschränkt, können in diesem Jahr, anders als das in der Vergangenheit häufig der Fall war, die Nachfrageausfälle in der einen Region nicht mehr durch hohe Exportzuwächse in anderen Regionen kompensiert werden. Bereits in den vergangenen Monaten sind auch die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa sowie in die asiatischen Schwellenländer abgestürzt. Die Exporte werden auch im weiteren Verlauf dieses Jahres sinken, in der ersten Jahreshälfte gar mit zweistelliger Rate. Erst zur Jahreswende werden sich mit dem Ende der konjunkturellen Talfahrt in den Industrieländern die deutschen Ausfuhren allmählich wieder beleben. Beitragen

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 16/2009 am 17. März 2009 veröffentlicht.

⁷ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Weltweite Finanz- und Konjunkturkrise treibt die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2009, S. 12 ff.

dazu wird die weltweit sehr expansiv ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

Die Einfuhren sinken im laufenden Jahr aufgrund der geringen Nachfrage nach Investitionsgütern und nach Vorprodukten für die Exportgüterproduktion kräftig. Allerdings wird der Importrückgang im weiteren Verlauf des Jahres auch aufgrund vorübergehend steigender Nachfrage der privaten Haushalte in einigen Gütersegmenten, insbesondere durch höhere Fahrzeugimporte, gedämpft. Alles in allem wird der seit dem Jahr 2000 drastisch gestiegene Außenbeitrag im laufenden Jahr etwa halbiert.

Der Einbruch der Exporte hat auch die Investitionsaktivitäten der Unternehmen mitgerissen. Die Absatzperspektiven haben sich mit der Zuspitzung der Finanzkrise nicht nur im Ausland, sondern inzwischen auch im Inland beträchtlich eingetrübt. Die Unternehmen haben ihre Investitionspläne in erheblichem Maß reduziert, auch weil die Produktionsanlagen inzwischen weit unterausgelastet sind. Die Investitionsschwäche zeigt sich bis an den aktuellen Rand am rapiden Fall der Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland. Zudem sind die Risikoaufschläge für Kredite immer noch hoch, da die stark verschlechterte Geschäftslage die Kreditwürdigkeit vieler Unternehmen erheblich schmälert. Am stärksten werden in diesem Jahr die Ausrüstungsinvestitionen zurückgehen, aber auch der Wirtschaftsbau wird die Konjunkturschwäche zu spüren bekommen. Mit der Umsetzung der Konjunkturpakete der Bundesregierung werden dagegen die Ausgaben des Staates für Bauten kräftig ausgeweitet. Sie werden allerdings den Ausfall von Unternehmensinvestitionen nicht ausgleichen können. Alles in allem ist eine Stabilisierung frühestens im Verlauf des Jahres 2010 zu erwarten.

Die vom Einbruch der Exporte und der Unternehmensinvestitionen ausgehenden Produktionsrückgänge schränken die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten in der Wirtschaft ein. Viele Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab. Zudem ist rezessionsbedingt auf Betriebsebene mit Vereinbarungen über einen temporären Lohnverzicht der Beschäftigten bzw. eine vorübergehende Aussetzung der Tarifsteigerungen zu rechnen. Die Lohn-einkommen insgesamt sinken. Auch verringern sich infolge der Konjunktur- und Finanzkrise die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Ver-

mögen. Die von der Regierung mit dem Konjunkturpaket II beschlossene Senkung des Steuertarifs wird allerdings die Nettoverdienste stützen. Auch wird der Beitragssatz zur Krankenversicherung ab der Jahresmitte wieder sinken. Zudem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Erhöhung des Kindergelds sowie der Einmalzahlung des Kinderbonus gestützt. Außerdem schlägt die Rentenanhebung Mitte des Jahres zu Buche, sodass es kurzfristig zu keinen Einkommenseinbußen der privaten Haushalte insgesamt kommt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der inzwischen kaum noch steigenden Verbraucherpreise dürften die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben in diesem Jahr nur wenig einschränken.

Die moderate Einschränkung der privaten Konsumausgaben bremst zwar den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität. Trotzdem ist die Produktion in diesem Winterhalbjahr regelrecht abgestürzt – wie es seit Bestehen der Bundesrepublik noch niemals beobachtet worden war. Dies betrifft im Wesentlichen die exportorientierte Industrie und deren Zulieferbereiche. Hier hielt der im Schlussquartal 2008 einsetzende Produktionseinbruch in unverminderter Stärke an. Auch wenn die Bauarbeiten nach dem langanhaltenden Winter im zweiten Quartal anziehen werden, dürfte die Abnahme der Produktion allenfalls unterbrochen werden und sich danach bis Ende 2009 in abgeschwächter Form fortsetzen. Die von den beiden Konjunkturpaketen ausgehenden Impulse werden sich in der zweiten Jahreshälfte zunehmend entfalten.⁸ Der scharfe Produktionsrückgang von 4,8% im Jahresdurchschnitt wird weitgehend von Tempo und Tiefe des Einbruchs im Winterhalbjahr geprägt.

Am Arbeitsmarkt hat der Produktionseinbruch inzwischen Spuren hinterlassen. Allerdings halten sich die Beschäftigungsverhältnisse noch auf hohem Niveau. Bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurden zunächst Überstunden abgebaut und die Betriebsferien wegen fehlender

⁸ Vgl. z. B. SCHEUFELE, R.: Im Fokus: Konjunkturprogramme und ihre Wirkung – Eine Simulation mit dem makroökonomischen Modell des IWH, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2009, S. 4-7, und BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Investitionen der öffentlichen Hand in die Zukunft: Ja! Die Konjunktur aber retten sie nicht mehr!, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 3/2009, S. 113-122.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2009 und 2010

	2008	2009	2010
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,1	-0,6	-1,0
Staatskonsum	2,0	3,1	1,2
Anlageinvestitionen	4,4	-7,3	0,4
Ausrüstungen	5,9	-13,8	-1,1
Bauten	3,0	-3,1	1,4
Sonstige Anlagen	6,6	0,3	0,5
Inländische Verwendung	1,7	-1,2	-0,5
Exporte	2,7	-18,0	0,1
Importe	4,0	-11,7	-0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-4,8	-0,2
<i>Nachrichtlich: USA</i>	1,1	-2,9	1,0
Euroraum	0,8	-3,0	0,2
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,3	-3,2	-2,0
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,6	-0,2
Lohnstückkosten ^a	2,1	3,9	-1,9
Verbraucherpreisindex	2,6	0,4	0,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	40 331	40 012	39 342
Dar. Kurzarbeiter	102	728	631
Arbeitslose ^c	3 268	3 515	4 122
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	7,5	8,1	9,5
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-0,1	-3,6	-6,0

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 17.03.2009).

Nachfrage verlängert. Inzwischen ist die Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung sprunghaft gestiegen, und es wurden deutlich mehr Anträge gestellt. Damit nutzen die Unternehmen die vom Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit, ihre Belegschaften

über einen längeren Zeitraum zu halten. Der Bestand an Kurzarbeitern dürfte einen Höchststand von 1,8 Millionen erreichen. Die zunehmende Belastung der Unternehmen wird im Jahr 2010 infolge der anhaltenden Nachfrage- und Produktionsschwäche einen deutlichen Abbau der Zahl der Kurzarbeiter und einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosenzahl nach sich ziehen. Ende 2010 werden nur noch 39 Millionen Personen beschäftigt und 4,5 Millionen als Arbeitslose registriert sein. Das sind etwa so viel Erwerbstätige und Arbeitslose wie vor dem vergangenen Aufschwung.

Die Lage der öffentlichen Haushalte spitzt sich zu. Nachdem der staatliche Gesamthaushalt im vergangenen Jahr nahezu ausgeglichen war, schnellte die Defizitquote im Jahr 2009 auf 3½%, bevor sie im kommenden Jahr auf 6% steigt; damit wird sie doppelt so hoch liegen, wie es in „normalen“ Zeiten nach den Maastrichter Kriterien zulässig wäre.

Die Gründe sind vielfältig. Zum einen hat der Staat mit den Konjunkturpaketen einen expansiven Kurs eingeschlagen. Vor allem die zusätzlichen Ausgaben für Investitionen werden sich in der Finanzlage widerspiegeln, aber auch bei Steuern und Transfers sind Entlastungen beschlossen. Außerdem ziehen zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts Steuerausfälle nach sich, die sich im Prognosezeitraum auf über 17 Mrd. Euro summieren.⁹ Alles in allem addieren sich diese Maßnahmen auf eine Größenordnung von 1,3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009; im Jahr 2010 wird nochmals ein zusätzlicher Impuls von 0,6% gegeben.

Vor allem aber schlägt sich die realwirtschaftliche Krise nun in den öffentlichen Einnahmen- und Ausgabenströmen nieder. Schon am Ende des vergangenen Jahres stiegen die Gewinnsteuern deutlich weniger dynamisch als zuvor. Im Jahr 2009 werden die Unternehmensgewinne nun regelrecht einbrechen und bei Körperschaft- und Gewerbesteuer dementsprechende Aufkommensrückgänge nach sich ziehen. Mit dem Aufbau der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 – aber auch als Folge der Steuer-senkung Mitte des Jahres – werden die Lohnsteuereinnahmen sogar sinken. Auch das Aufkommen der Sozialbeiträge geht zurück. Die geringe Dyna-

⁹ Davon werden in Abgrenzung der VGR in diesem Zeitraum allerdings nur 12 ½ Mrd. defizitwirksam.

mik im privaten Verbrauch dämpft zudem die Entwicklung der Umsatzsteuereinnahmen. Auf der Ausgabenseite werden insbesondere die Ausgaben für Lohnersatzleistungen kräftig expandieren.

Wirtschaftspolitik

Die zur Stützung der Konjunktur von der Finanzpolitik beschlossenen Maßnahmen sind vielen Marktbeobachtern zu klein bemessen; gern wird auf die Größenordnung von Konjunkturpaketen in anderen Ländern verwiesen. Dabei ist aber zu bedenken, dass nicht die Ausrichtung, sondern die Wirkung der Finanzpolitik den Impuls bestimmt. Der überwiegende Teil der Zunahme des laufenden Defizits ist auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurückzuführen; diese federn die Auswirkungen der Krise auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich ab. In vielen anderen Ländern, in denen die Fiskalpolitik ähnliche Maßnahmen ergriffen hat, ist das nicht so. So wird unter Berücksichtigung der automatischen Stabilisatoren in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt von allen größeren Industrienationen nur in den USA ein umfangreicherer Stimulus gegeben; in Deutschland besteht zurzeit nur wenig Spielraum für weitere Konjunkturpakete. Vor allem aber ist es zunehmend fraglich, was weitere Maßnahmen bewirken könnten. Schon das bisher Beschlossene muss in großen Teilen noch umgesetzt werden, und auch Verdrängungseffekte sind nicht per se auszuschließen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit ihrer jüngsten Zinsentscheidung ihren Weg der maßvollen Zinssenkung, den sie im Herbst 2008 eingeschlagen hatte, weiter verfolgt. Mit diesen und eventuell weiteren Leitzinssenkungen werden sich jedoch die für die gegenwärtige Misere im Euroraum mit ursächlichen Probleme in der Kreditwirtschaft nicht lösen lassen. Denn niedrige Zinsen sind grundsätzlich ungeeignet, das für die Krise maßgebliche Misstrauen unter den Banken abzubauen; Geldmarktzinsen von nahe null Prozent könnten sogar die Funktionsweise des Interbankengeldmarkts zusätzlich beeinträchtigen und eine baldige Genesung der Kreditwirtschaft gefährden. Auf kurze Sicht bedeutet dies, dass angesichts dessen expansive monetäre Impulse von den Banken kaum

weitergegeben werden dürften. Darüber hinaus könnten auf längere Sicht die effiziente Kanalisierung von Ersparnissen in Investitionen behindert sowie erforderliche Anpassungen auf Branchen- und Unternehmensebene hinausgezögert werden. Bei ihrem weiteren Vorgehen hat die EZB zudem ihrem Mandat zu folgen, das in der Wahrung von Preisstabilität und nicht in der aktiven Konjunkturpolitik besteht. Alles in allem wären weitere Zinssenkungen nur zu rechtfertigen, wenn die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zur Lösung der Probleme im Bankensektor Erfolge zeitigten und wenn mit der Konjunkturkrise die mittelfristigen Inflationsaussichten vom impliziten Ziel von knapp zwei Prozent nach unten abweichen würden.

Letztlich hängt die deutsche Konjunktur wesentlich von der Entwicklung in der Weltwirtschaft ab. Die Rückkehr zu einer Aufschwung wird sich erst dann einstellen können, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Erstens müssen die strukturellen Probleme des Finanzsektors einer Lösung ein gutes Stück näherkommen, und zweitens muss der wohl längerandauernde Nachfrageausfall aus den USA von anderer Seite ausgeglichen werden. Diesen Prozess zu unterstützen, wird eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik in den Ländern mit erheblichen strukturellen Leistungsbilanzüberschüssen, also vor allem in China, Japan und Deutschland sein. Kurzatmige Konjunkturprogramme sind dafür freilich keine geeigneten Instrumente.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich,
Axel Lindner, Brigitte Loose, Juliane Scharff,
Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies*

Erwerbsformen im Wandel

– Kurzfassung –

Ein Wandel der Erwerbsformen wird in der Bundesrepublik Deutschland seit mehreren Jahrzehnten beobachtet. Zwar ist noch immer das Normalarbeitsverhältnis, nämlich die abhängige, unbefristete Vollzeitbeschäftigung, die dominierende typische Beschäftigungsform, der ca. drei Viertel der Erwerbstätigen nachgehen. Daneben haben sich aber neue, (noch) atypische Erwerbsformen wie Minijobs und Leiharbeit entwickelt, und bekannte Formen wie die Teilzeitarbeit haben an Bedeutung gewonnen. Diese Veränderungen haben mehrere Ursachen. Sie resultieren aus den Anforderungen an flexiblere Beschäftigungsformen insbesondere im Zuge der Globalisierung, aus der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors, aber auch aus veränderten Präferenzen sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung. Eine wesentliche Triebkraft ist die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen, die häufig in atypischen Beschäftigungsformen realisiert wird. Aber auch über Eintritte in und Aus-

tritte aus dem Arbeitsmarkt vollzieht sich die Veränderung und wird vor allem über den Erwerbseinstieg der jüngeren Alterskohorten sichtbar. Bezogen auf die Entwicklung in den Alten und Neuen Bundesländern gibt es sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede. In beiden Teilräumen zeigt sich eine Zunahme atypischer Beschäftigung. Aber es existieren auch Unterschiede, wie die stärkere Erwerbsorientierung und -beteiligung ostdeutscher Frauen gegenüber westdeutschen, die sich aus den noch immer vorhandenen strukturellen und soziokulturellen Unterschieden zwischen den beiden Landesteilen ergeben. Atypische Beschäftigung ist nicht per se prekär oder „minderwertig“. Aufgrund der Kopplung des Sozialversicherungssystems an das Normalarbeitsverhältnis können für atypisch Beschäftigte jedoch Nachteile und Unsicherheiten entstehen.

Cornelia Lang
(Seite 165)

Koexistenz von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel? Befunde für Thüringen

– Kurzfassung –

Angesichts der günstigen konjunkturellen Entwicklung in den zurückliegenden Jahren haben Wirtschaftsverbände regelmäßig vor einem Mangel an Fachkräften gewarnt, der die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen einschränken könnte. Berücksichtigt man, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter künftig schrumpft, so könnte eine Knappheit an Fachkräften neben einem konjunkturell bedingten Phänomen zu einem dauerhaften Erscheinungsbild werden. In den Neuen Bundesländern schreitet der demographische Wandel besonders rasant voran. Doch noch immer herrscht dort hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, welche die Existenz von Fachkräftengpässen fragwürdig erscheinen lässt.

In der Studie werden, mit einem regionalen Fokus auf Thüringen, zwei Aspekte untersucht. Zum einen wird betrachtet, inwiefern sich mögliche berufsgruppenspezifische Engpässe auf Bundesebene in Thüringen wiederfinden lassen. Hierfür werden auf Grundlage der Daten der amtlichen Statistik entsprechende Kriterien definiert. Insbesondere für einige Metall- und technische Berufe zeigt sich eine

hohe Auslastung der Fachkräftebasis in Deutschland. Schon jetzt trifft das in der Mehrzahl dieser Berufe auch für Thüringen zu. Hohe Arbeitslosigkeit und Fachkräftengpässe können demnach – zumindest in einer Übergangsphase – koexistieren. Zum anderen wird betrachtet, ob unternehmensseitig in der näheren Zukunft Probleme bei der Suche nach Fachkräften erwartet werden. Hierzu hat das IWH eine Befragung unter rund 1 000 Unternehmen in Thüringen durchgeführt. Immerhin 61% der befragten Unternehmen rechneten mit derartigen Problemen, wobei sich statistisch bedeutsame Unterschiede hinsichtlich Unternehmenscharakteristika nachweisen lassen. Darüber hinaus werden im Beitrag ausgewählte Maßnahmen diskutiert, die von den Unternehmen im Zusammenhang mit den erwarteten Problemen implementiert werden.

Dirk Trocka,
Marco Sunder
(Seite 172)

Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen: Erfindergeist nicht nur in urbanen Zentren zu Hause

– Kurzfassung –

Innovationsprozesse sind in der Regel komplex, risikobehaftet und erfordern eine Reihe von Inputs. Technologische Innovationen setzen typischerweise Forschung und Entwicklung sowie den Einsatz hochqualifizierten Personals voraus. Eine resultierende Erfindung bildet dann die Grundlage für ein Patent, das später in ein marktreifes Produkt, die eigentliche Innovation, münden kann. Einige der für den Innovationsprozess relevanten Faktoren lassen sich durch betriebliche Kennzahlen abbilden, wie beispielsweise die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Anzahl der beschäftigten Hochqualifizierten sowie die Anzahl der Patentanmeldungen. Sie sind Indizien für die betriebliche Innovationskraft, können aber auch der Beschreibung des Innovationspotenzials von Regionen dienen. Die Interdependenz der für den Innovationsprozess ausschlaggebenden Größen legt nahe, die Kennzahlen in einer zusammenfassenden Größe – einem Innovationsindex – abzubilden.

Ostdeutsche Regionen zeigen hinsichtlich des ermittelten Innovationsindex im Betrachtungszeitraum 2002 bis 2006 zum Teil erhebliche Unterschiede. Die Momentaufnahme am aktuellen Rand (Gesamtindex) zeigt, dass auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten ein deutliches Nord-Süd-Gefälle existiert. Städte wie Jena und Dresden belegen Spitzenplätze. Der Blick auf die Entwicklung des Innovationspotenzials (Teilindex Dynamik) im Betrachtungszeitraum offenbart jedoch, dass auch einige eher ländlich geprägte Regionen sehr gut abschneiden, darunter beispielsweise Bernburg, Stollberg, Hoyerswerda, Dahme-Spreewald, Wernigerode und Bad Doberan. Das liegt zum Teil an ihrer Funktion als „Kragenkreise“ im innovativen Dunstkreis von Oberzentren, zum Teil aber auch am niedrigen Ausgangsniveau.

Jutta Günther,
Claus Michelsen,
Mirko Titze
(Seite 181)

Erwerbsformen im Wandel

Eine Debatte um die Erosion des Arbeitsmarkts in Deutschland wird schon längere Zeit geführt. Bereits in den 1980er Jahren gab es die Befürchtung, die Arbeit könne ausgehen, es gäbe eine Krise der Arbeitswelt. Die Sphäre der Arbeit – genauer der Erwerbsarbeit – hat aber seitdem so manche Veränderung durchlaufen. Dazu zählen die wirtschaftlichen Verwerfungen in Ostdeutschland nach der Transformation zur Marktwirtschaft, der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft und die veränderten Muster der Arbeitsteilung im Zuge der Globalisierung. Neben diesen strukturellen Veränderungen gab es auch veränderte Präferenzen auf Seiten des Arbeitsangebots und der -nachfrage, die sich kurz als Wunsch nach mehr Flexibilität charakterisieren lassen. Daraus haben sich Anpassungserfordernisse an die Erwerbsarbeit ergeben. Sie hat sich gewandelt. Welche Veränderungen es in den vergangenen zehn Jahren in Bezug auf die Erwerbsformen gegeben hat, ob bestimmte soziale Gruppen davon besonders tangiert werden und welche Unterschiede sich hierbei zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, ist Gegenstand dieses Beitrags.

Unbefristete Vollzeitätigkeit bildet nach wie vor die wichtigste Erwerbsform, ...

Für westliche Industriegesellschaften war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das so genannte „Normalarbeitsverhältnis“ prägend für die Arbeitswelt. Darunter ist abhängige, unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung zu verstehen. Ihre Rahmenbedingungen sind über Tarifverträge sowie arbeits- und sozialrechtlich weitgehend geregelt. Der idealtypische Vertreter dieses Arbeitsverhältnisses ist der männliche Industriearbeiter. Er hat einen sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Vollzeitjob mit Anspruch auf bestimmte Gratifikationen. Oftmals ist er der Alleinverdiener in der Familie. Die Familie ist über seine Erwerbstätigkeit sozial abgesichert. Der erlernte Beruf wird möglichst ein Leben lang ausgeübt, und es besteht eine enge Bindung an den Arbeitgeber bzw. an das Unternehmen.¹⁰ „Normal“ ist

dieses Arbeitsverhältnis im doppelten Sinn: Es setzt den Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems und wird wegen seiner weiten Verbreitung als das Normale angesehen.¹¹

Daneben sind in den letzten Jahren neue, offenere Beschäftigungsformen entstanden (z. B. Leiharbeit,¹² feste freie Mitarbeiterschaft, Minijobs). Bisher flankierende Formen wie beispielsweise die Teilzeitbeschäftigung gewinnen erheblich an Bedeutung. Diese Erwerbsformen weichen von dem, was bisher als normaler Standard gilt, ab. Sie werden daher auch als *atypische Beschäftigungsverhältnisse* bezeichnet und definieren sich in Abgrenzung zum *Normalarbeitsverhältnis* dadurch, dass sie mindestens eines der folgenden Merkmale aufweisen:

- Teilzeitbeschäftigung, wenn sie weniger als die Hälfte der üblichen Vollzeitwochenstunden beträgt,
- Befristung,
- Leiharbeit/Zeitarbeit,
- geringfügige Beschäftigung.¹³

Aus dieser Merkmalsbeschreibung wird ersichtlich, dass atypische Beschäftigung zu nicht existenzsichernden Einkommen führen kann, z. B. bei niedrigem Stundenlohn in der Teilzeitbeschäftigung und bei ausschließlich geringfügiger Beschäftigung. Atypische Beschäftigung kann so Unsicherheitsgefühle bei den Beschäftigten hervorrufen. Das gilt ins-

Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. WZB Discussion Paper 2007-104, S. 2 f. – DIETZ, M.; WALWEI, U.: Beschäftigungswirkungen des Wandels der Erwerbsformen, in: WSI Mitteilungen 5/2006, S. 278.

¹¹ Vgl. OSCHMIANSY, H., a. a. O., S. 2.

¹² Zur Entwicklung der Zeitarbeit, Branchenverteilung und Entgelte siehe BOOST, C.; BUSCHER, H. S.: Zeitarbeit in Deutschland und Europa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2009, S. 74-80.

¹³ Es handelt sich bei diesen Kriterien um arbeitsvertragliche Regelungen. Die Gruppe der Selbstständigen findet in dieser Betrachtungsweise keine Berücksichtigung. Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Begleitmaterial zum Pressegespräch am 9. September 2008 in Frankfurt am Main, S. 5 f.

¹⁰ Siehe auch OSCHMIANSY, H.: Der Wandel der Erwerbsformen und der Beitrag der Hartz-Reformen: Berlin und die

besondere dann, wenn es sich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt (siehe Kasten).¹⁴

... aber andere Erwerbsformen gewinnen an Bedeutung

Aktuellen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts zufolge hat sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in der letzten Dekade positiv entwickelt. Die amtliche Statistik meldet für das Jahr 2007 38,16 Millionen Erwerbstätige, das sind rund 2,3 Millionen mehr erwerbstätige Personen als zehn Jahre zuvor.¹⁵ Zugleich wird bei der Interpretation dieser Erwerbstätigenzahlen aber herausgestellt, dass jener Beschäftigungszuwachs vor allem auf atypische Beschäftigung zurückzuführen ist. Betrug der Anteil atypischer Beschäftigung nach dieser Erhebung 1997 noch 17,5%, so liegt er im Jahr 2007 bei 25,5%.¹⁶ Diese Entwicklung spiegelt die Veränderungen der Arbeitswelt wider. Das lange Zeit allein dominierende Normalarbeitsverhältnis war durch standardisierte Arbeitszeiten, sichere und stabile Beschäftigungsverhältnisse und eine weitgehende Entkopplung des Arbeitnehmers vom Marktrisiko gekennzeichnet (zumindest für männliche Arbeitnehmer). Die neuen atypischen Beschäftigungsformen, deren Ausprägungen im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis in diesem Beitrag untersucht werden, sind nicht mehr an der Massenproduktion orientiert, sondern an diversifizierter, flexibler Produktionsweise weltweit. Die Märkte werden im Zuge der Globalisierung entgrenzt. Flexible Produktion erzwingt flexibilisierte Arbeitsmärkte. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Entwicklung ist die stärkere Rückkopplung der Arbeitskraft an die Marktrisiken. Im Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ drückt sich diese neue Qualität aus.¹⁷ Institutionelle Einflüsse wie formale rechtliche

¹⁴ Dazu muss die atypisch beschäftigte Person in ihrem Haushaltskontext betrachtet werden, was jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags ist. Auch eine Normalbeschäftigung mit geringem Stundenlohn kann zu nicht existenzsicherndem Einkommen führen, ebenso wie eine geringfügige Beschäftigung ein Hinzuverdienst zum (Haushalts-)Einkommen sein kann und somit in keiner Weise prekär ist.

¹⁵ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT, a. a. O., S. 4 f.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 7.

¹⁷ Vgl. FREY, M.; HÜNING, H.; NICKEL, H. M.: Vermarktlichung und „neue“ Unsicherheiten. Differenzen und Widersprüchlichkeiten in der Umgestaltung von Arbeit, in: O. Struck; C. Köhler (Hrsg.), Beschäftigungsstabilität im Wandel? München 2004, S. 270 ff.

Kasten:

Atypische Beschäftigung kann, aber muss nicht prekär sein

In Anlehnung an den Thesaurus der International Labour Organisation (ILO) kann prekäre Beschäftigung als Erwerbsform gekennzeichnet werden, die den Beschäftigten nur geringe Arbeitsplatzsicherheit gewährt, ihnen wenig Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitssituation ermöglicht, sie nur begrenzt arbeitsrechtlich absichert und die deren materielle Existenzsicherung durch Arbeit daraus folgend erschwert. Dies hat letztlich auch Auswirkungen auf ihre Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben.

Das folgende Zitat illustriert, wie sich prekäre Beschäftigung auf der Ebene der Individuen darstellt:

„Wir können die Prekarier mithin als Grenzgänger einer veränderten Arbeitswelt beschreiben. Sie bewegen sich durch das unwegsame Gelände von Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten Tätigkeiten und staatlichen Unterstützungsleistungen. Sie stehen nicht mehr nur sporadisch oder periodisch zwischen geförderter und nicht geförderter Beschäftigung, sie sind zwischen auskömmlicher Tätigkeit und Armut trotz Erwerbstätigkeit hin- und hergeworfen, sie kämpfen um die Aussicht auf stabile Beschäftigung und gegen berufliche bzw. arbeitsweltliche Ausschlussdynamiken.“^a

^a VOGEL, B.: Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 33-34/2008, S. 15.

Strukturen des Arbeitsmarkts oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben damit ebenfalls Bedeutung für den Wandel der Erwerbsformen.

Zudem zeigen sich darin auch veränderte Präferenzen auf der Arbeitsangebotsseite. Der Wunsch nach flexibleren Beschäftigungsformen existiert nicht nur auf Seiten der Unternehmen. Die Möglichkeit, Arbeit und Familie, Beruf und Freizeit besser miteinander in Einklang zu bringen, wünschen sich auch Arbeitnehmer. Eine sichtbare Folge ist die Erosion des Alleinverdienermodells in den Alten Bundesländern. Damit einhergehend stieg in

den vergangenen Jahrzehnten beispielsweise die Erwerbsbeteiligung von Frauen.¹⁸

Nicht zuletzt spielt auch der sektorale Strukturwandel eine Rolle. So ist Teilzeitarbeit gegenwärtig überdurchschnittlich oft im Dienstleistungsbereich anzutreffen. Der Anteil des Normalarbeitsverhältnisses ist im Handel und im Gastgewerbe in den letzten Jahren am stärksten gesunken. Aber auch im Produzierenden Gewerbe und in den Sektoren Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen und Unternehmensdienstleistungen ist er rückläufig¹⁹ und der Anteil atypischer Beschäftigung angestiegen.²⁰

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden für die Bundesrepublik Deutschland, differenziert nach Alten und Neuen Ländern, untersucht, in welchem Ausmaß sich ein Wandel der Erwerbsformen zeigt und welche Personengruppen davon besonders betroffen sind.

Der Wandel wird vor allem bei jüngeren Erwerbspersonen sichtbar

In der folgenden empirischen Analyse der Formen der Erwerbsbeteiligung werden Querschnittsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 1997 und 2007 verwendet.²¹

Zunächst wird untersucht, welche prozentualen Anteile der erwachsenen Personen im erwerbsfähigen

Alter bis unter 65 Jahren²² jeweils auf die verschiedenen Formen des Erwerbsstatus in den Jahren 1997 und 2007 entfallen.²³

Die Daten zeigen, dass die Vollzeitbeschäftigung ihre vorherrschende Stellung im Zehnjahresvergleich behalten hat (vgl. Abbildung 1). Knapp die Hälfte der Personen im Erwerbsalter hat diesen Status. Angestiegen sind die Anteile der Teilzeitarbeit (von 10% 1997 auf 14% im Jahr 2007) und der geringfügigen Beschäftigung (von 2% auf 5%).²⁴

Schließt man alle in Ausbildung oder Lehre befindlichen Personen, alle unter der Kategorie „sonstiges“ subsumierte sowie beruflich Selbstständige und nicht Erwerbstätige aus der Analyse aus, so bleiben diejenigen übrig, die nach eigener Aussage als abhängig Beschäftigte am Arbeitsmarkt agieren. Sie lassen sich nun anhand der oben geschilderten Kriterien in Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis und in atypisch Beschäftigte einteilen. Im Jahr 1997 befanden sich demnach 84% der Befragten in einem Normalarbeitsverhältnis, zehn Jahre später sind es 77% (vgl. Abbildung 2).

Im nächsten Untersuchungsschritt wird der Frage nachgegangen, ob und welche Unterschiede es bei den Erwerbsformen gibt, wenn man eine Differenzierung nicht nur nach Zeiträumen, sondern nach Alter und Geschlecht vornimmt. Dabei wird jeweils auch untersucht, ob sich die alters- und geschlechtsspezifischen Differenzen in den Erwerbsformen in den Neuen und Alten Bundesländern voneinander unterscheiden. Folgende Vorüberlegungen leiten die Analyse:

- I. Wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung hin zu flexibleren Märkten eine Ursache des Wandels ist, dann sind sowohl die Alten als auch die Neuen Bundesländer davon betroffen; in beiden Regionen müsste deshalb der Anteil der atypischen Beschäftigung im Zeitverlauf gestiegen sein.

¹⁸ Zu den geschlechterkulturellen Modellen und der Erwerbsneigung von Frauen siehe BESENTHAL, A.; LANG, C.: Erwerbsorientierungen von Frauen und Einstellungen zu Erwerbstätigkeit und Familie, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2004, S. 23 ff.

¹⁹ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT, a. a. O., S. 9 f.

²⁰ Dies führt zu der Frage, ob sich die Veränderungen in den Erwerbsformen komplementär zueinander verhalten, oder ob es zur Substitution von „normalen“ Beschäftigungsverhältnissen durch „atypische“ oder gar „prekäre“ kommt. Analysen dazu liegen bisher kaum vor. Für Westdeutschland kommt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Teilzeitarbeit zu dem Schluss, dass das Teilzeitwachstum seit 1991 vor allem auf die Vorteile zurückzuführen ist, die in dieser Erwerbsform liegen (höhere Flexibilität, geringere Kosten, Work-Life-Balance), und in geringerem Ausmaß auf Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Vgl. IAB-Forum 1/2008, S. 14 f.

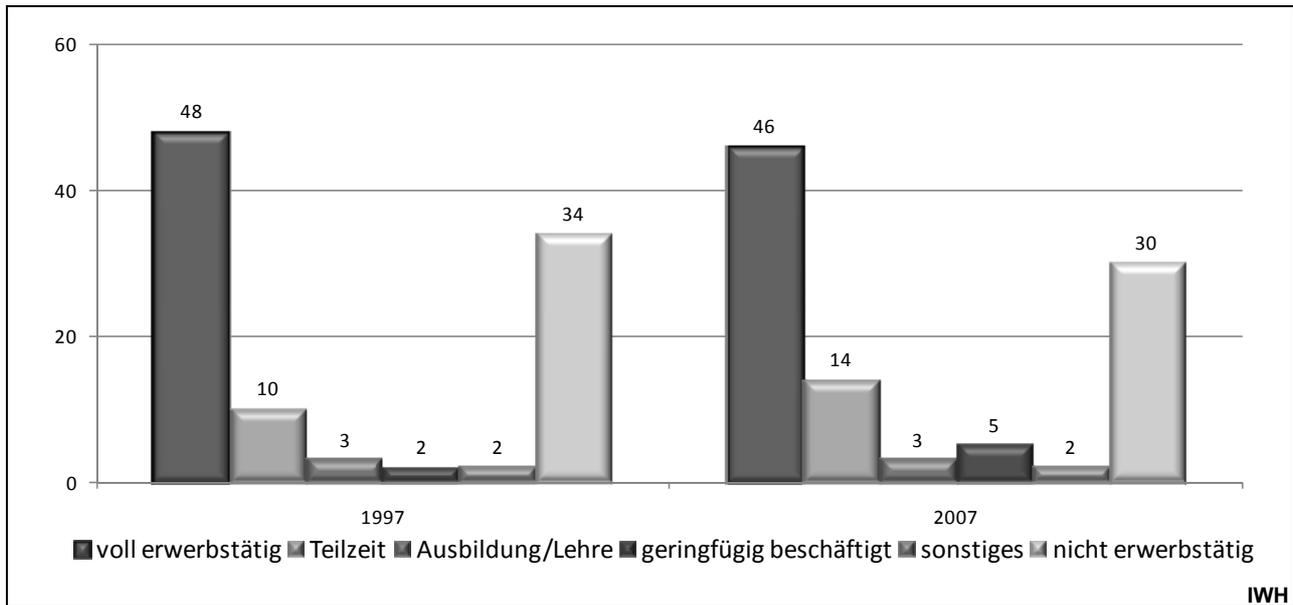
²¹ Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereitgestellt. Zur Beschreibung des SOEP siehe FRICK, J.; JENKINS, R.; STEPHEN, P.; LILLARD, D. R.; LIPPS, O.; WOODEN, M.: The Cross-national Equivalent File (CNEF) and its Member Country Household Panel Studies. Schmollers Jahrbuch 127 (4), 2007, S. 626-654.

²² Im verwendeten SOEP-File sind die jüngsten Probanden 17 Jahre alt.

²³ Alle dargestellten Ergebnisse des SOEP sind mindestens auf 5%-Niveau statistisch signifikant.

²⁴ Dabei muss beachtet werden, dass die gesetzlichen Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung seit 1997 mehrfach geändert wurden und die Gruppe Betroffener auch dadurch gewachsen ist.

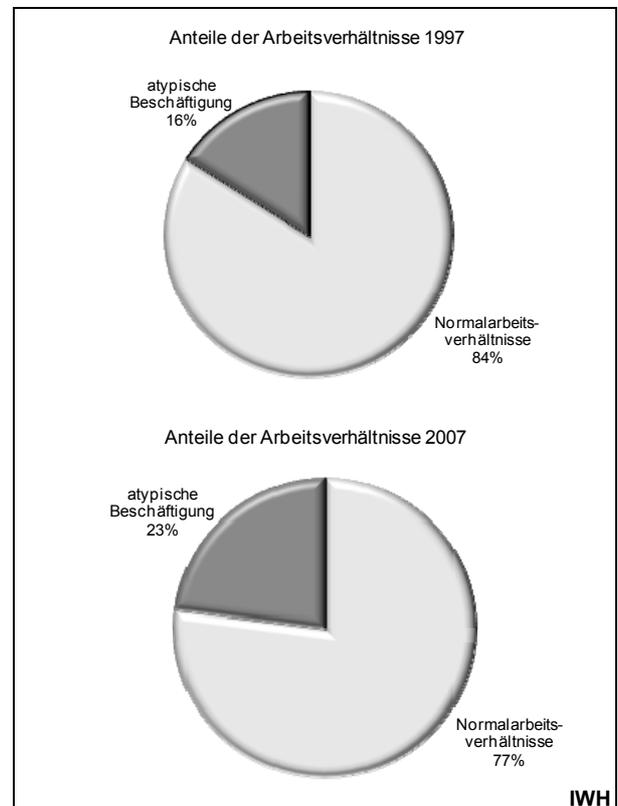
Abbildung 1:
Erwerbsstatus im Zeitvergleich 1997 und 2007
- Angaben in % -



Quellen: SOEP 1997 und 2007, Daten querschnittsgewichtet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

- II. Unter der Prämisse, dass das Normalarbeitsverhältnis als Errungenschaft der Industriegesellschaft allmählich erodiert, und zwar durch den sektoralen Wandel und das Ausscheiden der früheren Träger dieser Beschäftigungsform, müsste die jüngere Generation stärker als die ältere in atypische Beschäftigung eingebunden sein.
- III. Mit der Aufhebung der staatlichen Teilung Deutschlands trafen unterschiedliche Erwerbsmuster aufeinander. Das betraf vor allem die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Diese lag in der DDR sehr viel höher als in der alten Bundesrepublik. Das Modell des Alleinverdieners war dementsprechend in der DDR nur schwach ausgeprägt; vorherrschend war ein Doppelverdienermodell. Unterstellt man Pfadabhängigkeit von Erwerbsorientierungen, müssten ostdeutsche Frauen häufiger als westdeutsche in Normalarbeitsverhältnissen zu finden sein. Aber nicht nur kulturelle, sondern auch strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland können diese Tendenz noch verstärken. Dazu gehören geringere Haushaltseinkommen und Vermögenswerte, stärkere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext, aber auch umfangreichere Möglichkeiten zur Kinder-

Abbildung 2:
Anteil von Personen in Normalarbeitsverhältnissen und in atypischer Beschäftigung an der Gesamtzahl der Personen in abhängiger Beschäftigung in den Jahren 1997 und 2007



Quellen: SOEP 1997 und 2007, Daten querschnittsgewichtet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

betreuung in den Neuen Ländern und eine frühzeitige Umorientierung von Frauen auf neue Chancen in neuen Branchen.

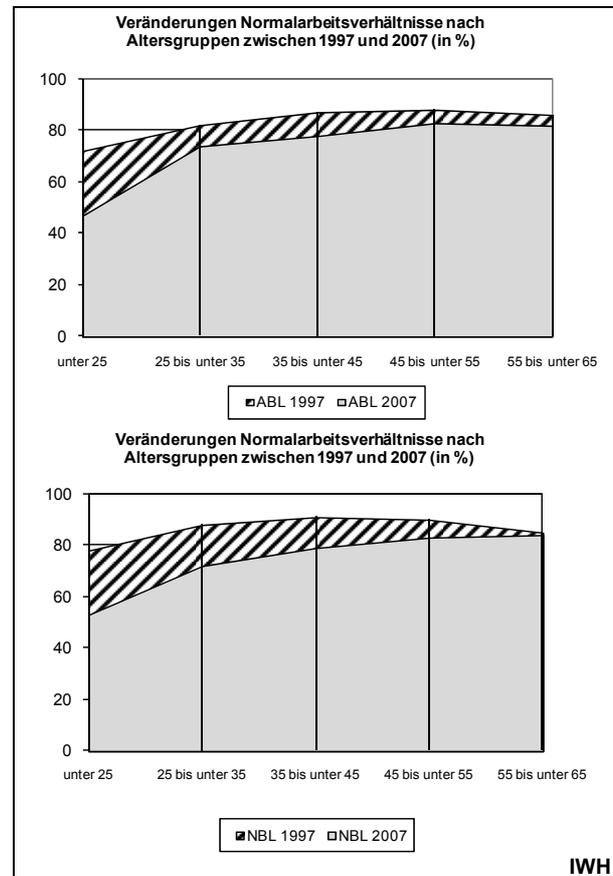
Erste Befunde nach regionaler Differenzierung bestätigen die unter Punkt I angestellten Vorüberlegungen und zeigen, dass die Normalbeschäftigung sowohl in den Alten als auch in den Neuen Bundesländern seit 1997 zurückgegangen ist, und zwar von 85% auf 77% in den Alten und von 89% auf 78% in den Neuen Ländern.

Aber nicht alle Alterskohorten der abhängig Beschäftigten sind in gleichem Ausmaß von diesen Veränderungen betroffen. Wie sich diese Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen vollzogen hat, ist in Abbildung 3 zu sehen. Die Abbildung dokumentiert die relativ gefestigte Position älterer Gruppen der Arbeitnehmerschaft, die von den Veränderungen weg vom Normalarbeitsverhältnis weniger stark betroffen sind. Die jüngste Gruppe der unter 25-Jährigen hingegen ist, gemäß der unter Punkt II angestellten Vorüberlegung, im Jahr 2007 deutlich seltener als noch vor zehn Jahren mit unbefristeten Vollzeitstellen ins Berufsleben gestartet. In dieser Altersgruppe befindet sich der höchste Anteil von Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen.

Atypische Beschäftigung muss nicht per se „schlechte“ oder „minderwertige“ Beschäftigung sein, und ein Berufsstart mit einem befristeten Vertrag oder auf Teilzeitbasis ist kein Start auf dem Abstellgleis. Im Wissenschaftsbereich z. B. sind Befristungen üblich. Zu bedenken ist jedoch, dass eine weniger gefestigte Etablierung auf dem Arbeitsmarkt junge Menschen in ihrer gesamten weiteren Lebensplanung bremsen bzw. verunsichern kann und sie deshalb z. B. die Gründung einer Familie aufschieben – mit demographischen Folgewirkungen wie einer geringeren Geburtenzahl.²⁵ Hinzu kommt, dass das Normalarbeitsver-

²⁵ Das internationale Forschungsprojekt GLOBALIFE hat die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf individuelle Lebensverläufe in 17 Nationen untersucht und kommt zu dem Schluss, dass häufig gerade junge Menschen als Globalisierungsverlierer angesehen werden können, nicht zuletzt deshalb, weil sie eben noch keine feste Verankerung im Arbeitsmarkt (gewissermaßen auch keine Lobby) haben und häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen starten. Siehe auch BLOSSFELD, H.-P.; KLIJZING, E.; MILLS, M.; KURZ, K. (eds): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London, New York 2006.

Abbildung 3:
Anteil der Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis 1997 und 2007 nach Regionen und Altersgruppen^a
- Angaben in % -



ABL = Alte Bundesländer; NBL = Neue Bundesländer. – ^a Für die Altersgruppen sind nur diskrete Werte vorhanden, keine stetigen Verteilungen. Dennoch wurde diese Darstellungsform gewählt, weil sie die Veränderung insgesamt und an den Rändern auf einen Blick wiedergibt.

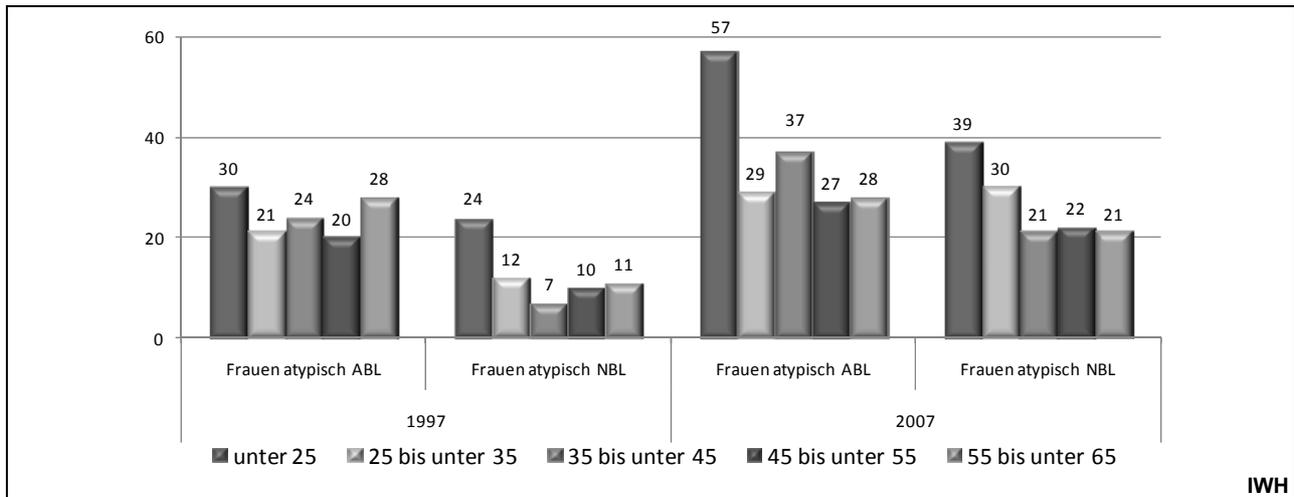
Quellen: SOEP 1997 und 2007, Daten querschnittsgewichtet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

hältnis die Basis für die Ausgestaltung des Sozialversicherungssystems ist. Die Gruppe der atypisch Beschäftigten trägt weniger zu diesem System bei, häufig profitiert sie auch weniger davon (z. B. bei Rentenansprüchen).

Wie sich das Verhältnis von normalen zu atypischen Beschäftigungsformen in den letzten Jahren bei den Frauen entwickelt hat, zeigt Abbildung 4.

In beiden Regionen hat der Anteil atypisch beschäftigter Frauen seit 1997 zugenommen. In den Alten Bundesländern geschah dies sehr viel stärker als in den Neuen. Im Jahr 2007 ist von den abhängig beschäftigten westdeutschen Frauen mehr als die Hälfte der jungen Frauen unter 25 Jahren nicht mehr in einem Normalarbeitsverhältnis. Für diese

Abbildung 4:
Atypische Beschäftigung von Frauen 1997 und 2007 nach Altersgruppen und Regionen
- Angaben in % -



Quellen: SOEP 1997 und 2007, Daten querschnittsgewichtet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Gruppe ist im Grunde die atypische Beschäftigung das Normale.

Die Kurve für die ostdeutschen Frauen zeigt 1997 einen leicht u-förmigen Verlauf. Der Anteil atypischer Beschäftigung war in der Altersgruppe von 35 bis unter 45 Jahren, die als die Gruppe mit der größten beruflichen Leistungsfähigkeit gilt, mit 7% besonders niedrig. Mehr als neun von zehn Frauen dieser Altersgruppe waren also in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt. Im Jahr 2007 findet sich dieses Muster nicht mehr; ungefähr jede fünfte Frau ab 35 Jahren ist in atypischer Beschäftigung.

In Westdeutschland zeigt sich ein etwas anderes Bild. Vor allem die Frauen zwischen 35 und 44 Jahren in den Alten Bundesländern weisen einen deutlich höheren Anteil atypisch Beschäftigter auf als ihre ostdeutschen Altersgefährtinnen, und zwar zu beiden Zeitpunkten. Das kann ein Hinweis darauf sein, dass es sich bei den westdeutschen Frauen in dieser Altersgruppe häufig um (Wieder-)Einsteigerinnen in den Arbeitsmarkt nach einer Phase der Kinderbetreuung handelt. In Ostdeutschland könnte diese Phase schon bei jüngeren Frauen einsetzen, weil sie u. a. bessere Möglichkeiten der Kleinkindbetreuung haben. Hinzu kommt eine – seit der Wiedervereinigung ungebrochene – stärkere Erwerbsorientierung der Frauen in Ostdeutschland, die sich u. a. regelmäßig im Mikrozensus zeigt. In dieser Befragung werden teilzeitarbeitende Frauen nach den Gründen für die Teilzeitbeschäftigung gefragt. Westdeutsche Frauen antworten mehrheit-

lich, dass sie dies aufgrund von familiären Verpflichtungen tun, und ostdeutsche, weil eine Vollzeitstelle nicht zu finden war. Mithin findet auch die oben angestellte Vorüberlegung III in den empirischen Befunden eine Bestätigung.

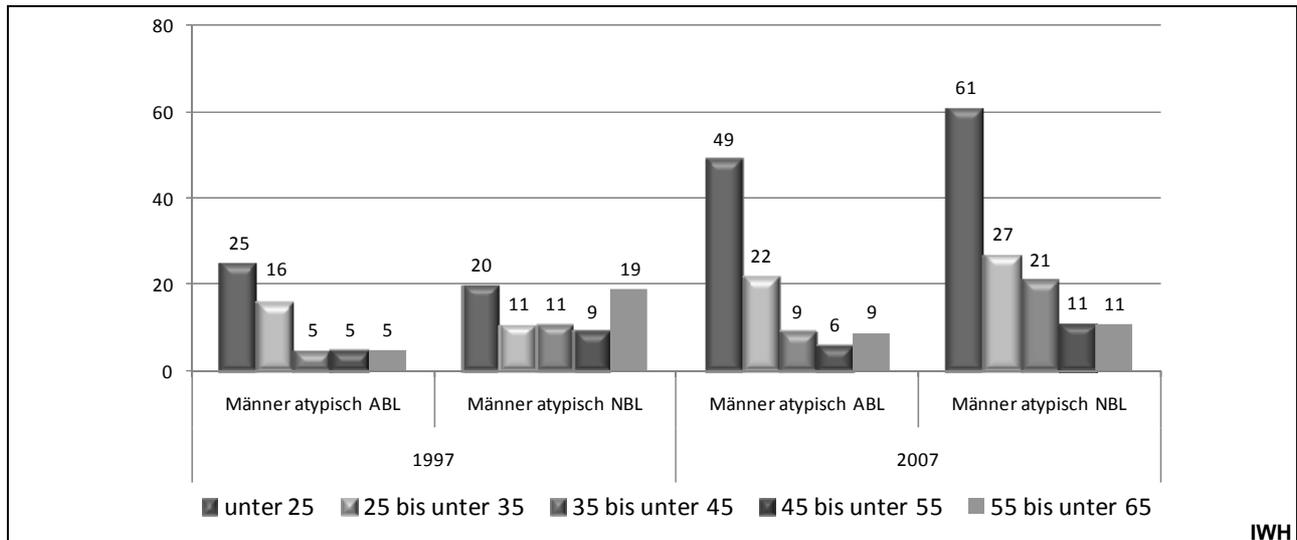
Wie andere Untersuchungen zeigen, resultieren diese Befunde auch aus unterschiedlichen Rollenverständnissen von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und unterschiedlichen Einkommenssituationen der Haushalte.²⁶

Und wie ist die Situation für männliche Erwerbstätige? Die Entwicklung des Anteils atypisch Beschäftigter im Zeitvergleich zeigt ebenfalls einen Anstieg des Anteils dieser Erwerbsform. Im Jahr 1997 waren 10% der Männer atypisch beschäftigt, 2007 waren es 15%. In der jüngsten Altersgruppe der unter 25-Jährigen ist der Anteil atypisch Beschäftigter unter den Männern ebenfalls deutlich höher als bei den älteren Kohorten. In den Neuen Ländern ist dieser Befund noch ausgeprägter, wie Abbildung 5 zeigt.

Zwar liegt der Anteil junger Männer unter 25 Jahren, die atypisch beschäftigt sind, deutlich über dem der gleichaltrigen Frauen. Die These, dass der Wandel der Erwerbsformen durch die Frauen geprägt ist, ist dennoch richtig. Zum einen sinkt der

²⁶ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; FUCHS, J.; LANG, C.: Wie hoch ist die Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland? Arbeitsplatzausstattung und Arbeitsplatzlücke nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 2/2007, S. 384 ff.

Abbildung 5:
 Atypische Beschäftigung von Männern 1997 und 2007 nach Altersgruppen und Regionen
 - Angaben in % -



Quellen: SOEP 1997 und 2007, Daten querschnittsgewichtet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wert bei den Männern rapide ab, wenn sie älter werden (dies trifft generell auf beide Landesteile zu). Zum anderen ist die Kohorte der abhängig beschäftigten jungen Männer zahlenmäßig im verwendeten Datensatz nur schwach besetzt und womöglich sehr selektiv, weil viele Männer in diesem Alter üblicherweise noch in Ausbildung sind. Die älteren Jahrgänge (Männer wie Frauen) sind dagegen stärker vertreten. Gestützt wird die These auch durch folgende Befunde: Waren 1997 61% der atypisch Beschäftigten Frauen, so ist dieser Anteil bis zum Jahr 2007 auf 68% angestiegen. Unter den Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis stieg der Anteil von Frauen im gleichen Zeitraum hingegen weniger stark, von 40% auf 44%.

Fazit

In den vergangenen Jahren hat ein Wandel der Erwerbsformen zugunsten atypischer Beschäftigungsverhältnisse stattgefunden, von dem im Wesentlichen Frauen und jüngere Erwerbstätige betroffen sind. Nach wie vor ist das Normalarbeitsverhältnis aber die dominierende Beschäftigungsform. Es bildet den Kern von Beschäftigung, die über arbeitsmarktpolitische Institutionen weitgehend geschützt und abgesichert ist. Um diesen Kern herum ist in jüngerer Zeit eine Zone atypischer, flexiblerer, aber auch mit stärkerer Unsicherheit behafteter Beschäftigung, wie geringfügige und befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Teilzeitarbeit (und, hier nicht be-

trachtet, aber mit in diese Aufzählung hineingehörend: neue Formen der Selbstständigkeit), neu entstanden bzw. gewachsen. An diesen Rändern besteht aufgrund der Kopplung des Normalarbeitsverhältnisses an die Sozialversicherung auf der einen Seite die Gefahr, dass sich Prekarität entwickelt. Auf der anderen Seite bieten die Formen atypischer Beschäftigung sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarkts eine Reihe von Vorteilen. Die Durchlässigkeit des Arbeitsmarkts wird größer. Betriebe „schützen“ die Kernbelegschaften durch flexibel einsetzbare Arbeitskräfte. Für Outsider des Arbeitsmarkts erhöhen sich die Chancen des Zugangs. Atypische Beschäftigung kann hier eine Brückenfunktion haben. Für Familien bietet ein flexiblerer Arbeitsmarkt die Möglichkeit, Beruf und Familie bzw. Kinderbetreuung besser zu koordinieren. Aber gerade hier liegen Chancen und Risiken dicht beieinander. Die Analysen haben gezeigt, dass die Erwerbstätigen im „Familiengründungsalter“ zunehmend atypisch beschäftigt sind, also die jüngeren Kohorten bis zu den 35-Jährigen, und hierbei vor allem die Frauen. Das kann Unsicherheitsgefühle in Bezug auf die Lebensplanung hervorrufen, die beispielsweise die Familiengründung beeinflussen können.

Cornelia Lang
 (Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Koexistenz von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel? Befunde für Thüringen

Vor der bedingten konjunkturellen Eintrübung im Zuge der Weltfinanzkrise nahmen Befürchtungen über einen möglichen Fachkräftemangel in wirtschaftspolitischen Debatten große Bedeutung ein. Vorrangig wurde eine Unterversorgung mit Fachkräften aus den MINT-Disziplinen – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – thematisiert. Freilich fand diese Diskussion noch vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Boomphase statt, in der die Auftragsbücher voll waren, Beschäftigung aufgebaut wurde und die Arbeitslosigkeit in bedeutendem Umfang zurückging.

Es gibt jedoch gute Gründe, die Diskussion zu verstetigen und sie nicht mit dem einsetzenden konjunkturellen Abschwung abubrechen. Immerhin befindet sich Deutschland in einem langfristigen demographischen Umbruch. Der Bevölkerungsrückgang hat bereits eingesetzt und wird in einigen Jahren überproportional die Gruppe der Personen im arbeitsfähigen Alter erfassen. Mit Geburtenraten weit unter dem bestandserhaltenden Niveau werden die Alterskohorten, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, tendenziell kleiner ausfallen als bislang, sodass bereits der Ersatz der aus dem Arbeitsleben altersbedingt ausscheidenden Personen kaum zu bewerkstelligen ist, geschweige denn eine Ausweitung der Beschäftigung möglich erscheint. In besonders deutlichem Maß trifft diese Entwicklung die Neuen Bundesländer, die in der Nachwendzeit sowohl einen dramatischen Geburtenknick als auch einen Exodus unter den jungen Erwachsenen zu verzeichnen hatten.²⁷

Somit sollte es nicht überraschen, wenn sich auch in Ostdeutschland Unternehmer bereits Gedanken über die Sicherung ihrer Fachkräftebasis machen, und das, obwohl die Arbeitslosigkeit im Zuge des transformationsbedingten Strukturwandels in den Neuen Ländern noch immer hoch ist. Im Gegensatz zu konjunkturellen Spitzen mit vorübergehenden Knappheiten kann es mit dem demographischen Wandel zu langfristigen Engpässen

kommen, da nicht davon auszugehen ist, dass die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten im gleichen Ausmaß wie die dortige Erwerbsbevölkerung sinkt. Denn erstens übt die in den kommenden zwei Jahrzehnten anwachsende Gruppe der Personen im Rentenalter weiterhin eine hohe Nachfrage nach lokalen Gütern aus, und zweitens konnten die Neuen Länder in den letzten zehn Jahren deutliche Absatzsteigerungen auf ausländischen Märkten verzeichnen, sodass ein Teil der Nachfrage nicht von der eigenen Demographie abhängt.²⁸

Im vorliegenden Beitrag wird mit Thüringen ein ostdeutsches Bundesland in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt, das in wirtschaftlicher wie auch demographischer Hinsicht eine dynamische Entwicklung durchlebt. So erreichte der Freistaat, der sich gern als Denkfabrik sieht, in den vergangenen Jahren Spitzenplätze im Wachstum der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde, bei zuletzt deutlich sinkender Arbeitslosigkeit. Dabei stehen in den kommenden Jahren bedeutende Einschnitte bei der Zahl der Berufseinsteiger bevor. Laut Prognose des Statistischen Bundesamts wird im Jahr 2011 ein vorläufiger Niedrigstand der Zahl der 16- bis 19-Jährigen erreicht, mit einem Rückgang um 57% gegenüber dem Jahr 2006 (vgl. Abbildung 1). Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, inwieweit die regional verfügbare Fachkräftebasis quantitativ und qualitativ Schritt halten kann. Weichen nämlich die Qualifikationsanforderungen und die vorhandene Qualifikationsstruktur stark voneinander ab, wäre ein gleichzeitiges Auftreten von qualifikationsspezifischen Knappheiten und Arbeitslosigkeit denkbar. Thüringen eignet sich also gut als Region zur Erforschung des Übergangs von transformationsbedingter Arbeitslosigkeit zu einer möglichen demographiebedingt fortwährenden Fachkräfteknappheit.

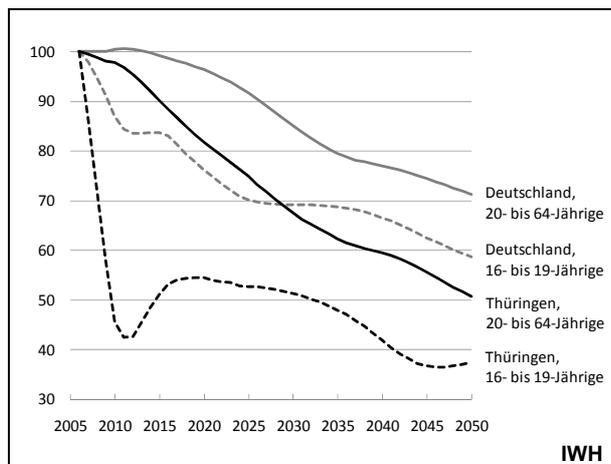
Im Folgenden werden zwei Aspekte beleuchtet. Einerseits soll untersucht werden, inwieweit Tendenzen hin zu einer Fachkräfteknappheit auf Bundesebene erkennbar sind und ob diese auch in Thürin-

²⁷ Mit Abwanderung kann ein *brain drain* einhergehen; außerdem verlassen potenzielle Mütter das Land. Vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2008, S. 128-131.

²⁸ Vgl. LUDWIG, U.; LOOSE, B.; LANG, C.: Exportförderung bedarf der Erkundung betrieblicher Potenziale – Befunde für Thüringen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2008, S. 183-192.

gen bereits ihren Niederschlag gefunden haben. Hierzu werden Daten der amtlichen Statistik genutzt. Andererseits wird anhand einer IWH-Umfrage unter thüringischen Unternehmen betrachtet, in welchem Umfang die Unternehmen mittelfristig Probleme bei ihrer Suche nach Fachkräften befürchten und welche Strategien sie verfolgen, um ihren Fachkräftebedarf zu decken.

Abbildung 1:
Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Altersgruppen in Thüringen und Deutschland
- 2006 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante I-W1; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ökonomische Überlegungen zu Fachkräftengpässen

Auf den ersten Blick erscheint eine Definition von „Fachkräftemangel“ trivial: Zu gegebenen Marktbedingungen übersteigt die Nachfrage nach bestimmten Fähigkeiten das Angebot.²⁹ Fraglich erscheint jedoch, inwiefern Mangel in einem funktionierenden Markt überhaupt auftreten kann, in dem doch über den Preisanpassungsmechanismus Angebot und Nachfrage zum Ausgleich gebracht werden sollten. Arrow und Capron beschreiben in ihrer Analyse des Ingenieurmarkts in den USA der 1950er Jahre

²⁹ Vgl. BLANK, D. M.; STIGLER, G. J.: The Demand and Supply of Scientific Personnel. New York: National Bureau of Economic Research, 1957. Ein spezieller Fall liegt vor, wenn die Nachfrage nach einer bestimmten Berufsgruppe auf Basis sozialer Kriterien determiniert ist. Beispielsweise könnte die gewünschte Zahl an Lehrern durch ein vorgegebenes Betreuungsverhältnis zu Schülern bestimmt sein. Reicht die tatsächliche Zahl der Lehrer nicht aus, um dieses Kriterium zu erfüllen, liegt demnach ein Mangel vor.

das Szenario eines „dynamischen Mangels“, der durch ein schnelleres Anwachsen der Nachfrage im Vergleich zum Arbeitsangebot entsteht.³⁰ Sie argumentieren, dass bei Übernachfrage angebotene Lohnsätze erst mit einiger Verzögerung angehoben werden, da die einzelnen Unternehmen zunächst erkennen müssen, dass die Besetzung von Stellen schwieriger geworden ist. Daneben müssen Fachkräfte Informationen über neue Lohnniveaus erst verarbeiten bzw. zunächst eine Ausbildung durchlaufen – was gegebenenfalls eine Ausweitung des Ausbildungsangebots voraussetzt –, wodurch es zu weiteren Verzögerungen bei der Anpassung an ein neues Gleichgewicht kommen kann. Durch eine Folge von Nachfrageausweitungen kann aus derartigen temporären Ungleichgewichten ein längerfristiger Mangel entstehen.³¹

Darüber hinaus ist denkbar, dass Unternehmen auch bei erkannten Einstellungsproblemen den Lohnsatz der offenen Stellen nur in einem begrenzten Spielraum variieren können, sodass längerfristig keine Markträumung eintritt. In vielen Fällen kann eine höhere Bezahlung neuer Mitarbeiter im Vergleich zu Mitarbeitern derselben Qualifikation mit längerer Betriebszugehörigkeit den betrieblichen Gegebenheiten entgegenstehen, z. B. aufgrund von Vereinbarungen mit dem Personalrat. Daneben wäre es möglich, dass große Lohnunterschiede innerhalb eines Unternehmens auch zwischen Mitarbeitern verschiedener Qualifikationen zu Spannungen führen. Unter Effizienzlohn-Gesichtspunkten könnte bei einer starken Lohnspreizung die Arbeitsmotivation der Beschäftigten mit weniger knappen Qualifikationen leiden.³²

Engpässe in Fertigungs- und technischen Berufen

Die in letzter Zeit geführte Fachkräftemangel-Diskussion konzentrierte sich weitestgehend auf

³⁰ ARROW, K. J.; CAPRON, W. M.: Dynamic Shortages and Price Rises: The Engineer-Scientist Case, in: Quarterly Journal of Economics 73 (2), 1959, pp. 292-308.

³¹ CONRAD, C. A.: Industry Sector Analysis of the Supply and Demand of Skilled Labor in California – A Report Prepared for the California Council on Science and Technology, <http://www.ccst.ucr.edu/publications/1999/CREST7.pdf>, Zugriff am 16.01.2009.

³² Vgl. LICHT, G.; STEINER, V.; BERTSCHEK, I.; FALK, M.; FRYGES, H.: IKT-Fachkräftemangel und Qualifikationsbedarf. ZEW Wirtschaftsanalysen 61, 2002. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2002.

MINT-Berufe, und dabei in besonderem Maß auf Ingenieure. Engpässe wurden also nicht für alle Berufsgruppen gleichermaßen konstatiert. Insofern wäre es theoretisch möglich, trotz hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit an Kapazitätsgrenzen in einzelnen Berufen zu stoßen, d. h., für Vakanzen stehen keine Personen mit adäquaten Qualifikationen zur Verfügung bzw. die Stellen können nicht durch Personen mit anderen Qualifikationen besetzt werden. Eine berufsgruppenspezifische Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung ist damit erforderlich, um einschätzen zu können, ob Knappheiten am Arbeitsmarkt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Thüringen identifiziert werden können. In einer Analyse des US-amerikanischen Arbeitsmarkts schlägt *Veneri* vor, mehrere Indikatoren der berufs-spezifischen Arbeitsmarktentwicklung zusammenzufassen.³³ Sie betrachtet dabei den Anstieg der Zahl abhängig Beschäftigter, den Anstieg der Verdienste und die Arbeitslosenquote innerhalb einzelner Berufsgruppen. Dabei wird unterstellt, dass Knappheiten dann vorliegen, wenn eine deutlich überdurchschnittliche Beschäftigungsexpansion, relativ hohe Lohnzuwächse sowie stark unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit gleichzeitig beobachtet werden. Im Idealfall sollten dabei Daten zu Vakanzen mitberücksichtigt werden, die allerdings für den von *Veneri* betrachteten Zeitraum in den USA nicht erhoben wurden.

Im vorliegenden Beitrag wird der Ansatz von *Veneri* aufgegriffen. Die Wahl der Indikatoren und Kriterien berücksichtigt jedoch die Rahmenbedingungen am deutschen Arbeitsmarkt sowie die Möglichkeiten der amtlichen Statistik. Anstelle der Lohnentwicklung wurde die Relation aus Arbeitslosen zu Vakanzen innerhalb der Berufsgruppen aufgenommen, wodurch das Verhältnis aus verfügbarem Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage approximiert werden soll.³⁴ Je geringer dieses Verhältnis ausfällt, desto schwieriger sollte sich die Fachkräfte-suche für Unternehmen darstellen. Als Maß für die Beschäftigungsentwicklung wird die Veränderung der Arbeitslosenquote herangezogen.

³³ VENERI, C. M.: Can Occupational Labor Shortages be Identified Using Available Data? Monthly Labor Review, March 1999, pp. 15-21.

³⁴ ABRAHAM, K. G.: Structural/Frictional vs. Deficient Demand Unemployment: Some New Evidence. American Economic Review 73 (4), 1983, pp. 708-724.

Von einer „Knappheit“ wird im Folgenden dann ausgegangen, wenn in einer Berufsgruppe folgende vier Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind:³⁵

- die Arbeitslosenquote liegt mindestens 20% unter dem Bundesdurchschnitt über alle Berufsgruppen im Juni 2007,³⁶
- die Arbeitslosenquote hat sich zwischen Juni 2003 und Juni 2007 mindestens halbiert,
- das Verhältnis aus Arbeitslosen zu gemeldeten offenen Stellen liegt mindestens 20% unter dem Bundesdurchschnitt über alle Berufsgruppen im Juni 2008,
- das Verhältnis aus Arbeitslosen zu gemeldeten offenen Stellen hat sich zwischen Juni 2003 und Juni 2008 mindestens halbiert.

Die Definition von Berufsgruppen folgt dabei der Berufsklassifikation der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Zweistellerebene. Von den ursprünglich 86 Berufsgruppen werden nur diejenigen berücksichtigt, in denen im Juni 2003 mindestens 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen tätig waren. Außerdem werden Arbeitskräfte in den Kategorien „unbestimmter Beruf“ bzw. „ohne Angabe des Berufs“ ausgeschlossen, sodass der Betrachtung letztlich 76 Berufsgruppen zugrunde liegen. Sowohl für Deutschland als auch für Thüringen wird anhand der zuvor genannten Kriterien ermittelt, ob in einzelnen Berufsgruppen Knappheiten vorliegen.³⁷ Von den 13 auf Bundesebene identifi-

³⁵ Wie *Veneri* beschreibt, unterliegen Definitionen konkreter Schwellenwerte einer gewissen Beliebigkeit. Beispielsweise verwendet sie in ihrer Studie Werte zwischen 30% und 50%. Mit den hier gewählten Schwellenwerten soll sichergestellt werden, dass nur Berufsgruppen mit einer sehr dynamischen, überdurchschnittlichen Entwicklung am Arbeitsmarkt in Betracht gezogen werden. Bei einer Verschärfung der Kriterien reduziert sich freilich die Zahl der identifizierten Berufsgruppen, wobei sich aber weiterhin Berufe mit Knappheiten aus den Bereichen Metall bzw. Technik rekrutieren.

³⁶ Die berufs-spezifische Arbeitslosenquote wird hierbei berechnet als Quotient aus der Zahl der Arbeitslosen und der Summe aus der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) sowie der Zahl der Arbeitslosen. Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsgruppen für 2008 lagen den Autoren noch nicht vor.

³⁷ Die Berufszuordnung für Arbeitslose erfolgt auf Basis der letzten abgeschlossenen Berufsausbildung. Bei den offenen Stellen handelt es sich um die von den Unternehmen an die Agenturen für Arbeit gemeldeten und zur Vermittlung freigegebenen Stellen. Arbeitslose bzw. offene Stellen, die der Arbeitsverwaltung nicht gemeldet wurden, bleiben damit in der Analyse unberücksichtigt. Vgl. LASA BRANDEN-

Tabelle 1:

Berufsgruppen mit Engpässen in Deutschland bzw. Deutschland und Thüringen

Region	Fertigungsberufe: Metallberufe	Fertigungsberufe: sonstige	Technische Berufe
ausschließlich Deutschland	Former/Formgießer	Kunststoffverarbeiter/ übrige Ernährungsberufe	Techniker/ Technische Sonderfachkräfte
Deutschland und Thüringen	Metallverformer (spanend) Metalloberflächenbearbeiter Feinblechner/Installateure Schlosser Mechaniker Werkzeugmacher	Elektriker	Ingenieure

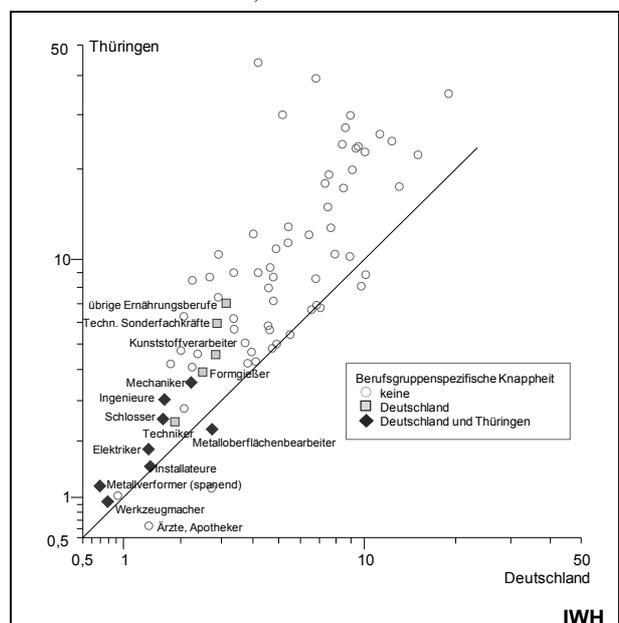
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

zierten Berufsgruppen mit Engpässen entfallen sieben auf die so genannten Metallberufe, drei auf andere Fertigungsberufe und drei auf technische Berufe, darunter Ingenieure und Techniker (vgl. Tabelle 1). In diesen Berufen scheinen die vorhandenen Kapazitäten damit weitgehend ausgeschöpft zu sein. Für naturwissenschaftliche Berufe treffen die Kriterien hingegen nicht zu.

Doch wie verhält es sich in Thüringen? Im Oktober 2008 fiel die Arbeitslosenquote in Thüringen erstmals seit den frühen 1990er Jahren auf einen Wert unter 10%.³⁸ Gegenüber dem Höchststand im Februar 1998 bedeutet dies einen Rückgang um über elf Prozentpunkte. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit in Thüringen weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt, und es fragt sich, ob diese gleichzeitig mit einer Knappheit an Fachkräften einhergehen kann – und somit, ob die Diskussion um Fachkräftemangel für Thüringen überhaupt von Relevanz ist. Im Freistaat lassen sich acht Berufsgruppen identifizieren, die allesamt der Liste „knapper“ Berufe in Deutschland entstammen, darunter die Ingenieure (vgl. Tabelle 1). Angesichts der insgesamt hohen Arbeitslosigkeit mag das überraschen. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass neben einem hohen thüringischen Bedarf an spezialisierten Fachkräften eine bundesweit starke Nachfrage nach bestimmten Berufen Wanderungs- bzw. Pendlerbewegungen induzieren und somit die lokale Fachkräftebasis in Thüringen

Abbildung 2:

Verhältnis aus Zahl der Arbeitslosen und Zahl der gemeldeten offenen Stellen in den Berufsgruppen im Juni 2008, Thüringen und Deutschland (logarithmischer Maßstab)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

reduzieren kann. Freilich stellt sich – aus Sicht der Arbeitgeber – die Lage in Thüringen für die meisten Berufsgruppen entspannter dar als im Deutschlandvergleich: Das Zahlenverhältnis von Arbeitslosen zu Vakanzen übersteigt hier für fast alle Berufsgruppen die entsprechenden Werte im gesamten Bundesgebiet (vgl. Abbildung 2). Eine Sonderstellung nehmen hierbei Ärzte und Apotheker ein, für die in Thüringen die Zahl der offenen Stellen die Zahl der Arbeitslosen übertrifft.

Inwieweit Unternehmen in Thüringen bereits Auswirkungen einer Verknappung am Markt für

BURG: Fachkräfteinformationssystem, http://www.lasabrandenburg.de/fileadmin/user_upload/FKM-dateien/Publicationen_zum_Download/indikatorenbeschreibung_fachkraefteinformationssystem.pdf, Zugriff am 19.01.2009.

³⁸ THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK: Arbeitsmarktdaten für Thüringen.

Fachkräfte verspüren, soll im folgenden Abschnitt anhand von Umfragedaten untersucht werden.

Befragung Thüringer Unternehmen

Im Rahmen eines Gutachtens zur Fachkräftesituation in Thüringen hat das IWH die Personalverantwortlichen von rund 1 000 thüringischen Unternehmen befragt.³⁹ Schwerpunkte des Fragenkatalogs bildeten Instrumente der Personalpolitik, darunter Aus- und Weiterbildungsaktivitäten sowie Zukunftserwartungen für einen Fünfjahreszeitraum. Die Interviews wurden im Juni und Juli 2008 vom Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (ZSH) computerunterstützt telefonisch (CATI) durchgeführt.⁴⁰ Die Interviewdauer betrug im Schnitt 25 Minuten. Als Grundlage zur Ziehung der geschichteten Zufallsstichprobe diente die Markus-Datenbank von Creditreform. Als Schichtungskriterien wurden die Unternehmensgröße sowie die Branchenzugehörigkeit verwendet. Es wurden dabei Unternehmen aus acht Branchengruppen ausgewählt. Diese Branchen sind für Thüringen von besonders hoher Bedeutung und repräsentieren gemeinsam etwa zwei Drittel aller Beschäftigten im Freistaat:

- Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung,
- Metallerzeugung und -bearbeitung bzw. Herstellung von Metallerzeugnissen,
- Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen bzw. Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik,
- Handel bzw. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern,
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen bzw. Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen,
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen,
- Maschinenbau.

Die befragten Unternehmen repräsentieren rund 8% aller thüringischen Unternehmen in den ausgewählten Branchengruppen.

³⁹ Vgl. BUSCHER, H. S. et al: Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Thüringen bis 2015. IWH-Sonderheft (im Erscheinen).

⁴⁰ Die Daten wurden somit im Umfeld eines noch relativ günstigen konjunkturellen Klimas erhoben.

Probleme besonders in den Sektoren Maschinenbau, Metall und Gesundheit erwartet

Im Rahmen der Befragung wurde besonderes Gewicht auf mögliche Probleme bei der Suche nach Fachkräften gelegt. Dabei wurde erhoben, ob die Unternehmen derartige Probleme innerhalb der nächsten fünf Jahre erwarten. Freilich handelt es sich hierbei um subjektive Einschätzungen der Personalverantwortlichen, die durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Diese Thematik ist jedoch von hoher Relevanz, da Fachkräftengpässe zu Wachstumshemmnissen werden und somit die Standortattraktivität und -treue beeinträchtigen können. Immerhin 61% der befragten Unternehmen gaben an, Probleme zu erwarten.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Probleme gleichmäßig auf alle Unternehmen verteilt sind, oder ob bestimmte Eigenschaften der Unternehmen mit höherer bzw. geringerer Problemwahrnehmung in Zusammenhang gebracht werden können. Hierzu werden drei Gruppen von unternehmensspezifischen Faktoren betrachtet:

• Struktur des Humankapitalbestands

Für die Beschreibung des Humankapitalbestands können die Zahl der Beschäftigten, die Altersstruktur der Belegschaft sowie auch die Humankapitalintensität von Bedeutung sein. Es wäre zu vermuten, dass *größere bzw. ältere Belegschaften* mit einem tendenziell höheren Ersatzbedarf für ausscheidende Mitarbeiter und daher eher mit Problemen bei der Fachkräftesuche einhergehen. Daneben könnte die *Humankapitalintensität* eine Rolle spielen. Wissensintensive Tätigkeiten setzen in der Regel lange bzw. spezialisierte Ausbildungen voraus, sodass eine kurzfristige regionale Verfügbarkeit entsprechend qualifizierter Fachkräfte nicht immer gegeben sein muss. Insofern wäre es denkbar, dass gerade Unternehmen mit hoher Humankapitalintensität – in der Studie gemessen über einen hohen Akademikeranteil an den Gesamtbeschäftigten – über erwartete Probleme bei der Personalbeschaffung klagen.

• (Geplante) Beschäftigtenentwicklung

Unternehmen, die eine *künftige Ausweitung der Beschäftigung* planen und somit zusätzlichen Personalbedarf verzeichnen, sollten eher Probleme bei der Fachkräftesuche konstatieren als solche, die ihre Beschäftigung konstant halten

oder abzubauen gedenken. Insbesondere Unternehmen, die derzeit schon über *vakante Stellen* verfügen, dürften über die aktuelle Situation am Fachkräftemarkt besonders gut im Bilde sein. Es ist daher zu vermuten, dass diese Unternehmen in der Zukunft mit größeren Problemen rechnen.

• **Sektorale und räumliche Struktur**

Zudem ist es denkbar, dass die Zugehörigkeit zu bestimmten *Branchengruppen* bzw. zum *Handwerk* zur Einschätzung von Problemen beiträgt, da in den einzelnen Sektoren unterschiedliche Qualifikationsanforderungen bestehen dürften. In Betracht gezogen werden darüber hinaus mögliche Lokalisationsvorteile in Ballungsgebieten, in denen Unternehmen stärker als andernorts von der Nähe zur Wissenschafts- und Bildungsinfrastruktur des Freistaats profitieren und somit über einen besseren Zugang zu Fachkräften verfügen könnten. Ballungsgebiete werden dabei über einen *Unternehmensstandort* innerhalb einer kreisfreien Stadt abgebildet.

Tabelle 2 beschreibt die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der besprochenen Unternehmenscharakteristika und gibt innerhalb dieser Kategorien die Anteile der Unternehmen mit erwarteten Problemen an. Um mögliche Zusammenhänge zu testen, kommen Kontingenzanalysen zum Einsatz.⁴¹ Dabei zeigt sich, dass nicht alle Ergebnisse im Einklang mit den zuvor aufgestellten Hypothesen stehen. Die Unternehmensgröße, die voraussichtliche Beschäftigtenentwicklung sowie das aktuelle Vorhandensein vakanter Stellen werden als sehr bedeutend für die Wahrnehmung von Problemen identifiziert. Beispielsweise verfügt rund ein Drittel aller Unternehmen über Vakanzen. Von diesen meldeten 82% Probleme an, wohingegen nur 51% der Unternehmen ohne offene Stellen Probleme antizipieren. Auch zwischen den Branchengruppen zeigen sich nennenswerte Unterschiede.

⁴¹ Bei einer Kontingenzanalyse werden die Ausprägungen zweier Merkmale tabellarisch gegenübergestellt. Dabei kann überprüft werden, ob die Merkmale voneinander unabhängig verteilt sind. Hierzu wird jeweils ein χ^2 -Test durchgeführt, dessen *p*-Wert die Plausibilität der Hypothese beschreibt. Ein niedriger *p*-Wert (unter 0,05) lässt sich als Indiz für einen statistisch gesicherten Zusammenhang deuten, ohne dass dabei notwendigerweise kausale Abhängigkeiten impliziert werden.

Besonders häufig werden Probleme im Maschinenbau, in der Metallindustrie sowie im Gesundheitssektor verzeichnet, was weitgehend im Ein-

Tabelle 2:
Stichprobenstruktur und erwartete Probleme bei der Fachkräftesuche bis 2013

	Anteil Unternehmen	davon: Probleme erwartet	χ^2 -Test auf Unabhängigkeit
	in %	in %	(<i>p</i> -Wert)
Größenklasse (Beschäftigtenzahl)			
unter 10	35	50	
10 bis 49	42	65	
50 und mehr	23	72	< 0,001
Anteil der Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und älter an den Gesamtbeschäftigten			
unter 10%	48	60	
10% und mehr	52	62	0,539
Anteil der Akademiker an den Gesamtbeschäftigten			
unter 10%	52	60	
10% und mehr	48	62	0,505
Beschäftigtenentwicklung in den kommenden fünf Jahren			
steigend	42	71	
gleichbleibend	49	55	
fallend	9	48	< 0,001
aktuell unbesetzte Stellen?			
nicht vorhanden	66	51	
vorhanden	34	82	< 0,001
Unternehmensstandort			
Landkreis	80	61	
Kreisfreie Stadt	20	64	0,339
Branche			
Ernährung	9	46	
Metall	15	73	
Elektro	12	59	
Handel	12	49	
Verkehr	12	59	
Dienstleistung	13	50	
Gesundheit	13	71	
Maschinenbau	11	78	
Sonstiges	3	63	< 0,001
Eintrag in die Handwerksrolle?			
nicht eingetragen	58	64	
eingetragen	42	58	0,050

Quelle: IWH-Unternehmensbefragung zum Fachkräftebedarf in Thüringen.

klang mit den Ergebnissen in Tabelle 1 steht. Dagegen werden nur geringe Unterschiede festgestellt zwischen Handwerksbetrieben und Unternehmen, die nicht in der Handwerksrolle eingetragen sind. Zudem finden die zuvor aufgestellten Vermutungen zum Anteil älterer Beschäftigter, dem Akademikeranteil sowie dem Unternehmensstandort keine Bestätigung durch die entsprechenden Tests.

Bei der Erwartung von Problemen wurde bislang nicht zwischen den Qualifikationsstufen der Beschäftigten unterschieden. Hierbei wäre zu vermuten, dass die Besetzung von Stellen mit hohen bzw. spezialisierten Humankapitalanforderungen mit höheren Suchkosten und damit eher mit Problemen verbunden ist als im Fall von Stellen mit geringen Ausbildungserfordernissen. Hierzu wurde den Unternehmen die Frage nach erwarteten Schwierigkeiten bei der Fachkräftesuche in den nächsten fünf Jahren auch nach Qualifikationsstufen getrennt gestellt (vgl. Tabelle 3). Am häufigsten werden Probleme im Bereich der Facharbeiter und Gesellen erwartet (46% aller Unternehmen). Dabei dürfte eine wichtige Rolle spielen, dass auf diese Gruppe mehr als die Hälfte aller Beschäftigten und somit auch ein hoher Ersatzbedarf entfällt. Akademiker sowie Meister und Techniker stehen nur an zweiter bzw. dritter Stelle in der Problemwahrnehmung. Am wenigsten problematisch erscheint den Unternehmen die Suche nach An- und Ungelernten.

Ein anderes Bild ergibt sich bei ausschließlicher Betrachtung der Unternehmen mit geplanten Be-

schäftigtenzuwachsen in den einzelnen Qualifikationsstufen. Bei diesen Unternehmen werden an erster Stelle Probleme bei der Besetzung von Stellen für Hochschulabsolventen befürchtet (65%), gefolgt von Stellen für Facharbeiter und Gesellen sowie Meister und Techniker. Weit abgeschlagen rangieren Auszubildende sowie An- und Ungelernte. Die Einschätzung zu den Auszubildenden dürfte sich vorwiegend aus den bisherigen Erfahrungen am Ausbildungsmarkt speisen. Der Bewerberpool überstieg bislang deutlich die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen, sodass etwa ein Drittel der Lehrstellenbewerber auf außerbetriebliche, staatlich geförderte Maßnahmen ausweichen hatte. Angesichts des demographisch bedingten Einbruchs der Anzahl potenzieller Lehrstellenbewerber überraschen die Einschätzungen der Unternehmen zu den Problemen bei Auszubildenden durchaus.

Auch die bisherige Dauer bis zur Besetzung einer Stelle dürfte einen Indikator für die qualifikationsspezifischen Probleme bei der Akquise von Mitarbeitern darstellen. Die Suche nach qualifizierten Fachkräften vom Schlag eines Facharbeiters, Meisters oder Akademikers dauerte in Thüringen im Schnitt mindestens mehr als einen Monat länger als die Akquise eines an- oder ungelerten Mitarbeiters. Die meiste Zeit beanspruchte die Suche nach Hochschulabsolventen – sie dauerte fast doppelt so lang wie die Suche nach Facharbeitern.

Einen weiteren Hinweis auf bereits bestehende Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen lie-

Tabelle 3:
Beschäftigtenentwicklung und erwartete Probleme bei Stellenbesetzungen

	Qualifikationsart				
	An- oder Ungelernte	Auszubildende	Facharbeiter, Gesellen	Meister, Techniker	Akademiker
Beschäftigtenanteil, in %	11	7	60	6	16
Anteil der Unternehmen mit erwarteten Problemen: unter allen Unternehmen, in %	6	19	46	20	27
nur unter Unternehmen mit geplantem Beschäftigtenzuwachs in den jeweiligen Qualifikationsstufen, in %	18	28	58	45	65
Durchschnittliche Stellenbesetzungsdauer, in Monaten	1,5	*	2,7	3,7	5,1

Anmerkung: Es werden nur Unternehmen berücksichtigt, die eine Einschätzung der Beschäftigtenentwicklung im jeweiligen Qualifikationsbereich angeben konnten. – * Nicht erhoben.

Quelle: IWH-Unternehmensbefragung zum Fachkräftebedarf in Thüringen.

fern die Antworten der Unternehmen darauf, ob sie Kompromisse im Zusammenhang mit bisherigen Stellenbesetzungen eingehen mussten. Mehr als die Hälfte der Unternehmen ließ sich laut Umfrage auf Kompromisse ein, die weitestgehend die fachliche Qualifikation der Bewerber betrafen (45% aller Unternehmen). Weniger bedeutend waren Zugeständnisse hinsichtlich der Entlohnung und der Arbeitszeiten, die jeweils mit 15% bzw. 7% zu Buche schlugen.

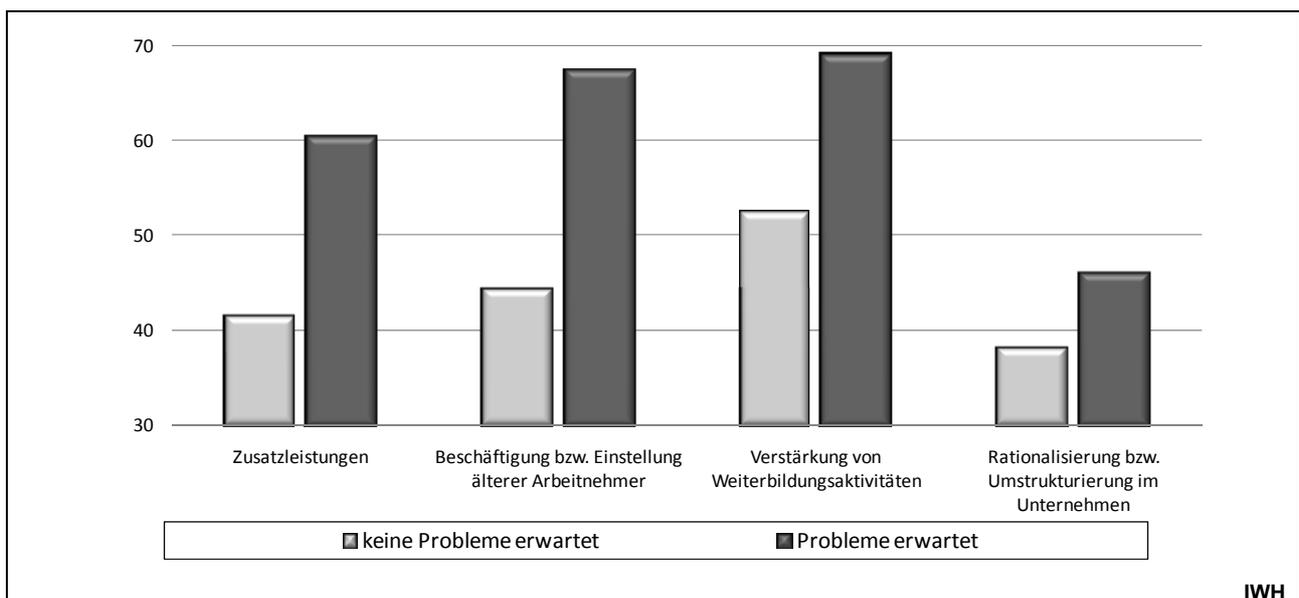
Personalpolitische Maßnahmen: Implementation abhängig von Problemlage

Vor dem Hintergrund des schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials gewinnt eine effiziente Nutzung der Ressource Humankapital gerade in den Neuen Ländern eine zunehmende Bedeutung. Sowohl auf staatlicher als auch auf unternehmerischer Ebene können dabei Maßnahmen ergriffen werden, um der sich verknappenden Fachkräftebasis zu begegnen. Die befragten Unternehmen waren aufgefordert, zu den bereits avisierten eigenen Strategien Stellung beziehen.

Der Entwicklung am Arbeitsmarkt kann auf Unternehmensebene auf verschiedene Arten entsprochen werden. Herausragende Rollen können dabei der qualitativen Verbesserung der bestehenden Wissensbasis, der Erschließung zusätzlicher

Beschäftigungspotenziale sowie Einsparungen im Personaleinsatz zukommen. Als Indikatoren werden die Intensivierung von Weiterbildungsaktivitäten – die insgesamt von 58% der befragten Unternehmen in den nächsten fünf Jahren eingeplant werden –, die Beschäftigung bzw. Einstellung älterer Arbeitnehmer – auf die 63% der Unternehmen zurückgreifen wollen – und Maßnahmen zur Umstrukturierung bzw. Rationalisierung im Unternehmen betrachtet – die wiederum 43% der Unternehmen anzuwenden beabsichtigen. Weiterhin können die Unternehmen bei Neueinstellungen Zusatzleistungen anbieten, die etwa über tarifliche Vereinbarungen hinausgehen. Derartige Zusatzleistungen können aus Sicht des Arbeitnehmers finanzieller Natur sein bzw. geldwerte Leistungen wie etwa Dienstwagen, Heimflüge oder Betriebsrenten darstellen. Es können aber auch andere Dienste wie beispielsweise die Suche nach einer Wohnung, nach Kita-Plätzen oder nach einer Arbeitsstelle für den Lebenspartner übernommen werden. 37% der befragten Unternehmen gewähren finanzielle Zusatzleistungen bei Neueinstellungen, und immerhin 31% bieten nichtfinanzielle Zusatzleistungen an. Mindestens eine dieser Arten von Zusatzleistungen gewähren 53% der Unternehmen. Auch wenn die damit einhergehenden Kosten nicht erhoben wurden, ist doch davon auszugehen, dass beide Arten

Abbildung 3:
Maßnahmen nach Einschätzung der Problemlage zur Fachkräftesuche
- in % -



Quelle: IWH-Unternehmensbefragung zum Fachkräftebedarf in Thüringen.

von Leistungen aus der Perspektive des Unternehmens Kosten darstellen.

Abbildung 3 unterscheidet diese Indikatoren hinsichtlich der Frage, ob die Unternehmen Probleme bei der künftigen Fachkräftesuche erwarten. Es lässt sich feststellen, dass die Neigung der Unternehmen, die genannten Maßnahmen in Angriff zu nehmen, bei antizipierten Problemen deutlich ansteigt. Interessanterweise besteht auch zwischen den geplanten Maßnahmen ein Zusammenhang. Unternehmen, die Rationalisierungsmaßnahmen oder eine zusätzliche Beschäftigung älterer Mitarbeiter planen bzw. Zusatzleistungen anbieten, tendieren auch dazu, Weiterbildungsaktivitäten auszudehnen. Dieser Zusammenhang ist statistisch signifikant und bleibt auch bestehen, wenn zusätzlich die Unternehmensgröße, die Branche und bisherige Weiterbildungsaktivitäten berücksichtigt werden. Dies lässt sich als Hinweis darauf verstehen, dass Unternehmen dazu tendieren, nicht nur eine Maßnahme isoliert zu implementieren, sondern ein Bündel aus Maßnahmen zusammenzuschneiden.

Ausblick

Die wirtschaftliche Expansion der vergangenen drei Jahre und die Reformen am Arbeitsmarkt haben die Arbeitslosigkeit signifikant gesenkt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurden jedoch Klagen über Stellenbesetzungsprobleme immer lauter. Ob damit ebenso jeweils ein „Mangel“ an Fachkräften verbunden war, ist auf den ersten Blick nicht offensichtlich. Immerhin gab es auch auf dem Zenit des Wirtschaftsbooms in den meisten Berufen noch mehr Arbeitsuchende als offene Stellen. Geht man von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit aus, so wäre die Kapazitätsgrenze der Fachkräftebasis rein rechnerisch noch nicht erreicht gewesen. Diese Überlegung unterschlägt jedoch, dass auch innerhalb von Berufsgruppen viel Heterogenität vorherrscht und sich Menschen neben ihrer formalen Qualifikation auch in anderen tätigkeitsrelevanten Merkmalen und Einstellungen unterscheiden. Informationsasymmetrien zwischen potenziellen Arbeitgebern und -nehmern können beträchtlich ausfallen und einem „Matching“ im Weg stehen. Dabei trug die reichliche bzw. günstige Verfügbarkeit von Fachkräften bislang zur Standortattraktivität in den Neuen Ländern bei. Berufsspezifische Knappheiten haben sich in Thüringen bereits be-

merkbar gemacht, vor allem in Metallberufen und unter Ingenieuren. Es ist fraglich, ob die Lohnkostenvorteile Ostdeutschlands im Wettbewerb um diese Fachkräfte noch lange Bestand haben können. Gleichzeitig ist in anderen Berufsfeldern ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit zu beklagen. Nach einem tiefgreifenden Strukturwandel passen vorhandene Ausbildungsstrukturen und die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen noch nicht vollständig zusammen.

Die abkühlende Konjunktur sorgt zunächst für Entspannung an der Fachkräftefront. Das Thema Fachkräftemangel wird jedoch schon bald eine permanente Bedeutung gewinnen, da die deutsche Wirtschaft aufgrund der demographischen Entwicklung mit immer weniger Arbeitskräften auskommen muss. Besonders trifft dies auf die Neuen Bundesländer zu, die hier in gewisser Weise als „Zukunftslabor“ für Westdeutschland und andere Industrienationen dienen können. Wichtig ist in dieser Situation eine Bildungsexpansion, die den zahlenmäßigen Rückgang der jungen Bevölkerung kompensieren hilft. Die in Thüringen befragten Unternehmen haben dies mehrheitlich erkannt und planen, in Zukunft mehr in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren. Die Hochschulen beginnen, den Markt für akademische Weiterbildungsmaßnahmen zu erschließen. Denjenigen Menschen, die bislang schlechte Karten am Arbeitsmarkt hatten – Schulabbrecher, Altbewerber für Ausbildungen und Langzeitarbeitslose –, sollten Möglichkeiten für den nachträglichen Erwerb von Abschlüssen aufgezeigt bzw. eröffnet werden. Mit einem enger werdenden Arbeitsmarkt und passgenauerer Qualifikationsstruktur dürfte gerade in den Neuen Ländern die Bildungsrendite künftig höher ausfallen, als es wahrscheinlich von vielen vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Transformationsphase erwartet worden ist. Die Thematik der Fachkräftesicherung in einer schrumpfenden Gesellschaft wird im kommenden Jahrzehnt tendenziell an Bedeutung gewinnen.

Dirk Trocka
(Dirk.Trocka@iwh-halle.de)

Marco Sunder
(Marco.Sunder@iwh-halle.de)

Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen: Erfindergeist nicht nur in urbanen Zentren zu Hause

Die Europäische Union hat das Jahr 2009 zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation erklärt. Das unterstreicht die Bedeutung der Wissensgenerierung für den Wirtschaftsstandort Europa. Aus ökonomischer Sicht sind Innovationen in Form neuer Produkte und Verfahren eine zentrale Quelle der wirtschaftlichen Entwicklung und des damit einhergehenden sektoralen Strukturwandels. Aus betrieblicher Sicht tragen Innovationen entscheidend zum Unternehmenserfolg und zur Wettbewerbsfähigkeit bei, ein Aspekt, der angesichts der globalen Integration immer wichtiger wird.⁴²

Im vorliegenden Beitrag soll dem Verhältnis zwischen Innovation und Raum Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die räumliche Verteilung der innovationsrelevanten Aktivitäten in Ostdeutschland wird dazu in Form eines Innovationsindex dargestellt. Zur räumlichen Verteilung innovativer Aktivitäten in Ostdeutschland bzw. in ostdeutschen Regionen liegen bereits verschiedene empirische Untersuchungen vor. Diese stellen in der Regel auf einzelne Kennzahlen (z. B. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), FuE-Beschäftigte, Patentanmeldungen) ab.⁴³ Nur wenige empirische Arbeiten beziehen sich auf die kleinräumige Einheit von Kreisen bzw. kreisfreien Städten. Im vorliegenden Beitrag wird – über die bisherigen Studien hinausgehend – im ersten Schritt ein Innovationsindex für 112 ostdeutsche Kreise und kreisfreie Städte ermittelt und zusammenfassend dargestellt. Im zweiten Schritt wird die regionale Innovationsaktivität den „zusammengefassten Kreistypen“ gegenübergestellt. Hier können Einsichten darüber gewonnen werden, ob innovative Aktivitäten vorrangig in städtisch geprägten Agglomerationsräumen liegen, wie es die Theorie nahelegt.

⁴² Siehe z. B. EUROPÄISCHE KOMMISSION: Knowledge for Growth. European Issues and Policy Challenges. EUR 23725 EN, DG Research 2008.

⁴³ Vgl. z. B. LEGLER, H. et al.: Innovationsindikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit der östlichen Bundesländer. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 20-2004 (Dezember 2003). – FRANZ, P.: Räumliche Verteilung ostdeutscher innovativer Kompetenzen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 344-349.

Theoretischer Bezugsrahmen

Eine wesentliche Quelle von Innovationen im Sinne neuer Produkte und Verfahren ist die wissenschaftliche und industrielle Forschung und Entwicklung. Nach dem „linearen Modell“ bzw. dem Ansatz des *technology push* sind Innovationen das Endergebnis eines eindimensionalen Ablaufprozesses im Sinne von: Grundlagenforschung – angewandte Forschung – experimentelle Entwicklung – Markteinführung (Innovation). Patente sind auf allen Stufen vor der Markteinführung möglich. Sie können, müssen jedoch nicht in eine Produkt- oder Prozessinnovation münden. Patente werden daher auch als *throughput* im Innovationsprozess bezeichnet. Die moderne Innovationstheorie verweist seit den 1980er Jahren darauf, dass Innovationsprozesse nicht ausschließlich von der Angebotsseite her, also nicht immer rein forschungsgetrieben sind. Auch von der Nachfrageseite können wesentliche Impulse für Innovationen ausgehen, sodass vom „interaktiven Modell“ bzw. *demand pull* die Rede ist.⁴⁴ Unabhängig davon, welche Seite den Innovationsimpuls auslöst, sind FuE und Humankapital entscheidende Inputgrößen für Innovationsprozesse. Aus theoretischer Sicht ist dies durch die endogene Wachstumstheorie untermauert, und empirische Arbeiten belegen diese Einsicht.⁴⁵ Wenngleich am gesamten Innovationsprozess unterschiedliche und oftmals zahlreiche Akteure beteiligt sind, werden die neuen Produkte und Verfahren in der Regel durch Unternehmen in den Markt eingeführt.

Aus räumlicher Perspektive sind die innovationsrelevanten Aktivitäten der Unternehmen, ins-

⁴⁴ KLINE, S. J.; ROSENBERG, N.: An Overview of Innovation, in: R. Landau; N. Rosenberg (eds), *The Positive Sum Strategy*. National Academic Press: Washington 1986, pp. 275-305. – TIDD, J.; BESSANT, J.; PAVITT, K.: *Managing Innovation*. 2005. Wiley: Chichester 2005.

⁴⁵ Empirische Evidenz für Ostdeutschland, siehe z. B. GÜNTHER, J.; PEGLOW, F.: Forschung und Entwicklung wichtige Quelle für Produktinnovationen auch in Ostdeutschland, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 9/2007, S. 337-343. – Ferner RAMMER, C. et al.: *Innovationen in Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2005, S. 211 ff.

besondere Forschung und Entwicklung sowie Patentanmeldungen, keinesfalls homogen verteilt. Ganz im Gegenteil: Innovative Aktivitäten treten im globalen, nationalen wie regionalen Maßstab nicht selten räumlich konzentriert auf.⁴⁶ In der Raumwirtschaftstheorie hat sich zur Beschreibung dieses Phänomens auch der Begriff „Polarisation“ etabliert.⁴⁷ In fast allen Ländern ist zu beobachten, dass innovative Aktivitäten zum größten Teil innerhalb städtisch geprägter Agglomerationsräume liegen.⁴⁸

Innerhalb der Polarisationstheorie existieren zwei unterschiedliche Denkansätze. Der erste kann in der sektoralen Polarisation gesehen werden. Hier wird unterstellt, dass das wirtschaftliche Wachstum sektoral ungleichgewichtig verläuft. Eine Gruppe von Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftszweigs treibt die Entwicklung voran. Von besonderer Bedeutung sind intersektorale Verflechtungen, denn dadurch werden Impulse auf andere Wirtschaftszweige übertragen.⁴⁹ Dieses Konzept gibt jedoch keinerlei Auskunft über den Standort der initiierten Unternehmen. Insofern können daraus keine Erkenntnisse über die räumliche Dimension der sektoralen Effekte sowie die der Anstoß- bzw. Bremseffekte gewonnen werden.⁵⁰ In gewisser Weise kann dieser Denkansatz auf die Effekte der Informations- und Kommunikationstechnik angewendet werden. Durch deren Einsatz – so die These – würde die räumliche Nähe an Bedeutung einbüßen, da Informationen nahezu kostenlos übertragbar sind.

Der zweite polarisationstheoretische Denkansatz betrifft die regionale Komponente. Hier spielen kumulative Effekte mit Rückkopplungen die entscheidende Rolle. Siedelt sich beispielsweise

ein Unternehmen in einer Region an, dann generiert das zusätzliche Nachfrage nach Vorleistungen sowie Arbeitskräften. Die Löhne und Gehälter der Arbeitskräfte induzieren Einkommen in der Region, das wiederum einen zusätzlichen Impuls auf die Nachfrage entfacht.⁵¹ Ausgangspunkt für die hier beschriebenen Effekte können sektorale Ungleichgewichte sein – insbesondere von technologisch führenden Branchen werden Wachstumsimpulse auf andere Wirtschaftszweige übertragen.⁵²

Diese Erkenntnisse der Polarisationstheorie haben eine Erweiterung durch Wachstumspolkonzepte sowie Zentrum-Peripherie-Modelle erfahren. Eine formale Darstellung von Zentrum-Peripherie-Modellen wurde von *Krugman* im Rahmen der „Neuen Ökonomischen Geographie“ vorgestellt.⁵³ Hier sind auch Elemente früher entwickelter raumwirtschaftlicher Ansätze integriert, u. a. die Arbeit von *Marshall*. Sie weist auf Lokalisationsvorteile hin, die im Sinne externer Skalenerträge durch den reichhaltigen Pool an Arbeitskräften, das Vorhandensein (spezialisierte) Vorleistungslieferanten und durch Wissens-Spillovers zustande kommen.⁵⁴ Diese Argumente zur Erklärung der räumlichen Ballung ökonomischer und mithin innovativer Aktivitäten bestehen im Wesentlichen bis heute fort. Weiterentwicklungen der Marshall'schen Idee verweisen zudem darauf, dass die genannten Lokalisationsvorteile, insbesondere die Wissens-Spillovers, vor allem dann gedeihen, wenn sich Unternehmen bzw. Akteure derselben oder verwandter Branchen zusammenfinden. Es ist auch von *industrial districts* oder „Clustern“ die Rede.⁵⁵

⁴⁶ HILPERT, U.: Archipelago Europe – Islands of Innovation, Synthesis Report. Forecasting and Assessment in Science and Technology, No. 18, Prospective Dossier No. 1. Europäische Kommission: Brüssel 1992. – AUDRETSCH, D. B.; FELDMAN, M. P.: R&D Spillovers and the Geography of Innovation and Production, in: *American Economic Review*, 86 (3), 1996, pp. 630-640.

⁴⁷ Vgl. SCHÄTZ, L.: *Wirtschaftsgeographie 1. Theorie*. 9. Auflage. Paderborn u. a. 2003, S. 158-168.

⁴⁸ SIMMIE, J.: Innovation and Space: A Critical Review of the Literature, in: *Regional Studies* 39 (6), 2005, pp. 791 et sqq.

⁴⁹ Vgl. PERROUX, F.: *L'Économie du XXème Siècle*. 2. Auflage. Paris 1964.

⁵⁰ Vgl. SCHÄTZ, L., a. a. O., S. 160-161.

⁵¹ Vgl. MYRDAL, G.: *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen* (Original: *Economic Theory and Underdeveloped Regions*, London 1957). Frankfurt am Main 1974.

⁵² Vgl. HIRSCHMAN, A. O.: *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung* (Original: *The Strategy of Economic Development*, New Haven/Conn., London 1958). Stuttgart 1967.

⁵³ Vgl. KRUGMAN, P.: *Geography and Trade*. Leuven: Cambridge (Mass.) 1991.

⁵⁴ MARSHALL, A.: *Principles of Economics*, 8. Auflage. London 1920 (Nachdruck 1962; zuerst 1890), pp. 271 et sqq.

⁵⁵ Eine ausführliche Darstellung der regionalökonomischen Perspektive auf Innovationsaktivitäten findet sich z. B. in GÜNTHER, J.; FRANZ, P.; JINDRA, B.: *Innovationen als Treiber der Wissensgesellschaft – Begriffserläuterun-*

Die räumliche Konzentration von innovativen Aktivitäten kann jedoch auch durch so genannte Urbanisierungsvorteile erklärt werden.⁵⁶ Hier geht man von der Annahme aus, dass gerade eine gewisse Vielfalt an wissenschaftlichen Disziplinen Voraussetzung für die Ballung von innovativen Aktivitäten ist. Das Wissen aus den verschiedenen Disziplinen wird kombiniert, und daraus ergeben sich neue Ansätze zur Lösung von Problemen.⁵⁷

In diesem Zusammenhang wird in der ökonomischen Literatur auch auf eine „kritische Masse“ von Unternehmen verwiesen, damit sich die hier beschriebenen Strukturen überhaupt herausbilden können.⁵⁸ Das bedeutet jedoch auf der anderen Seite, dass nicht zwingend ein „Supercluster“ vorliegen, sondern vielmehr die kritische Masse überschritten werden muss. Um welchen Betrag sie hierbei im Einzelfall übertroffen wird, ist von nachrangiger Bedeutung.

Grundsätzlich lässt sich also aus theoretischer Sicht festhalten, dass (hoch)verdichtete Räume insbesondere aufgrund von Wissens-Spillovers gleichartiger, aber auch verschiedenartiger Disziplinen eher geeignet sind, Innovationen zu befördern. Die empirische Evidenz ist hier jedoch uneinheitlich. Jüngste Untersuchungen für Ostdeutschland zeigen, dass aus einer regionalen Branchenkonzentration noch kein Vorteil für die Innovationstätigkeit (gemessen als Patentanmeldungen) erwächst.⁵⁹

Daten und Methoden

Der in diesem Artikel präsentierte Innovationsindex für ostdeutsche Kreise und kreisfreie Städte

gen und aktuelle Erklärungsansätze, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 330-336.

⁵⁶ Vgl. JACOBS, J.: The Economy of Cities. New York 1969.

⁵⁷ In der betrieblichen Innovationstheorie ist die so genannte Kombinatorik eine Methode auf dem Weg zum systematischen Erfinden. Vgl. ZOBEL, D.: Erfinderfibel. Systematisches Erfinden für den Praktiker. Berlin 1985, S. 33-36.

⁵⁸ Vgl. hierzu beispielsweise die Diskussion bei STEINLE, C.; SCHIELE, H.: When do Industries Cluster? A Proposal on how to Assess an Industry's Propensity to Concentrate at a Single Region or Nation, in: Research Policy, 31 (2002), pp. 849-858.

⁵⁹ HORNYCH, C.; SCHWARTZ, M.: Räumliche Branchenschwerpunkte als Innovationsmotoren? – empirische Befunde aus Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2008.

basiert im Wesentlichen auf dem Berechnungsverfahren, das vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für den regelmäßigen Vergleich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und für den Vergleich der Regionen Baden-Württembergs entwickelt wurde.⁶⁰ Berücksichtigt werden dabei alle flächendeckend vorliegenden Indikatoren, die einerseits die Betrachtung des Niveaus und andererseits eine komparativ-statische Analyse (im Folgenden ist kurz von „Dynamik“ die Rede) der Innovationstätigkeit einer Region ermöglichen.⁶¹ Das Niveau stellt dabei einen Querschnittsvergleich der jeweils aktuellsten Zahlen dar. Die Dynamik wird als Vergleich der Entwicklungen der jeweiligen Kennzahlen der vorangegangenen Perioden berechnet (vgl. dazu Kasten).

Im Einzelnen fließen die folgenden Kennzahlen in die Berechnung des Index ein:

- Die *FuE-Ausgabenintensität* wird aus den betrieblichen Aufwendungen für FuE der Region in Relation zur Bruttowertschöpfung der Kreise berechnet und stellt eine Kennzahl dafür dar, welcher Anteil des regionalen Einkommens für die Weiterentwicklung der Produkte und Dienstleistungen sowie der Verfahren verwendet wird. Die FuE-Aufwendungen sind eine direkte Inputgröße für den Innovationsprozess. Die zugrunde liegenden Daten sind der Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands entnommen. Die Daten zur Bruttowertschöpfung stammen vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“.
- Die *FuE-Beschäftigtenintensität* stellt den Anteil der FuE-Beschäftigten an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Region dar und ist ebenfalls eine direkte Inputgröße für den Innovationsprozess. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäf-

⁶⁰ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Innovationsindex 2009 in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2009. Stuttgart 2009.

⁶¹ In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass jeder Index Grenzen hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse hat, z. B., weil durch die Berechnung Details „verlorengehen“. Vgl. hierzu insbesondere HEILEMANN, U.; LEHMANN, H.; RAGNITZ, J.: Länder-Rankings – Komplexitätsreduktion oder Zahlenalchemie, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 7/2007, S. 480-488.

Kasten:

Berechnung des Innovationsindex für ostdeutsche Kreise und kreisfreie Städte

Die Berechnung des Innovationsindex erfolgt in mehreren Teilschritten. Zunächst werden alle berücksichtigten Indikatoren für *Niveau* und *Dynamik* (vgl. Tabelle 1) anhand geeigneter Bezugsgrößen normiert und auf einer Skala von 0 bis 100 standardisiert.

Das *Niveau* wird dabei als Anteil der jeweils regionalen Bezugsgröße berechnet und stellt damit einen Vergleich des Anteils der regional verwendeten Ressourcen für FuE dar, beispielsweise den Anteil der Beschäftigten in FuE an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer kreisfreien Stadt oder eines Kreises.

Für die *Dynamik* werden die Indikatoren, mit Ausnahme der Patente, für die jeweils gesamtostdeutschen Bezugsgrößen und deren jahresdurchschnittliche Veränderungsrate berechnet. Diese Teilbetrachtung bildet daher ab, ob sich eine Region im Vergleich zu den übrigen Regionen schneller oder langsamer entwickelt hat. Mit diesem Berechnungsverfahren, das von dem des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg abweicht, soll verzerrenden Wirkungen von schrumpfenden Kreisen und kreisfreien Städten entgegengewirkt werden. Ein möglicherweise schnellerer Abbau der Gesamtbeschäftigten gegenüber den Beschäftigten in den genannten Wirtschaftszweigen würde zu Ausreißern und verfälschten Ergebnissen führen.^a

Der zweite Schritt besteht in der Berechnung des ungewichteten arithmetischen Mittelwerts für die Teilbereiche *Niveau* und *Dynamik*:

$$\text{Teilindex} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \frac{(\text{Wert}_i - \text{Minimum}_i)}{(\text{Maximum}_i - \text{Minimum}_i)} \times 100$$

Im dritten Schritt wird der Gesamtindex als gewichtetes arithmetisches Mittel der Werte für das *Niveau* und die *Dynamik* im Verhältnis 3:1 berechnet.

$$\text{Gesamtindex} = \frac{1}{4} (3 \times \text{Teilindex}_{\text{Niveau}} + \text{Teilindex}_{\text{Dynamik}})$$

^a Dennoch sind die Berechnungen nicht gänzlich vor Ausreißern geschützt – so können die Unterschiede in den Ausgangsgrößen in der komparativ-statischen Untersuchung stark ins Gewicht fallen. Ein geringes Wachstum der absoluten Werte kann in Regionen mit geringen Anfangswerten eine hohe Dynamik indizieren. Das Gesamtergebnis wird von diesen möglichen Ausreißern jedoch aufgrund der unterschiedlichen Gewichtung der Teilindizes nur in relativ geringem Maß beeinflusst.

tigten der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Klassifikation entspricht einer mittlerweile weitverbreiteten Einordnung der FuE-Beschäftigten nach FuE-Berufen.⁶²

- Der *Beschäftigtenanteil in technologieintensiven Wirtschaftszweigen* ist ein Indikator für das Innovationspotenzial einer Region. Er bildet den Anteil der Beschäftigten in forschungs-

intensiven Industriezweigen an der Gesamtbeschäftigung ab. Grundlage der Berechnungen ist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit.⁶³

- Ähnlich kann der *Beschäftigtenanteil in wissensintensiven Dienstleistungen* interpretiert werden. Die den Klassifikationen zugrunde

⁶² Vgl. BADE, F. et al.: Urban Specialization in the Internet Age – Empirical Findings for Germany. Kiel Working Paper No. 1215. Kiel 2004. Danach werden die Berufsgruppen 032 (Agraringenieure), 60 (Ingenieure), 61 (Chemiker, Physiker, Mathematiker) und 883 (Naturwissenschaftler) als FuE-Berufe zusammengefasst.

⁶³ Die Klassifikation beinhaltet die Beschäftigten der Wirtschaftszweige Chemische Erzeugnisse (WZ 24), Maschinenbau (WZ 29), Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte (WZ 30), Geräte der Elektrizitätserzeugung (WZ 31), Rundfunk- und Nachrichtentechnik (WZ 32), Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik (WZ 33), Kraftwagen und Kraftwagenteile (WZ 34) und Sonstiger Fahrzeugbau (WZ 35).

Tabelle 1:

Berücksichtigte Kennzahlen für die Berechnung des Innovationsindex

- sachliche, räumliche und zeitliche Dimensionen -

Indikator	zeitliche Bezugsgrößen		sachliche Bezugsgrößen	
	Niveau	Dynamik	Niveau	Dynamik
FuE-Ausgabenintensität	2006	/	Bruttowertschöpfung Kreis/Stadt	/
FuE-Beschäftigtenintensität	2006	2003 bis 2006	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Kreis/Stadt	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ostdeutschland
Beschäftigtenanteil in technologieintensiven Wirtschaftszweigen	2006	2002 bis 2006	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Kreis/Stadt	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ostdeutschland
Beschäftigtenanteil in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen	2006	2002 bis 2006	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Kreis/Stadt	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ostdeutschland
Patentdichte	2005	2002 bis 2005	Einwohner Kreis/Stadt	Einwohner Kreis/Stadt

Quelle: Darstellung des IWH.

liegenden Wirtschaftszweige stellen die innovationsstärksten Branchen dar. Quelle dieser Daten ist ebenfalls die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit.⁶⁴

- Die *Patentdichte* ist als Indikator für den FuE-Erfolg zu interpretieren. Gemessen an der Gesamtbevölkerung werden alle Patente, sowohl aus Wirtschaft und Wissenschaft als auch die von privaten Personen in die Berechnung einbezogen. Die Auswertungen beruhen auf Informationen aus dem Patentatlas des deutschen Patent- und Markenamts.

Die sachlichen, räumlichen und zeitlichen Bezüge des Innovationsindex sind zusammenfassend in Tabelle 1 dargestellt.

Die Berechnungen beziehen sich stets auf die aktuellsten dem IWH vorliegenden Daten. Grundsätzlich werden dabei Informationen aus den Jah-

ren 2002 bis 2006 berücksichtigt. Auf regionalisierte Angaben zu den FuE-Aufwendungen im Zeitverlauf kann leider nicht zurückgegriffen werden. Die Angaben zu den FuE-Beschäftigten sind ab dem Jahr 2003 verfügbar. Der Betrachtungszeitraum der Patentdaten liegt zwischen 2002 und 2005.

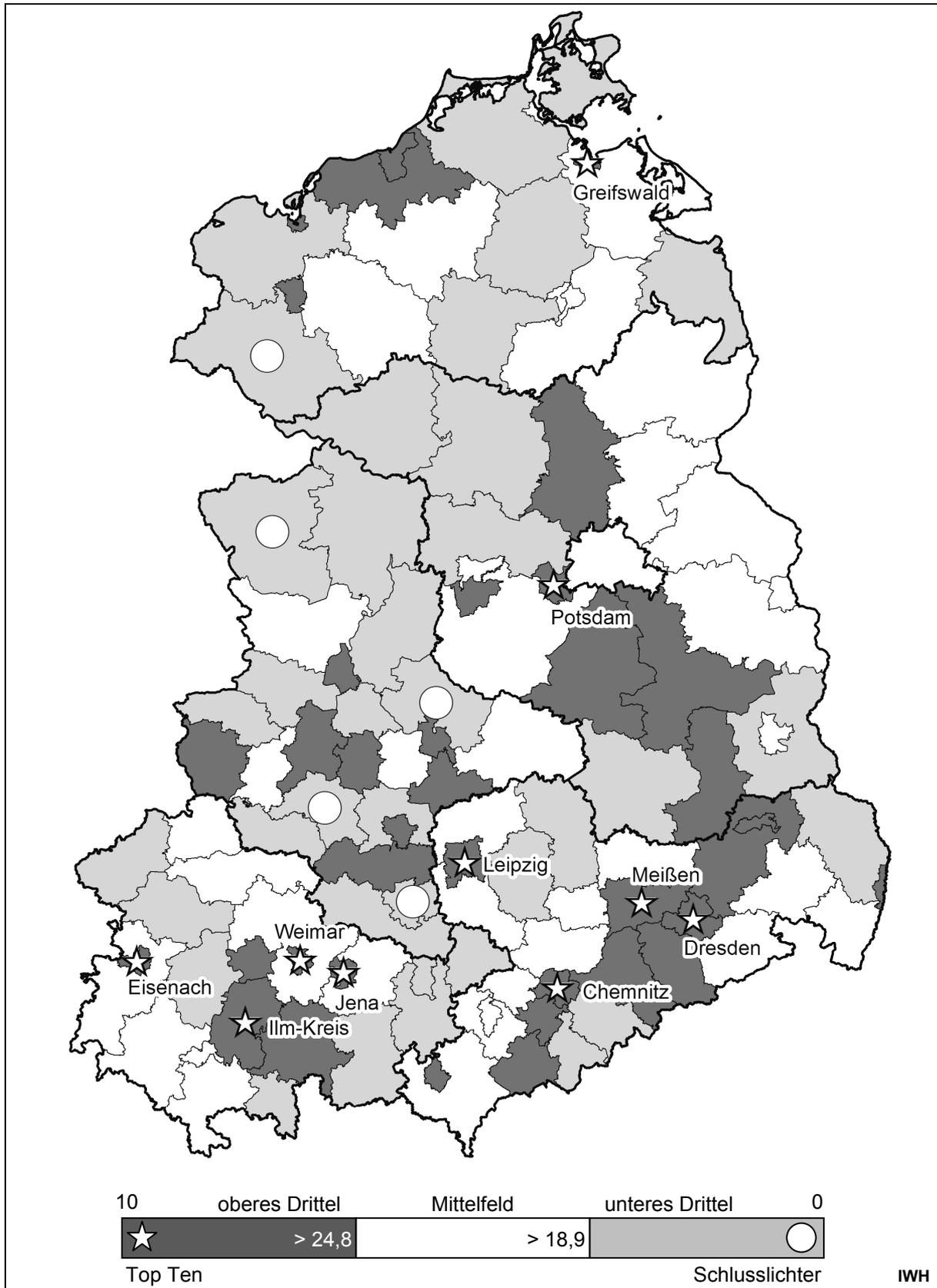
Der Innovationsindex enthält keine Kennzahlen, die unmittelbar den Innovationsoutput (neue Produkte und Verfahren) abbilden. Vielmehr sind die im theoretischen Teil beschriebenen Input- und Throughput-Größen enthalten. Strenggenommen bildet der Innovationsindex also das technologische Innovationspotenzial einer Region ab.

Regionale Unterschiede in Niveau und Dynamik

Die Ergebnisse der Berechnungen sind als Übersicht in den Karten 1 und 2 dargestellt. Karte 1 zeigt dabei die räumlichen Muster des Gesamtindex. Karte 2 stellt auf den Teilindex Dynamik ab. Die berücksichtigten 112 Kreise und kreisfreien Städte sind in drei etwa gleich große Gruppen unterteilt. Für das obere Drittel werden zusätzlich die zehn Regionen mit dem höchsten Innovationspotenzial bzw. mit der größten Dynamik ausgewiesen. Die fünf Schlusslichter des unteren Drittels sind ebenfalls für Niveau und Dynamik gekennzeichnet. Berlin bleibt in dieser Betrachtung unberücksichtigt.

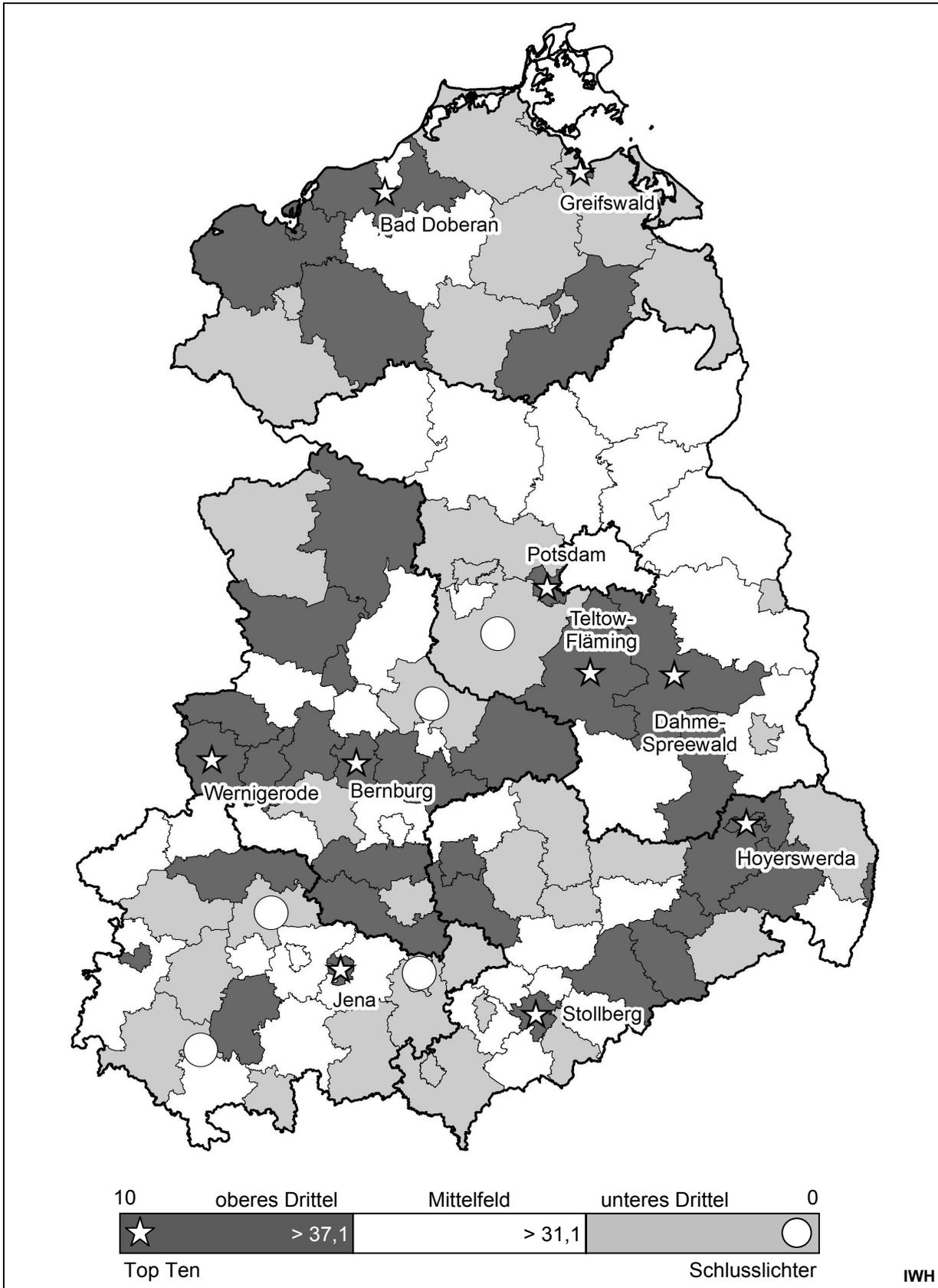
⁶⁴ Wissensintensive Dienstleistungen werden in den Wirtschaftszweigen Schifffahrt (WZ 61), Luftfahrt (WZ 62), Verkehr, Verkehrsvermittlung (WZ 63), Nachrichtenübermittlung (WZ 64), Kreditgewerbe (WZ 65), Versicherungsgewerbe (WZ 66), Kredit- und Versicherungsgewerbe (WZ 67), Grundstücks- und Wohnungswesen (WZ 70), Vermietung (WZ 71), Datenverarbeitung und Datenbanken (WZ 72), Forschung und Entwicklung (WZ 73), Wirtschaftliche Dienstleistungen (WZ 74), Erziehung und Unterricht (WZ 80), Gesundheitswesen (WZ 85), Kultur, Sport und Unterhaltung (WZ 92) erstellt.

Karte 1:
 Innovationsindex für ostdeutsche Kreise und kreisfreie Städte – Gesamtindex
 - Gebietsstand: 31.12.2006, ohne Berlin -



Quelle: Darstellung des IWH.

Karte 2:
 Innovationsindex für ostdeutsche Kreise und kreisfreie Städte – Dynamik
 - Gebietsstand: 31.12.2006, ohne Berlin -



Quelle: Darstellung des IWH.

Die räumlichen Muster des Gesamtindex lassen auf ein Nord-Süd-Gefälle der Innovationstätigkeit schließen. Je vier kreisfreie Städte und Kreise der Top Ten befinden sich in Sachsen und Thüringen. Deutliche Spitzenreiter sind dabei Jena und Dresden. Ferner liegt rund die Hälfte der Regionen des oberen Drittels in den beiden Freistaaten. Im Norden gehören lediglich Potsdam und Greifswald der Spitzengruppe an. Die Mehrzahl der Kreise, die dem unteren Drittel zuzuordnen sind, befindet sich in Sachsen-Anhalt, dem westlichen Land Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern. Einzig Gera ist als kreisfreie Stadt dieser Gruppe zuzuordnen.

Rund zwei Drittel der Regionen, die in der Betrachtung des Gesamtindex zum oberen Drittel gehören, weisen auch in der Betrachtung des Teilindex eine überdurchschnittliche Dynamik in den berücksichtigten Indikatoren auf. Als besonders dynamisch erweisen sich die Regionen südlich von Berlin: Potsdam und die Kreise Teltow-Fläming sowie Dahme-Spreewald gehören den Top Ten an. Darüber hinaus liegen mit Wernigerode und Bernburg zwei der dynamischsten Kreise in Sachsen-Anhalt. Insgesamt ist für die Dynamik ebenfalls festzustellen, dass sich in erster Linie die südlichen Regionen Ostdeutschlands auch im Zeitverlauf positiv entwickeln konnten.

Aufholendes Wachstum des Innovationspotenzials kann in den meisten Fällen nicht festgestellt werden. 21 Regionen des insgesamt unteren Drittels sind auch in der Dynamik dieser Gruppe zuzuordnen. Drei der fünf Schlusslichter befinden sich in Thüringen. Auffällig sind dabei die kreisfreien Städte Gera und Suhl, deren Entwicklung des Innovationspotenzials im betrachteten Zeitraum mit am geringsten ausfiel. Lediglich vier Regionen, die insgesamt zum unteren Drittel gehören, weisen eine überdurchschnittliche Dynamik auf (Burgenlandkreis, Nordwestmecklenburg, Halberstadt, Stendal).

Sind innovative Aktivitäten in bestimmten räumlichen Regionstypen konzentriert?

Im Folgenden werden die Charakteristika der Regionen entsprechend der Stärke ihrer innovativen Aktivitäten erläutert. Es wird untersucht, welche räumlichen Merkmale die Regionen der drei zuvor

dargestellten Klassen aufweisen. Hieraus ergeben sich Anhaltspunkte dafür, ob möglicherweise bestimmte räumliche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit innovative Aktivitäten durchgeführt werden können.

Wenn die räumlichen Merkmale von Regionen beschrieben werden sollen, steht man zunächst vor dem Problem, welche Indikatoren zur Beschreibung geeignet sind. Hier empfiehlt es sich, auf das vorliegende Klassifikationsschema des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zurückzugreifen, das sich de facto als Standard für die laufenden Raumbesichtigungen etabliert hat.⁶⁵

Konkret handelt es sich hier um eine Klassifikation der räumlichen Einheiten nach Bevölkerungsdichte bzw. Größe der Region sowie um die zentralörtliche Funktion der Kerne von Regionen. Im vorliegenden Beitrag werden die vier zusammengefassten Kreistypen nach Stadt-Umland-Beziehungen verwendet. Im Einzelnen sind das *Kernstädte*, *verdichtetes Umland*, *ländliches Umland* und *ländliche Räume*. Diese vier Kreistypen sind dann geeignet, wenn Urbanisierungs- bzw. Suburbanisierungstendenzen beschrieben werden müssen. Im Allgemeinen versteht man darunter, dass sich Funktionen und zentralörtliche Funktionen zwischen den Räumen verschieben (können). Für den konkreten Anwendungsfall der innovativen Aktivitäten bedeutet dies, dass hierdurch Anhaltspunkte dafür geliefert werden können, ob innovative Aktivitäten vor allem in hochverdichteten Räumen oder aber auch in ländlichen Räumen stattfinden (können).

Abbildung 1 liefert die Information, in welchen Innovationsklassen (Gesamtindex) die einzelnen zusammengefassten Kreistypen zu finden sind. Es zeigt sich, dass relativ viele Kernstädte (75%) zum oberen Drittel gehören, das durch sehr starke innovative Aktivitäten gekennzeichnet ist. Nur 8,3% der Kernstädte verzeichnen sehr geringe innovative Aktivitäten (unteres Drittel).

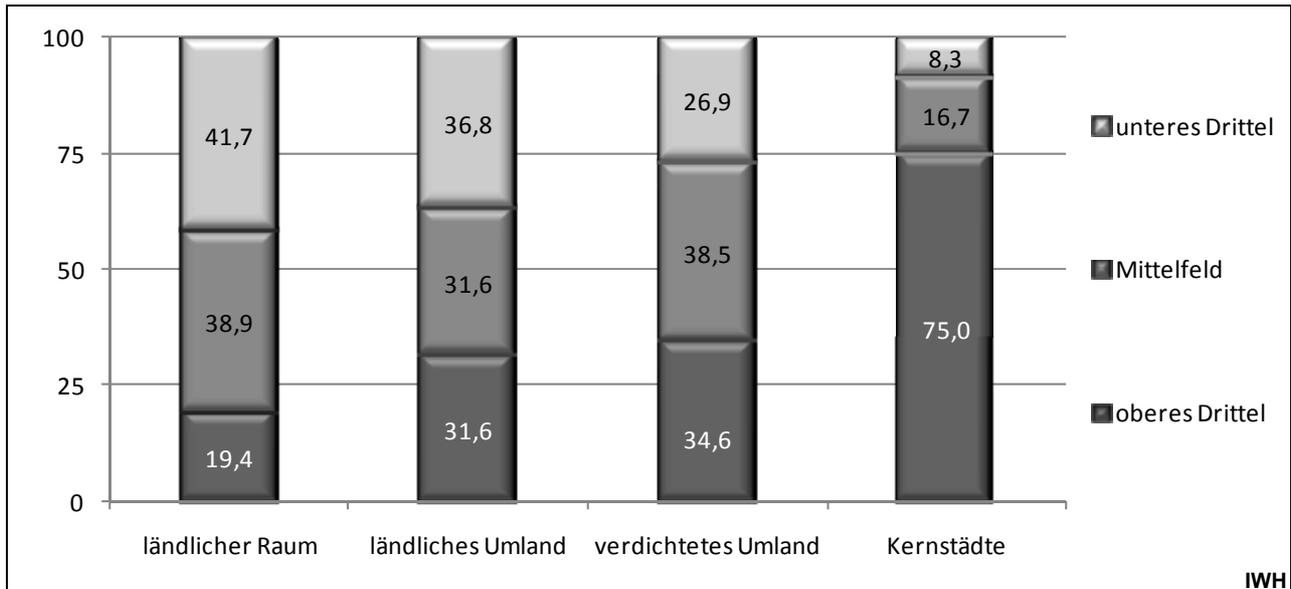
Dieses Bild wird durch die Sicht auf die Extremfälle (Top Ten und Schlusslichter) bestätigt

⁶⁵ Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR): Raumbesichtigung, in: http://www.bbr.bund.de/eln_007/nn_77858/DE/Raumbesichtigung/raumbesichtigungde__node.html?__nnn=true, 2009, Zugriff am 06.02.2009.

(vgl. Abbildung 2). Keine Kernstadt gehört zur Gruppe der Schlusslichter. Mit abnehmender Bevölkerungsdichte steigt der Anteil der Vertreter eines bestimmten zusammengefassten Kreistyps in der Gruppe der Schlusslichter.

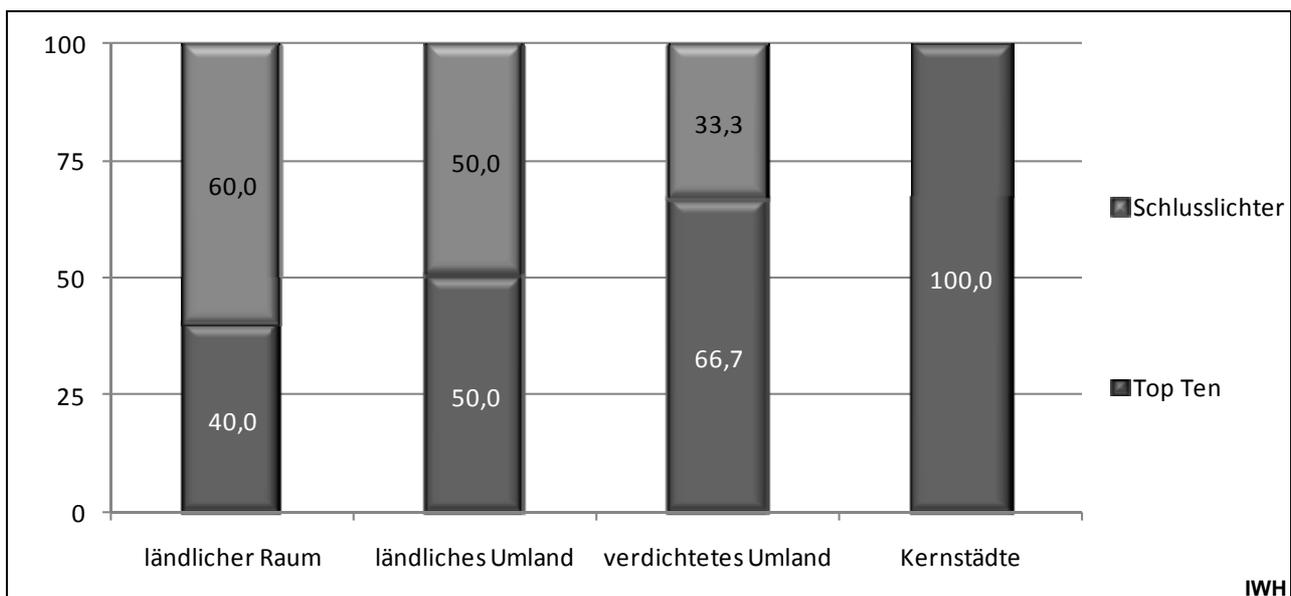
Es gibt Hinweise dafür, dass die innovativen Aktivitäten umso stärker ausgeprägt sind, je dichter die räumliche Einheit bevölkert ist (vgl. auch Tabelle 2). Im Grunde wird das Muster aus der Theorie bestätigt.

Abbildung 1:
Verteilung der innovativen Aktivitäten in zusammengefassten Kreistypen – Gesamtindex
- Anteil der Vertreter eines bestimmten zusammengefassten Kreistyps, die zu einer der drei Innovationsklassen gehören, in % -



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 2:
Verteilung der stärksten und schwächsten innovativen Aktivitäten in zusammengefassten Kreistypen – Gesamtindex
- Anteil der Vertreter eines bestimmten zusammengefassten Kreistyps, die zu den Top Ten bzw. Schlusslichtern gehören, in % -



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

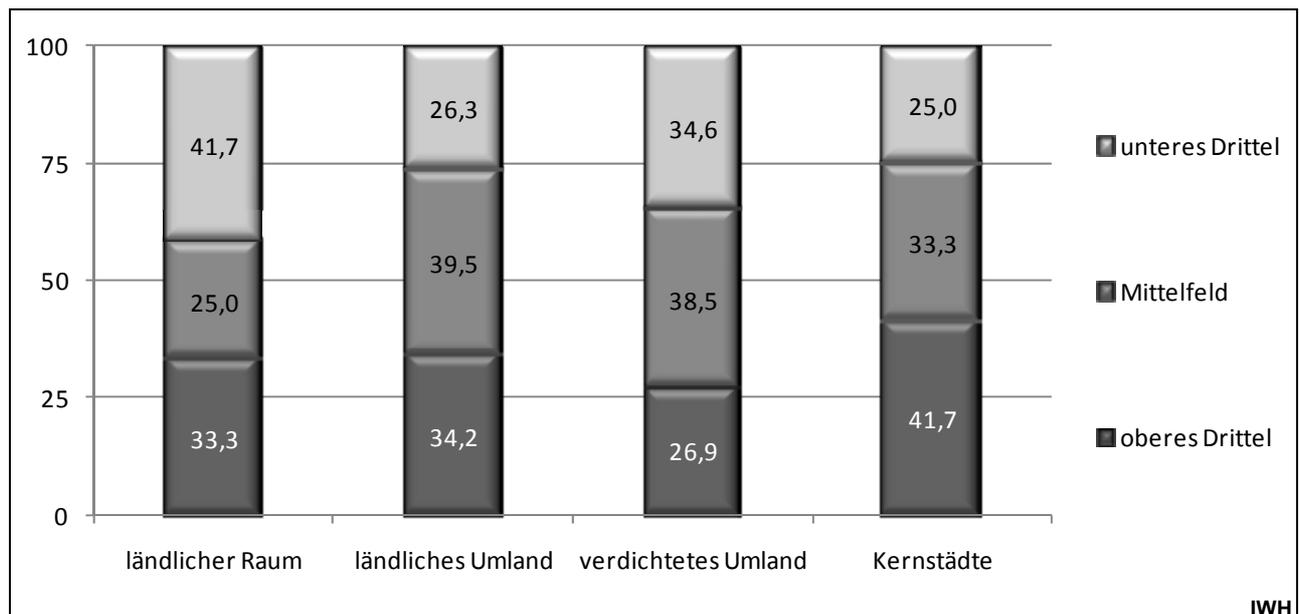
Tabelle 2:
Innovationsindex Gesamt der Top-Ten-Regionen und Schlusslicht-Regionen

Innovations- klasse Gesamt	Land	Name	Gesamtindex	Index Dynamik	zusammengefasster Kreistyp nach BBR-Klassifikation
Top Ten	TH	Jena	79,3	45,3	Kernstädte
	SN	Dresden	60,6	44,5	Kernstädte
	MV	Greifswald	50,5	51,9	ländlicher Raum ^a
	BB	Potsdam	46,1	64,3	Kernstädte
	TH	Eisenach	42,7	38,0	ländlicher Raum ^a
	SN	Leipzig	37,2	42,6	Kernstädte
	SN	Meißen	35,3	35,0	verdichtetes Umland
	TH	Weimar	35,0	35,3	verdichtetes Umland
	SN	Chemnitz	33,6	31,6	Kernstädte
	TH	Ilm-Kreis	33,4	37,1	ländliches Umland
Schlusslichter	MV	Ludwigslust	12,9	29,1	ländlicher Raum
	ST	Weißenfels	12,5	27,2	verdichtetes Umland
	ST	Mansfelder Land	11,9	23,2	ländliches Umland
	ST	Anhalt-Zerbst	11,9	19,0	ländlicher Raum
	ST	Altmarkkreis Salzwedel	11,6	24,8	ländlicher Raum

BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen. – ^a Diese kreisfreien Städte haben die Funktion eines Ober- bzw. Mittelzentrums.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Abbildung 3:
Verteilung der innovativen Aktivitäten in zusammengefassten Kreistypen – Dynamik
- Anteil der Vertreter eines bestimmten zusammengefassten Kreistyps, die zu einer der drei Innovationsklassen gehören, in % -

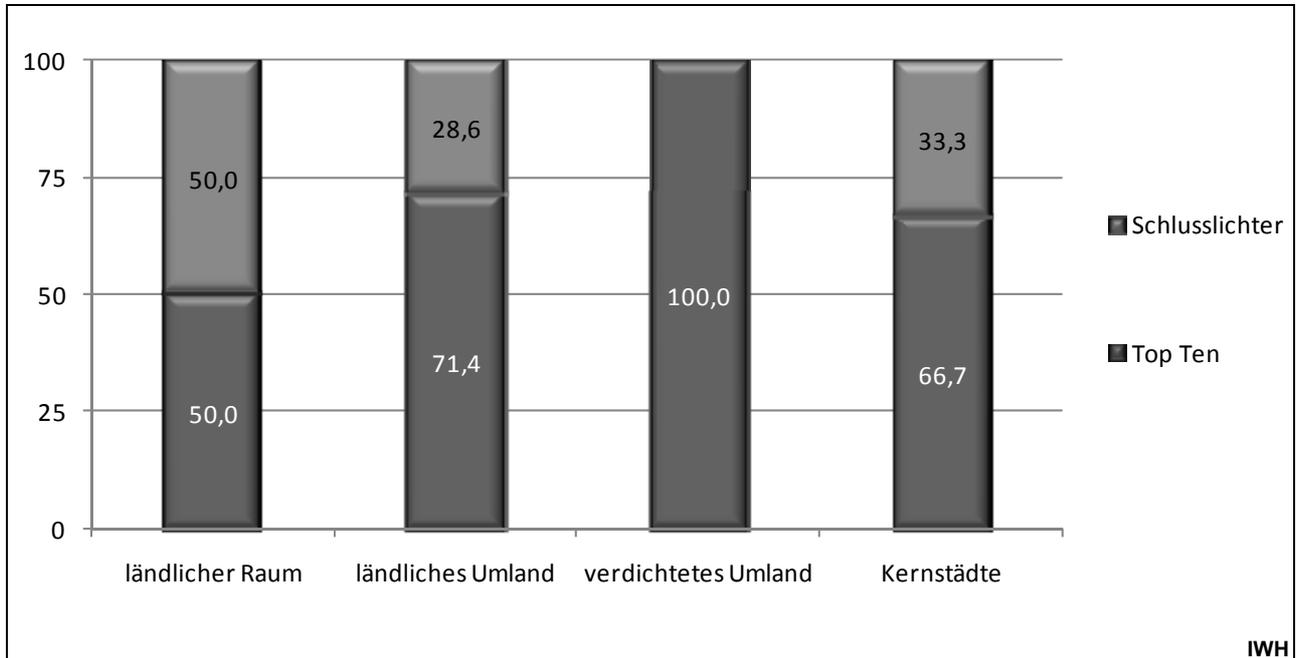


Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 4:

Verteilung der stärksten und schwächsten innovativen Aktivitäten in zusammengefassten Kreistypen – Dynamik

- Anteil der Vertreter eines bestimmten zusammengefassten Kreistyps, die zu den Top Ten bzw. Schlusslichtern gehören, in % -



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 3:

Innovationsindex-Dynamik der Top-Ten-Regionen und Schlusslicht-Regionen

Innovationsklasse Dynamik	Land	Name	Index Dynamik	Gesamtindex	zusammengefasster Kreistyp nach BBR-Klassifikation
Top-Ten-Regionen	ST	Bernburg	66,6	28,8	ländlicher Raum ^a
	BB	Potsdam	64,3	46,1	Kernstädte
	MV	Greifswald	51,9	50,5	ländlicher Raum ^a
	SN	Stollberg	49,3	27,8	verdichtetes Umland
	SN	Hoyerswerda	48,8	29,6	ländliches Umland
	BB	Dahme-Spreewald	48,3	26,1	ländliches Umland
	ST	Wernigerode	48,1	26,0	ländliches Umland
	MV	Bad Doberan	46,5	26,4	ländliches Umland
	TH	Jena	45,3	79,3	Kernstädte
	BB	Teltow-Fläming	44,9	30,8	ländliches Umland
Schlusslichter	TH	Sömmerda	23,1	22,9	ländliches Umland
	TH	Suhl	22,6	23,1	ländlicher Raum
	TH	Gera	22,2	18,8	Kernstädte
	ST	Anhalt-Zerbst	19,0	11,9	ländlicher Raum
	BB	Potsdam-Mittelmark	17,7	20,0	ländliches Umland

BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen. – ^a Greifswald hat die Funktion eines Ober- bzw. Mittelzentrums. Das Gleiche gilt auch für die Stadt Bernburg im gleichnamigen Landkreis.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn man die Dynamik der innovativen Aktivitäten in den zusammengefassten Kreistypen untersucht (vgl. Abbildung 3). Die im Vergleich zum Gesamtindex auffälligsten Unterschiede können in den Gruppen der Kernstädte und der ländlichen Räume identifiziert werden. Während bei den Kernstädten nun nur noch 41,7% der Vertreter zu der Klasse mit den höchsten Innovationsaktivitäten gehören, beträgt der Anteil von Vertretern ländlicher Räume im oberen Drittel 33,3%.

Eine ähnliche Situation zeigt sich auch in den Regionen mit den stärksten bzw. schwächsten innovativen Aktivitäten (Top Ten versus Schlusslichter). Ein Drittel der Kernstadtreionen gehört hinsichtlich der Dynamik zu den Schlusslichtern. Bei den ländlichen Räumen sind es nunmehr 50%, die zu den Top-Ten-Regionen gehören (vgl. auch Tabelle 3). Offenbar verfügen Kreise, die zu den ländlichen Räumen zählen, im Betrachtungszeitraum über eine gewisse Entwicklungsfähigkeit ihrer innovativen Aktivitäten, und das stimmt nicht vollkommen mit den Implikationen der Theorie überein, die nahelegt, dass innovative Aktivitäten vor allem in den Verdichtungsräumen stattfinden.

Schlussfolgerungen

Der in diesem Beitrag erstmals vorgestellte Innovationindex für Regionen in den Neuen Bundesländern bestätigt zunächst die aus vorliegenden Studien bekannten Muster der räumlichen Verteilung der Innovationsaktivitäten. Es sind die üblichen Verdächtigen, darunter vor allem kreisfreie Städte, die beim Gesamtindex positiv auffallen. Hierzu gehören Jena, Dresden, Greifswald, Potsdam, Eisenach usw. Diese Beobachtungen bestätigen die theoretische Implikation, dass vor allem hochverdichtete Räume starke Innovationsaktivitäten aufweisen.

In der Teilindexbetrachtung zur Dynamik schneidet im Betrachtungszeitraum (2002 bis 2006) jedoch eine ganze Reihe ländlich geprägter Regionen überraschend positiv ab, darunter z. B. Bernburg, Stollberg, Hoyerswerda, Dahme-Spreewald, Wernigerode und Bad Doberan, die im Gesamtindex nicht unter den Top Ten aufzufinden sind.

Eine pauschale Begründung kann hierfür nicht gegeben werden. Vielmehr müssten die einzelnen

Regionen genauer betrachtet werden, um die hohen Indexwerte zu erklären.

Für die Kreise Stollberg, Dahme-Spreewald oder Bad Doberan kann vermutet werden, dass diese als „Kragenkreise“ in unmittelbarer Nähe von Oberzentren und den dortigen Agglomerationsprozessen profitieren. Hier liegt es nahe, dass innovative Aktivitäten aus den Zentren in das Umland abwandern bzw. sich im Umland der Zentren neu ansiedeln. Für die Kreise Wernigerode und Bernburg kann ein positiver Einfluss der dort ansässigen Fachhochschulen vermutet werden. Zudem erfüllen die gleichnamigen Städte mittelzentrische Funktionen. Im Fall von Wernigerode können auch die positiven Entwicklungen in der Metall- und Elektroindustrie sowie bei Automobilzulieferern als Gründe für die positiven dynamischen Werte angeführt werden.

Andere Ursachen sind jedoch im Fall von Hoyerswerda für den hohen Indexwert verantwortlich: Die starken Zuwächse an Beschäftigten in technologieintensiven Wirtschaftszweigen und in der Patentierungstätigkeit sind hier dem sehr geringen Ausgangsniveau geschuldet.

Die Zuordnung innovativer Aktivitäten zu Raumtypen spielt dann eine große wirtschaftspolitische Rolle, wenn zukünftig selektive Förderentscheidungen aufgrund eines geringer werdenden Fördermittelvolumens getroffen werden müssten. Für die Forschungs- und Innovationsförderung legen die Ergebnisse folgende Überlegung nahe: Die Unterstützung industrieller FuE mit der Gießkanne sollte – wie auch in anderen Förderbereichen – vermieden werden. Das Denken in tradierten Mustern aber auch. Die im Prinzip allseits bekannten Spitzenplätze für Forschung und Innovation in den Neuen Ländern verdienen weiterhin die volle Aufmerksamkeit der Forschungspolitik, einzelne ländliche Regionen sollten aber – darauf deuten die vorliegenden Ergebnisse hin – in ihren Potenzialen nicht unterschätzt werden.

Jutta Günther
(Jutta.Guenther@iwh-halle.de)

Claus Michelsen
(Claus.Michelsen@iwh-halle.de)

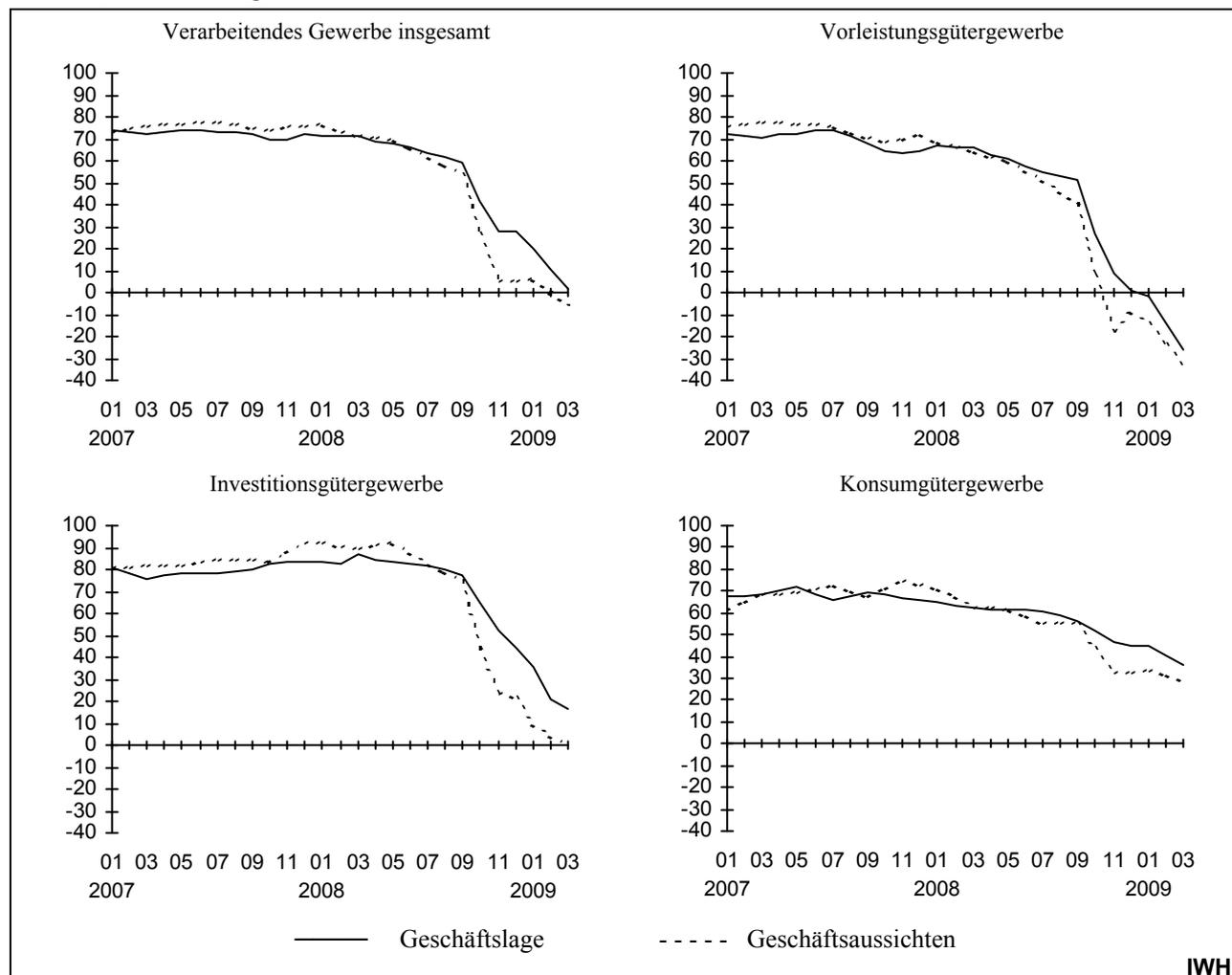
Mirko Titze
(Mirko.Titze@iwh-halle.de)

IWH-Industrienumfrage im März 2009: Pessimisten in der Überzahl

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich am Ende des ersten Quartals 2009 weiter eingetrübt. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage vom März unter rund 300 Unternehmen. Grund dafür ist eine deutlich negativere Einschätzung der *Geschäftslage* als noch im Januar (vgl. Tabelle). Insgesamt überwiegen nunmehr die pessimistischen Lageeinschätzungen. Die *Geschäftsaussichten* für die nächsten sechs Monate werden ebenfalls nochmals negativer als im Januar beurteilt. Vor allem unter den Herstellern von Vorleistungsgütern herrscht trübe Stimmung. Reichlich zwei Drittel bewerten die

Lage „eher schlecht“ oder „schlecht“, gleiche Urteile geben sie über ihre Erwartungen ab. Extrem verschlechtert hat sich das Klima unter den großen Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Lediglich ein Drittel von ihnen beurteilt die Lage derzeit mit „gut“ oder „eher gut“, vor einem Jahr lag dieser Anteil bei 86%. Ähnlich pessimistisch ist es unter ihnen um die Aussichten bestellt. Einen Lichtblick bieten die Meldungen der Hersteller von Konsumgütern. Zwar beurteilen auch sie die Lage schlechter als im Januar, aber sowohl bei der Lageeinschätzung als auch bei den Erwartungen überwiegen die positiven Urteile.

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Unter Ausschluss saisonal bedingter Einflüsse bessert sich das Bild nur geringfügig, auch dann befindet sich das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe im Abwärtssog (vgl. Abbildung). „Gezogen“ wird es dabei von den negativen Meldungen der Hersteller von Vorleistungsgütern. So hat sich die Geschäftslage im Vergleich zur Januarumfrage bei den Herstellern von Glas und Keramik und den Metallerzeugern deutlich verschlechtert. Obwohl auch im Investitionsgütergewerbe ein Abwärtstrend erkennbar ist, relativieren diese Meldungen das negative Gesamtbild etwas, da die Salden saisonbereinigt noch im positiven Bereich liegen. So halten sich unter den Maschinenbauern Optimisten und Pessimisten bei der Beurteilung der Geschäftslage, der Auftragslage und der Produktionsaussich-

ten in etwa die Waage. Aus der Sparte Konsumgüter kommen noch die besten Nachrichten. Die Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern und unter ihnen vor allem die Nahrungsgüterproduzenten melden zwar eine leichte Eintrübung der Geschäftslage, aber die Erwartungen an die nächsten sechs Monate sind aufwärtsgerichtet. Dazu trägt auch bei, dass sich die gute Auftragslage (vor allem im Ernährungsgewerbe) gegenüber Januar kaum verändert hat.

Cornelia Lang
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand März 2009 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz. 08	Jan. 09	Mrz. 09	Mrz. 08	Jan. 09	Mrz. 09	Mrz. 08	Jan. 09	Mrz. 09	Mrz. 08	Jan. 09	Mrz. 09	Mrz. 08	Jan. 09	Mrz. 09
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	42	19	17	40	38	30	16	31	40	2	12	13	65	15	-7
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	40	13	9	40	31	23	18	38	52	2	18	16	60	-12	-36
Investitionsgüter	54	24	24	34	44	28	11	25	35	1	7	13	77	36	4
Ge- und Verbrauchsgüter	31	25	24	49	46	42	18	23	25	2	6	9	60	41	32
dar.: Nahrungsgüter	28	37	37	47	44	33	22	13	25	3	6	5	50	61	40
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	38	16	17	33	41	34	25	28	33	4	14	16	42	15	1
50 bis 249 Beschäftigte	39	23	19	46	42	31	13	31	38	2	4	12	70	29	0
250 und mehr Beschäftigte	52	15	11	34	29	23	14	29	52	0	27	14	73	-12	-31
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	35	12	11	50	37	34	14	40	42	1	11	13	70	-1	-9
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	33	6	5	50	33	29	15	45	51	2	16	15	66	-21	-33
Investitionsgüter	47	16	14	45	34	33	8	41	38	0	9	15	84	0	-6
Ge- und Verbrauchsgüter	26	19	18	55	46	46	18	29	28	1	6	8	62	30	28
dar.: Nahrungsgüter	22	27	30	54	46	49	22	24	17	2	3	4	53	46	58
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	28	9	11	46	46	43	24	34	35	2	11	11	47	9	8
50 bis 249 Beschäftigte	35	14	11	50	36	34	13	43	40	2	7	15	71	2	-11
250 und mehr Beschäftigte	44	10	9	49	30	26	7	37	54	0	23	11	86	-20	-31

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 – Ergebnisse gerundet, Angaben für März 2009 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

„Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“ Konferenz am 4. Juni 2009 im IWH

Am 4. Juni 2009 veranstaltet das IWH zum dritten Mal in Folge eine Konferenz zum Thema: „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“. Ziel wird sein, im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung, einem wesentlichen Auftrag des IWH, insbesondere den Abgeordneten und Vertretern der Ministerien der Neuen Bundesländer Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland vorzutragen und in der anschließenden Diskussion die Befunde wirtschaftspolitisch zu bewerten sowie künftige Strategien zu erläutern. Die Fachvorträge fokussieren dabei unter anderem die Finanzmarktkrise – mit speziellem Blick auf die Situation der Banken in Sachsen-Anhalt, die Industrieentwicklung und -politik in den Neuen Bundesländern, die Rückführung der Solidarpaktmittel, den Stadtumbau Ost und die Entwicklung des Fachkräftebedarfs.

7th Workshop „Money, Banking, and Financial Markets“ on June 8 and June 9, 2009, Düsseldorf

The Halle Institute for Economic Research, the Department of Economics at the Heinrich-Heine-University Düsseldorf, and the European Business School jointly organise the 7th Workshop on “Money, Banking, and Financial Markets”. The workshop is going to take place in Düsseldorf (Germany) on June 8 and June 9, 2009. This workshop aims to offer a discussion forum particularly for young researchers (PhD students and Postdocs) to present their current theoretical or empirical papers to a competent audience.

„Pilgrims to the Euro Area: Romania and Other New EU Members ante Portas“ Conference from 4 to 6 September 2009 in Brasov, Romania

We invite economists to present their latest research results on the possible tensions and problems for new member countries on their road to EMU and for the enlarged Euro area. The background is the debate on an emerging split of the current EMU countries in terms of current account imbalances, different inflation rates, and unit labor cost developments nine years after the introduction of the Euro. Is there a split, and if, would new EMU members aggravate it? A related objective is to contribute to the ongoing debate on institutional reforms of the EU and the Euro area in particular. Papers with empirical, theoretical or institutional orientation are highly welcomed.

„Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik“ 3. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft am 5. und 6. November im IWH

Am 5. und 6. November 2009 wird das IWH wieder ein Kolloquium zu einem Themenschwerpunkt aus dem Bereich der Kommunalwirtschaft veranstalten. Das zentrale Anliegen der Konferenz besteht darin, – nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Finanzkrise, des demographischen Wandels oder der Stadtumbauproblematik – die künftige Rolle der kommunalen Wohnungswirtschaft zu diskutieren und im Vergleich zu alternativen wohnungspolitischen Instrumenten zu bewerten.

Die Veranstaltung ist grundsätzlich interdisziplinär und nicht rein akademisch ausgerichtet. Sie soll auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern dienen.

Nähere Informationen für Interessenten, die einen Vortrag halten möchten (Einreichung bitte bis 30.06.2009), finden sich unter www.iwh-halle.de, „Termine und Veranstaltungen“.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).